Dienstag, 27. Dezember 1983 - D ***

Axel Springer Verlag AG. Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 301 - 52.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 90 Dr. Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 130,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts

TAGESSCHAU

POLITIK

Israelische Sorgen: In Jerusalem befürchtet man eine Neuauflage des Reagan-Plans, der die Schaffung eines autonomen palästinensischen Gebietes „in Verbindung mit Jordanien" vorsieht. Mehrere US-Zeitungen melden, Washington wolle formelle Beziehungen zur PLO aufnehmen.

Afghanistan: Außenminister Genscher fordert den Abzug der sowjetischen Truppen aus Afghanistan. Dies wäre ein „wesentlicher Beitrag zur Verbesserung der internationalen Beziehungen".

Häftlinge frei: Auf Intervention der katholischen Kirche sind zu Weihnachten 30 politische Häftlinge von den polnischen Behörden freigelassen worden.

Nakasone bestätigt: Mit deutlicher Mehrheit haben beide Kammern des japanischen Reichstages Ministerpräsident Nakasone im Amt bestätigt. Seine Partei, die Liberaldemokraten, hatte bei den Wahlen vergangene Woche ihre absolute Mehrheit verloren.

Wieder Bombe in London: Nur wenige Tage nach dem Anschlag auf das Kaufhaus Harrods ist in London am Samstag erneut eine Bombe explodiert. Zwei Passanten wurden verletzt.

Diplomaten ausgewiesen: Die iranische Regierung hat als Antwort auf die Schließung des iranischen Instituts in Paris drei französiche Diplomaten ausgewiesen.

Deutschlandpolitik: Die Anerkennung einer eigenen Staatsbürgerschaft der „DDR" komme nicht in Frage, erklärt der CSU-Landesgruppenvorsitzende Theo Waigel in einem WELT-Interview. (S. 7)

Keine Rückkehr nach Genf? Der stellvertretende Leiter der Internationalen Abteilung des sowjetischen Zentralkomitees, Sagladin, hat jeden Gedanken an eine Rückkehr der Sowjets zu den Verhandlungen über Rüstungsbegrenzung in Genf zurückgewiesen.

Andropow: Hinter verschlossenen Türen tagt in Moskau das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei, zur Vorbereitung der Sitzung des Obersten Sowjets am Mittwoch. Die Beobachter warten gespannt, ob der seit Monaten nicht mehr in der Öffentlichkeit gesehene Parteichef Jurij Andropow an der Sitzung teilnehmen wird.

Bischof: Der von der Regierung Nicaraguas als entführt und später als ermordet gemeldete Bischof Schlaefer ist in Honduras eingetroffen. Er hatte eine Gruppe von Indianern begleitet, die aus Nicaragua vor den Sandinisten flohen.

Heute: Voraussichtlich letzte Runde der Verhandlungen zur Übernahme der Berliner S-Bahn durch den Senat. – Papst besucht den Attentäter Agca im Gefängnis.

ZITAT DES TAGES



„Wir behalten die Hoffnung, daß die Trennung unseres Volkes in Frieden überwunden werden kann"

Bundespräsident Karl Carstens in einem Grußwort an die Deutschen im Ausland
FOTO: WEREK

WIRTSCHAFT

Frankreich: Der Preisauftrieb hat sich verlangsamt. Im November erhöhte sich der Lebenshaltungsindex nur noch um 0,4 Prozent. Inflation im Jahresvergleich: 9,8 Prozent. (S. 9)

Riyal abgewertet: Saudi-Arabien hat die Landeswährung zum vierten Mal in diesem Jahr abgewertet: von 3,48 auf 3,50 Riyal pro Dollar.

Nordatlantik-Preiskampf: Auf die Preissenkung der British Airways für bestimmte Flüge der Nordatlantikroute haben PanAm und TWA ebenfalls mit Preisanpassungen nach unten reagiert. Einige Flüge zwischen Europa und USA werden zwischen 15 und 30 Prozent billiger.

Wechselbäder: Der Devisenhandel in Frankfurt rechnet einer Reuters-Umfrage zufolge für 1984 mit „Wechselbädern" des Dollar-Kurses gegenüber der Deutschen Mark.

Energieverbrauch: Zum vierten Mal hintereinander hat sich der Energieverbrauch in der Bundesrepublik Deutschland auch 1983 wieder verringert. Gegen 1979 sank er um 13 Prozent. (S. 9)

Ölpreis: Ägypten senkt ab 1. Januar seinen Ölpreis um 50 Dollarcents pro Barrel (159 Liter) auf 28 Dollar.

KULTUR

Miró gestorben: Der spanische Maler, Graphiker und Bildhauer Joan Miró ist am Sonntag in seinem Haus auf Mallorca gestorben. Miró war 90 Jahre alt. Er war der letzte Überlebende jener Gruppe von Künstlern gewesen, die 1924 das Surrealistische Manifest unterschrieben hatten. (S. 13)

USA verlassen Unesco: Präsident Reagan werde schon bald den Austritt seines Landes aus der Kulturorganisation der UN bekanntgeben, versichert ein hoher Beamter des US-Außenministeriums. Die Organisation sei zu politisch und nehme ihre eigentliche Aufgabe schlecht wahr, heißt es.

SPORT

Tennis: Beim 72. Finale um den Daviscup steht es in Melbourne zwischen Australien und Schweden 1:1. Zunächst besiegte der Schwede Mats Wilander Pat Cash in vier Sätzen. John Fitzgerald schaffte durch einen Sieg über Joakim Nystroem den Ausgleich am Eröffnungstag. (S. 11)

Allgemein: Vor einer Doping-Hysterie hat der Sportmediziner Josef Keul, Mannschaftsarzt mehrerer deutscher Olympia-Mannschaften, gewarnt. Keul verweist auf die ständige Erweiterung der Liste verbotener Substanzen durch das Internationale Olympische Komitee.

AUS ALLER WELT

Kältewelle in USA: Zahlreiche Orte haben in Nordamerika die kältesten Weihnachtstage seit Menschengedenken verzeichnet. Durch die Kältewelle mit Temperaturen bis minus 40 Grad kamen bisher mindestens 145 Menschen ums Leben.

Entführte frei: Die seit Mitte November entführte Millionenerbin Bulgari und ihr Sohn sind am Heiligen Abend in Rom freigelassen worden. (S. 14)

Wetter: Bei frischem Wind aus West etwas kühler; regnerisch.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Streit über PLO trübt die Beziehungen Israel–USA

Jerusalem fürchtet Verlust des Westjordanlandes an Palästinenserstaat

DW. **Jerusalem/Washington**

Die Haltung der Vereinigten Staaten gegenüber PLO-Führer Arafat droht zu einer schweren Trübung im Verhältnis zwischen Washington und Jerusalem zu führen. Drei israelische Zeitungen berichteten übereinstimmend aus Washington, daß die USA die Möglichkeit sondierten, formelle Beziehungen zur Palästinensischen Befreiungsorganisation aufzunehmen. Israel befürchtet jetzt, daß in Washington der Versuch einer Neuauflage des Reagan-Plans bevorsteht, der namentlich die Gründung eines autonomen palästinensischen Gebietes – in „Verbindung" mit Jordanien – im besetzten Westjordanland empfahl.

Die Zeitungen „Jerusalem Post", „Ha'aretz" und „Yediot Achroth" meldeten, die Vereinigten Staaten hätten den ägyptischen Außenminister Kamal Hassan Ali ersucht, Arafat davon in Kenntnis zu setzen, daß die US-Regierung an formellen Beziehungen zur PLO interessiert sei. Voraussetzung sei allerdings die Erfüllung einiger Bedingungen: Anerkennung des Existenzrechts Israels und Annahme der Resulutionen Nummer 242 und 338 des Weltsicherheitsrats, der Grundlagen der Nahost-Friedensbemühungen. Vor einer offiziellen Stellungnahme der Regierung in Jerusalem hieß es bereits, Israel werde niemals weder direkt noch indirekt mit der PLO verhandeln, da deren Existenz dem Frieden zuwiderlaufe.

Diese Auffassung war von der israelischen Regierung auch als Reaktion auf die – von Washington begrüßte – Begegnung zwischen Arafat und dem ägyptischen Präsidenten Mubarak geäußert worden. Ministerpräsident Shamir bedauerte gestern den, wie er sich ausdrückte, „Irrtum" der amerikanischen Regierung, immer noch auf eine Verwirklichung des Reagan-Plans zu hoffen. „Die Amerikaner werden früher oder später erkennen müssen, daß das Treffen zwischen Präsident Mubarak und Yassir Arafat nicht zur Realisierung dieses Plans beigetragen hat", sagte Shamir in einem Interview mit der israelischen Tageszeitung „Yedioth Acharonoth". Er betonte ausdrücklich, daß die amerikanischen und die israelischen Vorstellungen über die Zukunft des Westjordanlands auseinandergingen.

Bereits am Sonntag protestierte Shamir dagegen, daß die USA das Treffen zwischen Arafat und Mubarak begrüßt hatten. Shamir teilte seinem Kabinett mit, er habe US-Außenminister George Shultz eine Botschaft zukommen lassen, in der er die Begegnung als „den Versuch einer Rehabilitierung" Arafats bezeichnete, hieß es aus zuverlässiger Quelle. „Wir sind von der amerikanischen Haltung überrascht und bedauern, daß die USA in Arafat möglicherweise einen Gesprächspartner sehen", erklärte Regierungssprecher Meridor nach der Kabinettssitzung. Die Regierung werde auch weiterhin nicht mit der PLO verhandeln, selbst wenn diese Israel anerkenne.

Die Palästinenser-Organisationen sind ihrerseits durch das Treffen tief gespalten. Die PFLP und die DFLP, die gemeinsam mit kleineren Gruppen und der bereits vorher gespaltenen „Fatah"-Bewegung Arafats die PLO bilden, hatten den Schritt des PLO-Führers bereits am Donnerstag scharf verurteilt. PFLP-Chef Georges Habasch schlug am Samstag vor, daß der Präsident des Palästinensischen Nationalrats („Exil-Parlament"),

● Fortsetzung Seite 8

Afghanistan: Kreml lenkt nicht ein

Aus dem Exil ruft König Zahir Schah die Widerstandsgruppen zur Vereinigung auf

DW. **Bonn/Moskau**

Vier Jahre nach dem weltweit verurteilten Einmarsch sowjetischer Truppen in Afghanistan deutet in Moskau nichts auf einen baldigen Abzug der Roten Armee aus dem asiatischen Nachbarland hin. Sowjetische Pressekommentare lassen vielmehr den Schluß zu, daß der Kreml nicht daran denkt, seine in Afghanistan gewonnenen militärischen Positionen aufzugeben.

Das Armeeblatt „Roter Stern" bezichtigte mit einer neuen Propagandaformel die USA, von Pakistan aus einen „unerklärten Krieg gegen das Demokratische Afghanistan" zu führen. Der nicht geleugnete massive Widerstand der Afghanen wird auf die „Aktivierung der antiafghanischen Anstrengungen Washingtons" zurückgeführt.

Die sowjetische Regierungszeitung „Istwestija" schrieb von einem „ernsten Kampf" mit den Gegnern der afghanischen Revolution und stellt die Entwicklung in dem Land als unumkehrbaren Prozeß dar.

Die Widerstandskämpfer nahmen jetzt einen landesweit wirkenden Rundfunksender in Betrieb. Ausgestrahlt werden vor allem tägliche Nachrichten über das Frontgeschehen. Die Sendeanlage wurde mit Unterstützung französischer Techniker und mit Mitteln der in Paris ansässigen Vereinigung der „Freunde Afghanistans" gebaut.

Der ehemalige afghanische König Zahir Schah hat in Rom, wo er seit zehn Jahren im Exil lebt, zur Bildung einer Sammlungsbewegung aller Widerstandsgruppen innerhalb und außerhalb seines Landes und zur Schaffung einer „Einheitsfront" aufgerufen. In Afghanistan und Pakistan haben entsprechende Verhandlungen in jüngster Zeit bereits Fortschritte gemacht. Mit Ausnahme der fundamentalistischen stehen alle übrigen Parteien, Organisationen und Gruppen dem Plan einer Einheitsfront positiv gegenüber.

SEITE 6
Afghanistan am Wendepunkt
Deklaration von Ex-König Zahir

Führende Bonner Politiker haben die Sowjetunion aufgefordert, in Afghanistan endlich einzulenken. Bundesaußenminister Genscher warf Moskau vor, es verharre „in Widerspruch zur Weltmeinung". Staatsminister Mertes vom Auswärtigen Amt sprach von einer „doppelten Moral" der sogenannten Friedensbewegung im Westen. Sie kämpfe gegen ein Kriegsrisiko in Europa, das dank der Wachsamkeit der NATO und der Rationalität Moskaus „wahrscheinlich fast gleich Null" sei. Aber sie schweige fast durchgängig „müde oder feige oder gelangweilt vor einem brutal stattfindenden" Krieg.

Der CDU-Abgeordnete Jürgen Todenhöfer bezifferte die Zahl der bislang getöteten afghanischen Zivilisten mit 700 000. 4,7 Millionen Menschen seien aus ihrer Heimat geflohen. Todenhöfer: „Gegenwärtig kommen in jeder Woche 100 Afghanen bei Bombenangriffen der Sowjets ums Leben."

Afghanistans Wirtschaft ist heute kränker denn je. Einer von der afghanischen Regierung veröffentlichten Studie ist zu entnehmen, daß das Bruttosozialprodukt seit dem Einmarsch am 27. Dezember 1979 von rund 2,6 Milliarden US-Dollar auf knapp zwei Milliarden Dollar (nach derzeitigem Wechselkurs 5,5 Milliarden Mark) gesunken, das Pro-Kopf-Einkommen der um fast vier auf weniger als zwölf Millionen Einwohner reduzierten Bevölkerung von 120 Dollar 1979 auf unter 100 Dollar (rund 270 Mark) jährlich gesunken ist.

Nakasone zum Premier wiedergewählt

Regierungschef will den Einfluß des wegen Korruption verurteilten Tanaka begrenzen

dpa/AFP/rtr, **Tokio**

Das japanische Parlament hat gestern den konservativen Ministerpräsidenten Yasuhiro Nakasone (65), der aus den vorzeitigen Unterhauswahlen am 18. Dezember geschwächt hervorgegangen war, für eine vierjährige Amtsperiode wiedergewählt. Im Unterhaus, wo seine Liberaldemokratische Partei (LDP) die absolute Mehrheit verloren hatte, erhielt Nakasone 265 der insgesamt 511 Stimmen. Zusammen mit den 250 Abgeordneten der Regierungspartei stimmten neun Unabhängige und die Fraktion des Neuliberalen Clubs (NLC), mit denen die Liberaldemokraten ein Regierungsbündnis eingegangen sind. Im Senat war Nakasones Wiederwahl wegen der dort weiterbestehenden Mehrheit seiner Partei problemlos und erfolgte mit 131 von 252 Stimmen.

Zusammen mit dem NLC verfügen die Konservativen im Unterhaus wieder über eine stabile Mehrheit von 267 der 511 Sitze. Die LDP erhält damit auch Vorsitz und Mehrheit in den wichtigsten Parlamentsausschüssen, einschließlich des Haushaltsausschusses, zurück. Der NLC, der zu den vier Parteien der bürgerlichen Mitte gehört und rund 20 000 Mitglieder zählt, hatte sich 1976 aus Protest gegen die Korruptionsaffäre um den ehemaligen Ministerpräsidenten Tanaka von der LDP abgespalten.

Vorrangige politische Aufgabe des zweiten Kabinetts Nakasone ist die Aufstellung des Staatshaushaltes 1984/85, der dem Parlament Ende Januar zur Beratung vorgelegt werden soll. Die Neubildung des Kabinetts, von der größere personelle, aber kaum politische Veränderungen erwartet werden, und die Umbesetzungen an der Spitze der von Nakasone geführten LDP verzögerten sich wegen personalpolitischer Differenzen.

Der Ältestenrat der LDP, dem auch frühere Ministerpräsidenten wie Fukuda und Suzuki angehören, hatte der Kandidatur Nakasones am Wochenende nur unter der Bedingung zugestimmt, daß der Partei- und Regierungschef den politischen Einfluß Tanakas schrittweise ausschaltet. So versicherte Nakasone: „Von nun an wird Herrn Tanakas politischer Einfluß beseitigt und eine neue, saubere Partei entstehen."

Die Weigerung des wegen Bestechung durch den US-Flugzeug-Konzern Lockheed zu vier Jahren Gefängnis verurteilten Tanaka, sein Abgeordnetenmandat niederzulegen, hatte zum Boykott des Parlaments durch die Opposition und dann zu den vorzeitigen Neuwahlen geführt. Dabei wurde Tanaka mit großer Mehrheit wiedergewählt und gehört dem Parlament nach wie vor als Unabhängiger an. Tanaka hat gegen das Urteil Revision eingelegt und braucht daher seine Strafe vorläufig nicht anzutreten.

Seite 2: Nakasone begrenzt

Bonn wartet auf ein Signal der SED

Die Einladung an Honecker gilt / WELT-Gespräch mit Staatssekretär Hennig

STEFAN HEYDECK, **Bonn**

Bonn ist mit den bisherigen Gegenleistungen der „DDR" für den Eine-Milliarde-DM-Kredit „nicht zufrieden". Der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, Ottfried Hennig (CDU), kritisierte gestern insbesondere, daß erst etwa zwölf Prozent der Todesautomaten vom Typ SM 70 demontiert worden seien. Dabei habe der „DDR"-Staats- und Parteichef Erich Honecker selbst den kompletten Abbau dieser Anlagen an der innerdeutschen Grenze avisiert. Solange die Folgen des ersten Kredits nicht positiv bilanziert werden könnten, so Hennig in einem WELT-Gespräch, „reden wir auch nicht über neue Geschäfte".

Er habe gegenwärtig „überhaupt keinen Anlaß, mit Geld zu winken". Das auch deshalb nicht, weil die andere Seite bisher entsprechende Wünsche noch nicht vorgetragen habe. Wenn es zu einem neuen Kreditgeschäft kommen sollte, müßte es „ganz konkrete Gegenleistungen" geben. So habe die Bundesregierung insbesondere im humanitären Bereich liegende Wünsche wie zum Beispiel die Senkung des Reisealters für „DDR"-Besucher und – zumindest für Rentner – die Abschaffung des Zwangsumtauschs.

Zur Frage eines Honecker-Besuchs in der Bundesrepublik Deutschland meinte Hennig in dem WELT-Gespräch, die Einladung bestehe fort. Aber: „Der Ball ist jetzt in Ost-Berlin. Das heißt, Herr Honecker muß auf den vorhandenen Kanälen sein Interesse an einem bestimmten Termin jetzt signalisieren." Verhandlungen darüber gebe es jedoch nicht. Allerdings hält es Hennig für möglich, daß Honecker im nächsten Jahr, „wenn es wieder wärmer wird, klimatisch wie politisch", kommt. Eine Reise des Reisens wegen sollte jedoch zu wenig sein, meinte der CDU-Politiker in Anspielung auf das Treffen des früheren Bundeskanzlers Helmut Schmidt mit Honecker.

Er könne sich vorstellen, daß während eines Besuchs des „DDR"-Staatsratsvorsitzenden zum Beispiel ein Abkommen über die Entsalzung der Werra und Weser unterzeichnet wird. Auch ein seit langem ausstehendes Kulturabkommen könnte dann unterschriftsreif sein. Dazu könne es kommen, wenn ein ähnliches Tempo wie bei den Verhandlungen über die Berliner S-Bahn vorgelegt werde.

DER KOMMENTAR

Am Geduldsfaden

MANFRED NEUBER

In den USA werden die Zweifel an den Vereinten Nationen und ihren Unterorganisationen immer größer. So scheint Washington nicht länger gewillt, als Zahlmeister und Prügelknabe zugleich für die Unesco herzuhalten. Über den Auszug aus dieser UN-Organisation für Erziehung, Wissenschaft und Kultur hat das Weiße Haus zwar noch nicht endgültig entschieden, doch ist der Entschluß zu diesem Schritt mit einer entsprechenden Empfehlung des Außenministeriums wohl vorweggenommen worden.

Danach hätte die Unesco noch zwölf Monate Zeit, um sich auf ihre Statuten und einen gegenüber dem Westen weniger provokanten Kurs zu besinnen, ehe Washington den Geldhahn zudrehen würde. Eine solche Galgenfrist will ihr das State Department einräumen – ungeachtet der enttäuschenden Erfahrungen auf der letzten Generalversammlung der Organisation. Der Appell Frankreichs, die Unesco nicht fallenzulassen, dürfte seine Wirkung auf Präsident Reagan verfehlen.

Wie ein Sisyphus hatte sie Amerika bei den Pariser Beratungen gegen die fortschreitende Ideologisierung der Unesco-Arbeit und eine weitere Aufblähung ihres kostenspieligen Apparates gestemmt. Als jene Nation, die ein Viertel des Budgets aufbringt und zum Lohn dafür von der Unesco in aller Welt geschmäht wird, vermochte Amerika bei Sach-Abstimmungen die Dampfwalze der Dritten Welt nicht aufzuhalten. Gemeinsam mit anderen westlichen Staaten konnten gerade noch die ärgsten Gefahren verhindert werden, die der Pressefreiheit durch eine neue Medien-Ordnung drohen.

So ist es den USA nicht zu verdenken, wenn sie jetzt des absurden Theaters mit den ständigen Ausfällen gegen Israel, Südafrika und den „Imperialismus" überdrüssig werden und erwägen, ihre 50 Millionen Dollar direkt und nützlicher im Sinne der ursprünglichen Ziele der Unesco einzusetzen. Ähnliche Überlegungen müßten sich auch für die Bundesrepublik Deutschland stellen, die mit etwa 7,5 Prozent zu den nächstgrößten Zahlern gehört.

Das Unbehagen an der Unesco ist aber nicht nur in den USA gewachsen. Auch in der Pariser Zentrale rumort es. Hohe Beamte nahmen ihren Abschied, weil sie das selbstherrliche Finanzgebahren des Generalsekretärs M'Bow und dessen afrikanische Vetternwirtschaft nicht mehr mitverantworten können.

Drei Sowjet-Spione, die Frankreich unlängst auswies, standen in Unesco-Diensten – und wurden von M'Bow bei nächster Gelegenheit auf einer Konferenz in Taschkent wieder eingesetzt. Seither macht an der Seine das Bonmot die Runde: Der örtliche KGB-Chef figuriert stets als Chauffeur bei der Unesco . . .

Jordanien durchbricht Boykott-Front

AFP/rtr/dpa, **Amman**

Jordanien hat die offiziell seit 1979 bestehende arabische Boykott-Front gegen Ägypten durchbrochen. Am Sonntag unterzeichneten die zuständigen Minister beider Staaten ein Protokoll der Handels-, Wirtschafts- und Finanzbeziehungen. Wie der ägyptische Wirtschafts- und Handelsminister Mustafa Said bekanntgab, sieht das Abkommen den Ankauf jordanischer Waren in Höhe von zehn Millionen Dollar jährlich.

In beiden Hauptstädten sollen Handelszentren eingerichtet werden. Der Handelsaustausch soll auf dem Seeweg zwischen Suez und dem jordanischen Hafen Akaba abgewickelt werden und auf dem Landwege, sobald die Autobahn, die Ägypten über die Sinai-Halbinsel mit Akaba verbindet, eröffnet ist.

Ägypten wird nicht an der Außenministerkonferenz und dem Gipfeltreffen der islamischen Staaten Mitte Januar in Casablanca teilnehmen. Das Generalsekretariat der Islamischen Konferenzorganisation in Dschidda hat Ägypten nicht zur Teilnahme an der zweitägigen Sitzung der Außenminister eingeladen, die das Gipfeltreffen vorbereiten soll.

An der Haltung der Konferenzorganisation, in der Saudi-Arabien eine führende Rolle spielt, ändert – wie es in arabischen diplomatischen Kreisen hieß – auch das jüngste Treffen zwischen dem ägyptischen Präsidenten Mubarak und PLO-Chef Arafat offenbar nichts. In der Organisation sind alle 42 moslemischen Staaten zusammengeschlossen.

Bald Austritt der USA aus der Unesco?

DW. **Washington**

In Washington verdichten sich die Vermutungen, daß Präsident Ronald Reagan schon in Kürze den Austritt der Vereinigten Staaten aus der Unesco, der Wissenschafts- und Kulturorganisation der Vereinten Nationen, bekanntgeben wird. Nur eine totale Kursänderung der Unesco könne einen solchen Schritt noch verhindern, berichtete ein hoher Regierungsbeamter.

Wie es heißt, hat Reagan auf Anraten von Außenminister Shultz beschlossen, die Mitgliedschaft der USA in der Organisation bis zum 31. Dezember zu kündigen. Damit könnten die Vereinigten Staaten Ende 1984 aus der Unesco ausscheiden.

Außenminister Shultz steht auf dem Standpunkt, daß die Unesco „zu politisch" ist und schlecht verwaltet wird. Der Beitrag der Vereinigten Staaten in Höhe von 50 Millionen Dollar macht etwa ein Viertel des Unesco-Jahreshaushaltes aus. Die USA waren das einzige Mitglied, das im November gegen den neuen Etat in Höhe von 374,4 Millionen Dollar stimmte.

Washington hatte seinen Finanzbeitrag schon einmal Mitte der 70er Jahre für die Dauer von zwei Jahren eingestellt, weil es mit Sanktionen gegen Israel nicht einverstanden war.

Derzeit ist vor allem das Medienkonzept der Organisation Konfliktstoff: Vor allem die Länder der Dritten Welt wollen eine staatlich gelenkte Kommunikationspolitik durchsetzen.

Frau Gandhi errang nicht den erhofften Wahlsieg

Werden bald allgemeine Neuwahlen ausgeschrieben?

dpa, **Neu-Delhi**

Bei den vorweihnachtlichen Nachwahlen in fünf nordindischen Bundesstaaten hat die regierende „Kongreß"-Partei der indischen Ministerpräsidentin Indira Gandhi zwar Erfolge verbuchen, doch nicht den erhofften großen Sieg erringen können. Von den elf Sitzen der Länderparlamente, die am 23. Dezember in Uttar Pradesh, Bihar, Westbengalen, Haryana und Rajasthan zur Wahl standen, konnte der „Kongreß" acht gewinnen.

Vor allem in Uttar Pradesh, dem volkreichsten indischen Bundesstaat, hat Frau Gandhis Partei Rückschläge erlitten. Von den fünf Sitzen im Landesparlament und dem einen im Bundesparlament konnte der „Kongreß" nur zwei Plätze im Landesparlament erobern. Besonders die von der sozialistisch orientierten „Janata"-Partei angeführte „United Front"-Allianz hat in Uttar Pradesh gut abgeschnitten.

Dagegen konnte Frau Gandhis Partei in Haryana, Rajasthan und Westbengalen ein sehr gutes Ergebnis verzeichnen. Dabei bewerten Beobachter den „Kongreß"-Sieg in Westbengalen als besonders wichtig. Dort haben die regierenden, marxistisch orientierten Kommunisten alle zur Wahl ausgeschriebenen Sitze verloren.

Die Wahlergebnisse haben gezeigt, daß die neugegründete „National-Demokratische Allianz" der fundamentalistisch hinduistischen Parteien „Lok Dal" und „Bharatjya Janata Party" (BJP) keinerlei Chancen hatte. Die „Janata"-Partei des charismatischen Politikers Chandra Shekar dagegen erzielte mit der von ihr geführten „United Front" bemerkenswerte Achtungserfolge.

Thema des Tages war in der indischen Hauptstadt gestern die Frage, ob die Ergebnisse dieser als „wichtiger Test" bezeichneten Nachwahlen Frau Gandhi nun veranlassen werden, schon bald vorgezogene allgemeine Wahlen in Indien zu verkünden. Dies hatte man in der vergangenen Woche für den Fall eines deutlichen Sieges des „Kongresses" allgemein angenommen. Spätester Termin für diese Wahlen ist nach der Verfassung der 2. Januar 1985.

G

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nakasone begrenzt

Von Fred de la Trobe

Nach der Wahlschlappe vor acht Tagen hat der japanische Premier Nakasone die ersten Hürden mit Geschick genommen. Der glatte Ablauf der Regierungsbildung wurde durch eine pragmatische Kehrtwendung Nakasones möglich: Er versprach seinen Gegnern in der regierenden Liberaldemokratischen Partei (LDP), den bisher tonangebenden Einfluß des wegen passiver Bestechung verurteilten „Königsmachers" Tanaka auszuschalten und auf politische Moral in der Partei Nachdruck zu legen.

Ein zweiter geschickter Schachzug des Premiers war die überraschende Koalitionsbildung mit dem kleinen konservativen „Neuen Liberalen Club" (NLC). Damit verfügt Nakasone im Unterhaus wieder über eine solide Mehrheit von 267 Mandaten und hat die Kontrolle über die wichtigsten Ausschüsse des Parlaments. Die Mehrheit ist allerdings immer noch um 20 Sitze geringer als vor den Wahlen.

Die rivalisierenden Fraktionsführer in der LDP haben den Kampf um die Nachfolge Nakasones allerdings nur aufgeschoben, da sie sich gegenwärtig nicht stark genug fühlten. Das große Ringen um den Posten des Parteipräsidenten und damit um das Ministerpräsidentenamt ist im November 1984 zu erwarten, wenn die Neuwahl für diese Ämter ansteht. Bis dahin hat Nakasone nur eine Atempause.

Die Aussichten auf ein stärkeres japanisches Engagement im Lager des Westens und vor allem an der Seite der Vereinigten Staaten sind auch trotz der gefestigten Mehrheit der Regierung im Parlament gering. Eine gestärkte und selbstbewußtere Opposition wird ihren Forderungen nach Schwerpunktsetzung im sozialpolitischen Bereich größeren Nachdruck geben können. Außerdem muß Nakasone Rücksicht auf den neuen kleinen Koalitionspartner nehmen. So wird für größere Anstrengungen bei der Verteidigung und Entwicklungshilfe, auf die Amerika und Westeuropa seit Jahren drängen, nicht allzuviel Spielraum gegeben sein. Wie in den vergangenen Jahren wird Japan auf einem vorsichtig prowestlichen Kurs bleiben.

Grenada sucht Anschluß

Von Manfred Neuber

Kaum haben die letzten US-Kampftruppen Grenada verlassen, da ist auf der kleinen Karibik-Insel eine Kampagne für den „Anschluß" an die Vereinigten Staaten angelaufen. Im Weißen Haus wird man über diese Anhänglichkeit nicht sehr erfreut sein.

Etwa jeder zehnte der erwachsenen Inselbewohner ersucht in einer Petition an Sir Paul Scoon, den Generalgouverneur in der Hauptstadt St. George's, um eine militärische US-Präsenz „mindestens auf fünf Jahre", um einen Aufschub der für 1984 geplanten Wahlen und um eine Anlehnung an die USA nach dem Vorbild von Guam, Puerto Rico und der Jungfern-Inseln.

Die Bittsteller begründen ihr Ansinnen mit der „politischen Zerrissenheit" und dem „fortbestehenden Haß" auf Grenada. Tatsächlich ist die demokratische Normalisierung seit der Invasion vom 25. Oktober noch nicht weit vorangekommen. Aus Protest wegen der geringen Fortschritte trat der eingesetzte Justizminister jetzt zurück. Er ist britischer Rechtsanwalt und ein „Vater" der Verfassung Grenadas zur Unabhängigkeit von 1964.

Für Washington stellen sich heikle Fragen, die ohne das amerikanische Eingreifen wohl London oder das britische Commonwealth (dem Grenada angehört) zu beantworten gehabt hätten. Das Ersuchen aus Grenada um politische Anlehnung an die USA dürfte wiederum hochgezogene Augenbrauen in Großbritannien hervorrufen.

Unter den dreihundert Amerikanern, die auf der Tropeninsel zurückgeblieben sind – außerdem unterstützen dreihundert Mann aus sieben karibischen Staaten die Polizeitruppe Grenadas –, befinden sich etliche Experten für psychologische Einsätze. Sie werden nächstens viel Arbeit haben, damit die Stimmung auf der Insel nicht umschlägt.

Nach den Schreckenstagen der Mordbande, die den linken Premier Maurice Bishop umbrachte, wurden die fremden Soldaten als Befreier begrüßt. Je mehr soziale Errungenschaften (Milch für Schulkinder, Ausbildung für Pflücker) wegen der ernsten Wirtschaftslage gestrichen werden müssen, desto mehr verklärt sich das Bild des ermordeten Bishop. So soll der fast fertiggestellte Flughafen, der Auslöser des Grenada-Konflikts wegen seiner strategischen Bedeutung für Kuba war, nun nach dem toten Revolutionär benannt werden.

Die USA haben schon einmal die Erfahrung gemacht, daß der Sturz von Terrorregimen nicht leicht aufzuarbeiten ist. Aber in Grenada gibt es nicht einmal Spruchkammern. Es gibt nur die Hoffnung auf demokratische Einsicht.

Ungarn zur Vertreibung

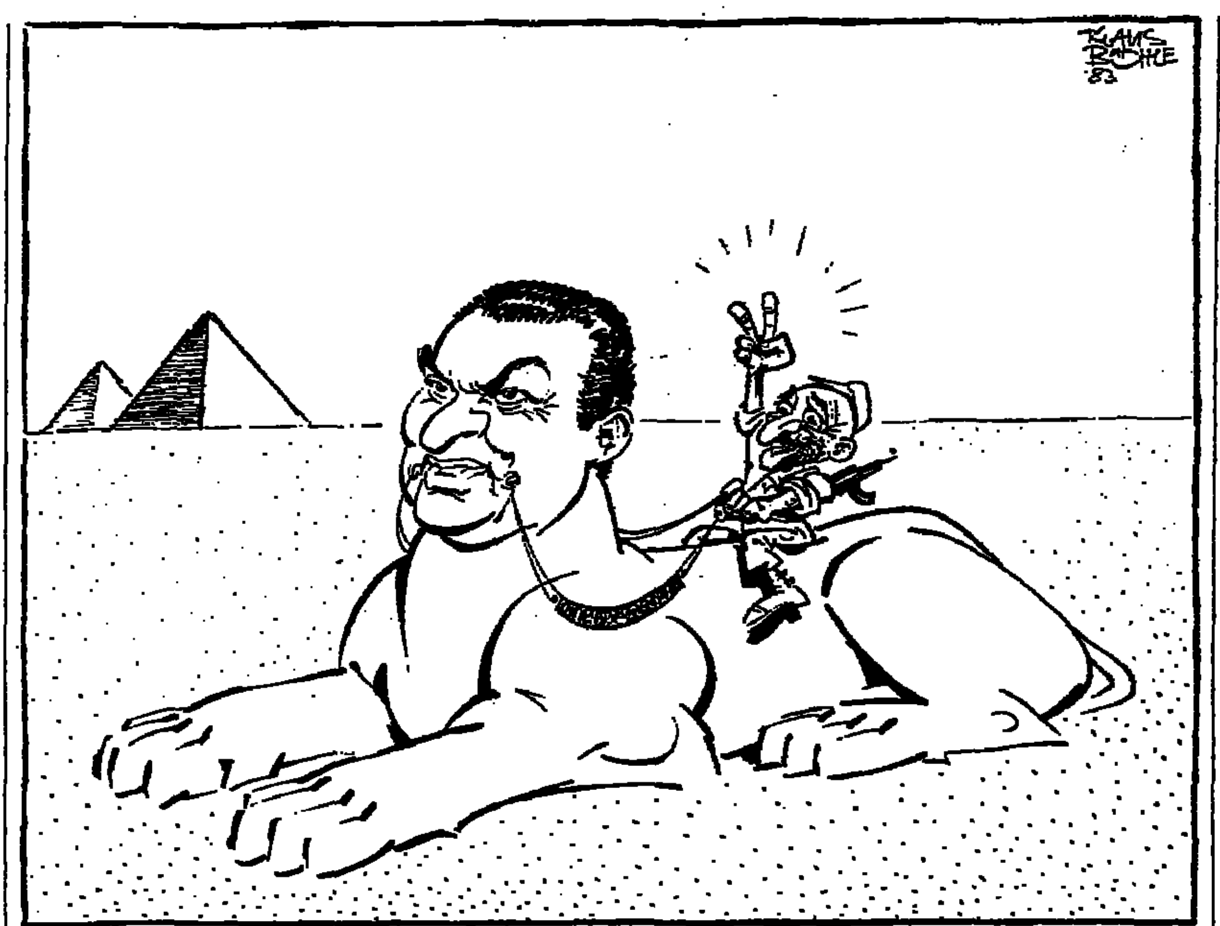
Von Astaf Domberg

Das Thema der deutschen Austreibung nach dem Zweiten Weltkrieg ist in allen kommunistischen Ländern Osteuropas immer noch tabu – mit einer Ausnahme: In Ungarn ist soeben ein vielbeachteter Spielfilm über das Schicksal der dortigen Volksdeutschen – der sogenannten Donauschwaben – fertiggestellt worden.

Der Film behandelt ein sehr heikles Thema: Nach 1945 wurden von den etwa 475 000 Volksdeutschen, die in Ungarn lebten, 220 000 „ausgesiedelt". Viele Donauschwaben, die im Verlauf der Kampfhandlungen nach Westen geflüchtet waren und dann auf eigene Faust zurückkehrten, wurden gleich nochmals vertrieben – und mußten überdies feststellen, daß in ihren Häusern und Höfen schon andere Menschen saßen: Ungarn aus Rumänien und der Tschechoslowakei, die ihrerseits von den dortigen Regimen vertrieben worden waren.

Der ungarische Film zeigt diese Verzahnung des Nationalitätenproblems im östlichen Mitteleuropa, wo sich durch den nationalen und ideologischen Haß Menschen gegeneinander wenden, die vorher jahrzehnte- und jahrhundertelang friedlich nebeneinander gelebt hatten. Dabei klingt natürlich auch das Verhängnis und die Schuld auf deutscher Seite an. Viele Ungarn-Deutsche hatten sich vom Nationalsozialismus blenden lassen, Tausende von ihnen dienten in der Waffen-SS. Dennoch wird im Film festgestellt, daß die Vertreibung und Vergeltung (wie fast immer im Leben) meist Unschuldige oder vielleicht Unwissende traf. Im Zentrum der Filmhandlung steht eine „Mischehe" zwischen einem Szekler (einem aus Siebenbürgen stammenden Ungarn) und einer Deutschen.

Der Film trägt den programmatischen Titel „Zusammenleben" –, und die Regisseurin, Livia Gyarmathy, sagte dazu: „Wir müssen lernen, daß jener, der anders ist als wir, nicht schlechter ist – nur anders." Immerhin, von den ungarischen Donauschwaben leben heute noch mehr als 200 000 im Lande –, und die meisten von ihnen wollen in Ungarn bleiben. Das „Zusammenleben" *scheint also dort besser zu funktionieren* als anderswo im Osten.



Setzt auf Ägypten

ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Imperium ohne Illusionen

Von Carl Gustaf Ströhm

Es ist kaum anzunehmen, daß die Mitglieder des sowjetischen Zentralkomitees und die Abgeordneten des Obersten Sowjet, die jetzt zu ihren Jahresschlußsitzungen zusammentreten, über den Fall Afghanistan diskutieren werden. In der Sowjetunion gibt es keinen freien Parlamentarismus und folglich auch keine offenen Diskussionen. Insgeheim allerdings werden sich manche Mitglieder der sowjetischen Führungselite fragen, ob der Verlauf des afghanischen Abenteuers, in das sich Moskau vor genau vier Jahren gestürzt hat, nicht doch ein Symptom für den gesamten Zustand des östlichen Imperiums darstellt.

Denn das Ziel war nach dem Vorbild ähnlicher Aktionen in Osteuropa (Ungarn, CSSR) ein rascher, radikaler militärischer Schlag und damit die Wiederherstellung eines prosowjetischen Regimes. Herausgekommen ist ein endloser Partisanenkrieg, dem sich die reguläre sowjetische Armee ebenso wenig gewachsen zeigt wie seinerzeit die großdeutsche Wehrmacht. Wenn jetzt die Moskauer „Prawda" von einer „noch nie da*gewesenen moralisch-politischen* Isolierung der USA" wegen der angeblichen „Kriegsvorbereitungen" Reagans schreibt, wenn die Moskauer Armeezeitung „Roter Stern" den „unerklärten Krieg der USA gegen das Volk von Afghanistan" an die Wand malt, so sind das Ablenkungsmanöver gemäß der russischen Redensart: „Vom kranken Kopf auf den gesunden." Ein Blick auf die Verlustlisten der Sowjetarmee und auf einige Artikel der Moskauer Armeezeitung, in denen immer wieder von komplizierten „Gebirgsmanövern" die Rede ist, zeigt in Wirklichkeit, wer hier unerklärte Kriege führt – und wer isoliert ist.

Die Sowjetunion hat viele Nachbarn, die sich vor ihr fürchten. Wirkliche Freunde aber hat das Moskauer Imperium so gut wie nirgends, weder in der kommunistischen Welt noch unter den Blockfreien. Allenfalls noch unter einigen Lateinamerikanern – und auch das nur deshalb, weil man dort die Sowjetunion nicht kennt. Die Sowjetführung muß sich also immer wieder die Frage stellen, ob sogar ein militärisch so mächtiges Imperium die eigene Zukunft nur auf die Furcht seiner Partner gründen kann.

In die Stellungnahmen aus Moskau mischt sich in letzter Zeit ein nicht sehr optimistisch stimmender Unterton: Es wird immer mehr, fast ohne jede ideologische Bemäntelung, die bloße „Macht" und „Stärke" des eigenen Regimes beschworen. Es ist, als hätte man nun auch in den Moskauer Propagandaküchen erkannt, daß es weder für die eigene Bevölkerung noch für das Ausland einen Sinn macht, den Schein einer „Befreiung des Proletariats" oder gar einer kommenden kommunistischen Gesellschaftsordnung aufrecht zu erhalten. Was bleibt, ist die eigene Macht, die man anderen aufzwingen möchte. Die brutale Verfolgung von Dissidenten und Pazifisten in der Sowjetunion zeigt im übrigen, daß die Moskauer Sympathie für die westliche Friedensbewegung nur instrumental ist: Man will die Position des Gegners schwächen, denkt aber nicht daran, sich selber jenen Spielregeln zu unterwerfen, die man für den Westen voraussetzt.

Hinzu kommt die innere Situation. Als Breschnew gestorben war, gab es die von amtlicher Kreml-Seite bewußt genährte Hoffnung, nun werde das Imperium aus der Lähmung der Führungslosigkeit, der Korruption und des Schlendrians endlich heraus*finden und durch Lösung seiner* inneren Probleme auch außenpolitisch verhandlungs- und kompromißfähig werden. Heute zeigt sich, daß die Führungsprobleme an der obersten Spitze, bedingt durch den sehr problematischen Gesundheitszustand Andropows, im Grunde ebenso weiterbestehen wie zuvor. Jeder Bankprokurist, jeder mittlere Geschäftsmann muß sich nur vorstellen, wie es auf seinem Schreibtisch und in seinem Büro aussähe, *wenn er vom 18. August* bis kurz vor Weihnachten ausgefallen wäre. Zumindest sind Hunderte von Entscheidungen ohne ihn, über seinen Kopf hinweg und sicher auch gegen ihn gefallen.

Selbst wenn alles, was über Andropows schweres Nierenleiden verbreitet wurde, nicht stimmen und der Generalsekretär putzmunter sein sollte: Er würde viele Monate brauchen, bis er die Enden der verschiedenen Fäden wieder entwirrt und die Kontrolle zurückgewonnen hätte. Inzwischen aber tummeln sich in den Vorzimmern jene Kräfte und Gruppen, denen jede Reform, jeder Kompromiß und jede Veränderung Greuel sind – die am liebsten die „alten guten Zeiten" von Disziplin und totalitärem Gehorsam wiederherstellen möchten.



Wie man den Sozialismus verbreitet: Sowjetischer Kampfhubschrauber FOTO: EUPRA

Die Sackgasse der Machtpolitik, in die sich die Sowjets selber hineinmanövriert haben, kann niemanden mit Schadenfreude erfüllen. Gerade am Beispiel Afghanistan zeigt sich, daß es einem solchen Regime viel leichter fällt, sich *in etwas zu verstricken, als sich aus* der Verstrickung zu lösen. Moskau gibt zu verstehen, daß die Entwicklung in Afghanistan ein „unumkehrbarer Prozeß" sei. So redet man dort auch über Ungarn, Polen, die „DDR" – oder das eigene Regime. Was heißt da noch: „Politische Lösung"?

Damit aber sind wir bei einer Einstellung des Regimes, die sich seit Stalins Zeiten nicht geändert hat. *John F. Kennedy brachte diese* sowjetische Haltung einmal auf die Formel, daß Moskau der Meinung sei: „Was mein ist, gehört mir; was dein ist, darüber wollen wir verhandeln." Wenn der deutsche Bundeskanzler jüngst meinte, Andropow trage schwer an der Verantwortung für den Weltfrieden, so mag das stimmen. Sieht man allerdings jene Kräfte, die in Moskau während der Abwesenheit der Nummer eins das große Wort führten, so möchte *man die Frage stel*len: Wer ist Andropow?

IM GESPRÄCH Sir John Pritchard

Weltenbummler in Köln

Von Giselher Schmidt

Mit dem „Falstaff" nahm er 1977 Abschied von den Festspielen in Glyndebourne, mit denen er annähernd dreißig Jahre verbunden war. Wenn aber Sir John Pritchard – seit der Jahreswende 1982/83 geadelt – jetzt in Köln die Neueinstudierung von Giuseppe Verdis Spätwerk dirigiert, so geschieht dies als Auftakt zu weiteren Jahren als Chefdirigent der Kölner Oper. Denn Pritchard – auch Träger des Shakespeare-Preises der Freiherr-vom-Stein-Stiftung Hamburg – hat alle früheren Absichten, die Domstadt zu verlassen, aufgegeben. Sein 1985 auslaufender Vertrag wird um weitere fünf Jahre verlängert. In den späten achtziger Jahren soll es das bereits vom Rat abgesegnete Gespann John Pritchard und Marek Janowski geben. Pritchard soll häufiger in Janowskis Konzert-Domäne, der geplanten neuen Kölner Philharmonie, und umgekehrt Janowski öfters im Opernhaus am Offenbachplatz auftreten.

Bei nahezu allen größeren Musiktheatern hat John Pritchard bereits seine Visitenkarte abgegeben. 1950 debütierte er als 29jähriger an der Wiener Staatsoper mit Verdis „Die Macht des Schicksals". Nun war er ein musikalischer Prophet, der auch im eigenen Lande – und insbesondere im Royal Opera House Covent Garden – etwas galt. Für Elizabeth II. – die ihn später zum „Commander of The British Empire" ernannte und zum Ritter schlug – hob er 1953 anläßlich der Krönung Benjamin Brittens *„Gloriana"* aus der Taufe. Pritchard war ebenso der Uraufführungsdirigent der Michael-Tippett-Opern „The Midsummer Marriage" und „King Priam".

1966 übernahm er bei den Salzburger Festspielen die musikalische Leitung von Mozarts „Die Entführung aus dem Serail" mit Anneliese Rothenberger und Fritz Wunderlich. Gastverträge führten Pritchard unter anderem zum Teatro Colón nach Buenos Aires, zur Mailänder Scala, zur Großen Oper Paris, zu den



Sir John dirigiert Sir John: Pritchard FOTO: GISELHER SCHMIDT

Münchner Opern-Festspielen, zu den Opernhäusern in Chicago, Houston, San Francisco. Insbesondere gastiert er seit den siebziger Jahren immer wieder an der Metropolitan Opera in New York – so zuletzt Ende Oktober 1983 beim Gala-Abend zur 100-Jahr-Feier. Vom Rundfunk soll Ende Januar 1984 die „La Traviata" der „Met" mit Kiri Te Kanawa in der Titelrolle und John Pritchard am Pult übertragen werden.

Zahlreiche Platten hat Pritchard eingespielt, so etwa die Gesamtaufnahme von Mozarts „Idomeneo". Pritchard liebt die Parität von Opern- und Konzert-Engagements. Zu seinen Positionen als Opern-Chefdirigent in Köln und Brüssel übernahm er noch die Leitung des „BBC Symphony Orchestra" in seiner Geburtsstadt London. Dort wird er im Januar alle Symphonien Robert Schumanns dirigieren. John Pritchard, der ständig zwischen seinem Privathaus bei Nizza und seinen festen und freien Opern- und Konzerthäusern hin und her pendelt, geht auch gerne mit seinen Ensembles auf Tournee: so etwa 1984 mit der Kölner „Zauberflöte" nach Israel oder mit den BBC-Musikern nach Deutschland und zum *Edinburgh-Festival.*

DIE MEINUNG DER ANDEREN

WESTFALEN-BLATT

Die Zeitung betrachtet in Geißlers Vorschlägen vor allem die Abtreibungsfrage:

Geißler betont sogar, er habe keineswegs die Absicht, den Abtreibungs-Paragraphen zu ändern! Man muß annehmen, daß es die Rücksicht auf den Koalitionspartner FDP ist, die den Unionsminister zu derlei Inkonsequenz nötigt. Verständnis darf er dafür nicht erwarten. Es geht um Leben und Tod. Es geht darum, daß die praktische Politik endlich einer allen modernen medizinischen und ethischen Normen Hohn sprechenden Rechtsprechung vorauseilt im Schutze des ungeborenen Lebens. Nein, froh stimmt diese Botschaft am Vorabend des Weihnachtstages, da wir Christi Geburt begehen, wirklich nicht. Nach der heute herrschenden Rechtsauffassung hätte auch das ungeborene Leben im Mutterleib Marias nicht den größtmöglichen Schutz genossen, den Menschen ihm bieten können – wenn sie das in ihrer Macht stehende tun.

Le Quotidien de Paris

Zum Tode des surrealistischen Malers Juan Miro schreibt die Tageszeitung:

In der Kunst des zwanzigsten Jahrhunderts, die besonders reich an bemerkenswerten Erneuerern ist, bleibt Miro mit Picasso der außergewöhnlichste Erfinder von Formen, Techniken und Ausdrucksmitteln, und zwar in allen Bereichen des gestaltenden Schaffens: Malerei, Gravierung, Kollage, Bildhauerei, Keramik. Und er ist wahrscheinlich der einzige, der Picasso manchmal an Wagemut und freier Vorstellungskraft übertraf. Der einzige auch, der wie sein älterer Freund aus Malaga fähig war, die größte kulturelle Spanne herzustellen, indem er auf Zeichnungen der jüngeren Steinzeit zurückgriff und gleichzeitig Visionen des Zeitalters der Weltraumeroberung verarbeitete, indem er der Sexualität freien Lauf ließ, Träume festhielt und zu unserer Bewunderung den Raum der unmittelbaren Kommunikation unseres Zeitalters erfaßte.

MITTELBAYERISCHE ZEITUNG

Zum Fall Bastian heißt es in dem Regensburger Blatt:

Da der Unmut der Truppe im Wachsen ist, da Kommandeure schon wissen ließen, sie werden Disziplinarverfahren gegen ihre Untergebenen so lange aussetzen, bis auch der Ex-General Bastian vor ein Gericht zitiert werde, wird die Bundeswehrführung nicht lange zögern dürfen, wenn sie nicht ihr Gesicht verlieren will. An ihr liegt es, die Politiker, die sonst so pingelig sind, wenn es um die Bundeswehr geht, dazu zu bewegen, die rechtlichen Gegebenheiten hinsichtlich der Demo-Blockaden baldigst nach den strengen Normen eines Rechtsstaates zu erarbeiten.

LIBERATION

Die französische Zeitung beurteilt die Aufgabe von Stellungen des französischen Kontingents der multi-nationalen Friedenstruppe in der Nähe von Beirut als ersten Schritt zu einem Rückzug aus Libanon:

Die Franzosen haben zu spät bemerkt, daß ihre Truppen dasselbe Schicksal erlitten wie alle in fremdem Gebiet stationierten Streitkräfte. Sie werden zuerst mit Blumen empfangen und dann mit Steinen und Kamikaze-Autos verjagt ... Man muß also um jeden Preis aus dem libanesischen „Morast" herauskommen ... Ronald Reagan bemüht sich vor allem um ein Abkommen mit Syrien, das ihm noch vor den Präsidentenwahlen erlauben würde, den Abzug der „Marines" anzukündigen.

Die Gesamtschule im rauhen Wind des Wettbewerbs

Sozialismus für die anderen oder Quod licet Jovi non licet bovi / Von Wilm Herlyn

In Spanien formiert sich Protest gegen das neue Schulgesetz des sozialistischen Erziehungsministers José Maria Maravall. In Frankreich stoßen Mitterrands Sozialisten auf ähnlichen Widerstand. Die Eltern diesseits und jenseits der Pyrenäen befürchten zu Recht, daß das Niveau in dem Maße sinkt, in dem das sozialistische Bildungsideal der Nivellierung überhand nimmt.

Im schönen Nordrhein-Westfalen allerdings hat man sich mit den Schulnivellierungsbemühungen weitgehend abgefunden, nachdem selbst die CDU im bevölkerungsreichsten Bundesland der sogenannten Integrierten Gesamtschule ihren Segen gab. Auch die Union befürwortet diese Form als Regelschule, an die sie allerdings Bedingungen knüpft: Bestandsgarantien für das bisherige dreigegliederte System aus Haupt- und Realschule sowie Gymnasium.

Mindestens 3,5 Millionen Bürger in Nordrhein-Westfalen staunen darüber – die 3,5 Millionen Männer und Frauen, die 1978 eine Vorstufe der Gesamtschule mit einem Volksbegehren gegen die Kooperative Schule („Koop-Schule") zu Fall brachten. Dabei hatte das Projekt „nur" vorgesehen, Hauptschule, Realschule und Gymnasium organisatorisch unter einem Dach zu vereinigen. Eine zweijährige Orientierungsstufe sollte der Begabungserprobung dienen. Danach sollten sich Schüler und Erzie*hungsberechtigte mit dem Lehrer* einigen, welcher Schultyp für die Weiterbildung vorzuziehen sei.

Die integrierte Gesamtschule geht gleich mehrere Schritte weiter: Sie löst die Klassenverbände auf und schickt die Schüler in Grund-, Leistungs- und Erweiterungskurse. Sie löst damit auch die Grenzen zwischen Hauptschule, Realschule und Gymnasium auf. Der Vorteil, den sich sozialdemokratische Bildungspolitiker vorstellen, ist die „Durchlässigkeit" zwischen den Schultypen. Der Nachteil, den sie gern in Kauf nehmen, ist die Zersprengung der Klassenverbände und, unter dem Motto einer angeblichen Chancengleichheit, ein Absinken der Qualität. Denn der Unterricht orientiert sich am unteren Durchschnitt, nicht an den Hochbegabten.

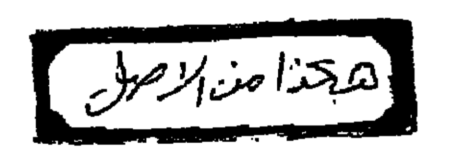
Was bleibt, ist ein qualitativ geringerer Abschluß in allen Stufen. Dies der Bevölkerung klarzumachen, haben die Politiker versäumt. Statt dessen gaukelte die SPD den Bürgern vor, die Gesamtschule sei eine Ganztagsschule und daher bequem für *doppelverdie*nende Eltern. In Wahrheit bedürfte es für Ganztagsschulen keiner Gesamtschulen; mit genügend Finanzen leisteten Gymnasien und Realschulen dies sicher besser; im übrigen klappt es auch in den Gesamtschulen oft nicht oder nur in der Erprobungsphase mit der Ganztagsschule, weil das Geld fehlt.

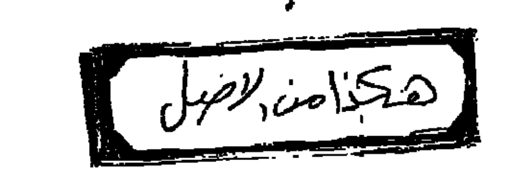
Hinter vorgehaltener Hand allerdings macht ein zweites Argument die Runde: die „schnelle Eins". Denn das wissen Schüler wie Eltern: Wo die Anforderungen heruntergesetzt werden, ist der Notendurchschnitt leicht zu heben. Das nützt allerdings denjenigen nicht viel, die dann doch in die Oberstufe wechseln wollen. Und denjenigen, die mit einem Gesamtschul-Abschluß eine Lehrstelle suchen, steht womöglich ein böses Erwachen bevor.

*Daß nun die Richter des Verfas*sungsgerichts in Münster die Gesamtschule als Regelschule anerkennen, konnte nach dem Konsens zwischen CDU und SPD niemanden verwundern. Da darf man dankbar sein, daß die SPD nicht mit ihrem Willen durchgedrungen ist, die Gesamtschule flächendeckend in Nordrhein-Westfalen einzuführen. Denn der neue Schultyp darf – so Münster – keine andere Schule verdrängen. Die schon der SPD abgerungene Bestandsgarantie für Realschule und Gymnasium muß auf die Hauptschule erweitert werden. Das Fazit daraus: Im Wettbewerb dürfte die Gesamtschule auf der Strecke bleiben. Denn seit sie aus der Erprobungsphase herausgenommen ist, stellen Lehrer und Schüler fest, daß die finanziellen Mittel aus Düsseldorf – vor 1981 überreichlich geflossen – allmählich versiegen.

Was für die Oberstufe gilt, zählt mehr noch in der Praxis: Der Hauptschüler wird sich schneller und besser ins Berufsleben einfügen, weil er auf „seinem" Schultyp darauf besser vorbereitet wird durch praxisbezogenes Lehren und Lernen. Der Hauptschüler in der Gesamtschule dagegen erhält – wie Experten feststellten – einen mehr „wissenschaftsbezogenen" Unterricht. Wie soll ihm das bei der Schlosserlehre weiterhelfen?

Das alles wissen übrigens die sozialistischen Schulreformer genau. In der Bundesrepublik Deutschland sind die Namen vieler Bildungspolitiker bekannt, die anderen Kindern die *Gesamtschule* regelrecht aufzwingen und die eigenen Kinder auf Gymnasien, womöglich Privatgymnasien, schikken. Der Protest gegen Maravall in Spanien wird von Eltern vorgetragen, die ihre Kinder nicht mehr auf Privatschulen schicken können, aber wissen, daß er seine Kinder auf Privatschulen schickt. Der sozialistische Wahlspruch lautet eben: Quod licet Jovi non licet bovi. Aber welcher Gesamtschüler kann das schon übersetzen?





Eine „goldene Brücke" der Arbeitgeber für IG Metall

Die Tarifrunde um die 35-Stunden-Woche fällt aus dem Rahmen des seit Jahrzehnten üblichen Weges, an dessen Ende üblicherweise ein Aufeinanderzugehen der Arbeitgeber und Gewerkschaften und schließlich ein für beide Seiten akzeptabler Kompromiß steht. Gesamtmetall-Hauptgeschäftsführer Dieter Kirchner sieht die Gefahr, daß die IG Metall einen Arbeitskampf als Selbstzweck führen könnte.

Von GÜNTHER BADING

Tarifrunden in der Metallindustrie werden gewöhnlich mit verbalen Attacken der Gewerkschaft gegen die Arbeitgeber und der Arbeitgebervertreter gegen die Funktionäre der IG Metall eingeleitet. Man hat sich an das Ritual so gewöhnt, daß man auch die Auseinandersetzung in diesem Frühjahr für eine der üblichen Tarifrunden mit viel Wortgeplänkel und am Ende einem im nachhinein wieder als „vernünftig" bezeichneten Kompromiß halten könnte. Erstmals seit langen Jahren aber mischen sich jetzt doch Töne in diesen verbalen Schlagabtausch, die Schlimmeres befürchten lassen.

Nach Auffassung des Hauptgeschäftsführers des Arbeitgeberverbandes Gesamtmetall, Dieter Kirchner, hat sich die IG Metall – mit 2,5 Millionen Mitgliedern noch immer die größte und mächtigste der deutschen Gewerkschaften – so in ihre Forderung nach der 35-Stunden-Woche verrannt, daß sie letztlich einen Arbeitskampf mit Streik und Aussperrung als Selbstzweck führen könnte.

Die Arbeitgeber wären bereit, der IG Metall eine goldene Brücke zu bauen, damit sie von der Forderung nach Wochenarbeitszeitverkürzung herunterkommt, die weder bei der Mehrheit der Mitgliedschaft noch in großen Teilen der öffentlichen Meinung auf Verständnis stößt, und von der Wirtschaft und Bundesregierung schlimme Folgen für den gerade einsetzenden wirtschaftlichen Aufschwung befürchten. „Wir wollen der Gewerkschaft die Möglichkeit bieten, ohne Gesichtsverlust aus dieser Affäre herauszukommen", erklärt Kirchner im Gespräch mit der WELT. Konkrete Vorschläge dazu hat Gesamtmetall auf den Tisch gelegt.

Kirchner faßt die Positionen der Metallarbeitgeber und der IG Metall so zusammen: „Was die IG Metall mit der 35-Stunden-Woche bewirken würde, liest sich wie folgt: keine Lohnerhöhung, weniger Arbeitsplätze als vorher, nichts für die heute schon Arbeitslosen. Würde die IG Metall dagegen unserem Weg der Vorruhestandsregelung zuzüglich Einkommensverbesserung folgen, so stünde am Ende als Bilanz: vorgezogener Ruhestand für Ältere, echte neue Arbeitsplätze für Arbeitslose, weil durch das Ausscheiden der Älteren Arbeitsplätze wirklich ganz frei werden, und für alle Beschäftigten angemessene Lohnerhöhungen."

Hinzu komme dann noch, so Kirchner, daß die Aufschwungskräfte gestärkt und nicht geschwächt würden wie bei der Verkürzung der Wochenarbeitszeit. Im Grunde laufe die Strategie der IG Metall auf ein „Verarmungsprogramm" der Arbeitnehmer hinaus. Kirchner spricht, auch unter Hinweis auf die Forderung der IG Metall, das bisherige „Zubrot" der Arbeiter durch Überstunden künftig nicht mehr mit Geld, sondern mit mehr Freizeit auszugleichen, von einer „Strategie der IG Metall zur Vernichtung von Arbeitsplätzen, zur Vermeidung besserer Einkommens- und Wohlstandschancen und der Vernachlässigung der Arbeitslosen".

Keinesfalls könne die Arbeitgeberseite in den zunächst parallel verlaufenden Tarifverhandlungen über die wöchentliche Arbeitszeit und – ab Januar – über die Löhne und Gehälter auf die Forderung nach drei bis dreieinhalb Prozent mehr Einkommen eingehen. Die Forderung nach der 35-Stunden-Woche bedeute allein mehr als 18 Prozent Kosten, erläutert Kirchner. Die Arbeitgeber wollen deshalb bei der eigentlichen Lohnrunde dem Tarifpartner kein Angebot vorlegen. Gesamtmetall geht davon aus, daß die Verhandlungen über Arbeitszeit und über Einkommen ohnehin zusammengelegt werden müssen.

Kirchner macht deutlich, daß die Arbeitgeber in dieser Runde mit ihrem Vorschlag Frühverrentung plus Einkommensverbesserung eigentlich schon jenen Lösungsvorschlag auf den Tisch gelegt haben, der üblicherweise erst im Verlauf von Tarifverhandlungen irgendwann „aus dem Hut gezaubert" wird, um stockende Gespräche voranzubringen. Seine Sorge ist, daß die IG-Metall-Funktionäre eine Strategie entwickelt haben könnten, in der ein Streik im Frühjahr – nach dem Ende der Friedenspflicht Anfang März – fest eingeplant ist. Eine Reihe von Äußerungen – so etwa jene, daß die Gewerkschaft in der Auseinandersetzung um die 35-Stunden-Woche um ihre Existenz kämpfe – deuteten darauf hin.

Sorgenvoll verweist Kirchner, sonst selbst in schwierigen Tarifauseinandersetzungen eher eine rheinische Frohnatur, auch auf die ungeheure Politisierung der Tarifauseinandersetzung. Man könne nachgerade von einer „außerparlamentarischen Ersatz-Opposition" sprechen, wenn man den Schlagabtausch zwischen Regierung und IG Metall betrachte. Anscheinend gebe es in der Gewerkschaft Kräfte, die „angesichts der nicht gerade konsolidierten Verfassung der parlamentarischen Opposition" mit der Verquickung von Tarifforderung und Kritik an der Bonner Politik eine Konfrontation schaffen wollten, die letztlich die IG Metall in der Rolle einer Ersatzpartei erscheinen lasse.

Solches Vorgehen einer Gewerkschaft wäre nicht nur politisch „abenteuerlich", sagt Kirchner. Es bedeute auch eindeutig einen Mißbrauch der von der Mitgliedschaft an die Funktionäre übertragenen Macht. „Das stört mich eigentlich am meisten: daß man die Gewerkschaftsmitglieder in einen Loyalitätskonflikt stürzt. Da heißt es, entweder geht diese Gewerkschaft kaputt – oder ihr folgt blind und bedingungslos in einen Arbeitskampf, ohne noch zu fragen, ob er für die Arbeitnehmer überhaupt etwas bringt."



„Streik" – Vergangenes kann im Frühjahr wieder Gegenwart sein
FOTO: BOHN

Anders als in früheren Tarifrunden könne man dieses Mal auch nicht auf einen „rettenden dritten Weg" ausweichen, weil sich die IG Metall so festgelegt habe. Die Gewerkschafter seien gegenwärtig nicht einmal mehr zu einem Spitzengespräch mit den Arbeitgebern bereit. Mehr als einmal seien in solchen Gesprächen in der Vergangenheit die Weichen für Tarifkompromisse gestellt worden.

Eine Einladung von Gesamtmetall an die IG-Metall-Führung hätten der Gewerkschaftsvorsitzende Hans Mayr und sein Vertreter Franz Steinkühler jedoch rundweg abgelehnt. Jetzt müsse regional verhandelt werden, es gebe keinen Anlaß, über andere Vorschläge zu sprechen, die nicht auf eine Verkürzung der Wochenarbeitszeit hinausliefen, habe es in der Absage geheißen, wundert sich Kirchner. Nicht einmal nachgefragt habe die Gewerkschaft, wieviel die Arbeitgeber beispielsweise an Lohn und Gehalt auf die jetzigen Einkommen draufzulegen bereit wären.

Die Front der Arbeitgeber von Gesamtmetall steht in dieser Tarifrunde anders als in früheren Jahren in der Ablehnung der 35-Stunden-Woche geeint. Deshalb kann Hauptgeschäftsführer Kirchner auch im Brustton der Überzeugung erklären: „Wir werden die 35-Stunden-Woche abwehren."

Nun kann jeder lesen, was in der verpackten Wurst ist

Ab heute ist es in Kraft, das neue „Lebensmittelkennzeichnungsrecht". Für den Verbraucher heißt das: Auf allen Fertigpackungen wird es das Mindesthaltbarkeitsdatum und ein Verzeichnis aller Zutaten geben. Doch wer glaubt, nun sei alles klar, der irrt.

Von HEINZ HILDEBRANDT

Der freie Warenverkehr zwischen den einzelnen Mitgliedstaaten war eines der vordringlichen Ziele der 1957 gegründeten Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft. In den 1958 in Kraft getretenen Römischen Verträgen verpflichteten sich diese Mitgliedstaaten zu einer schrittweisen Annäherung ihrer bis dato unterschiedlichen Wirtschaftspolitik. Dazu gehörte auch die Anpassung der bisher national geltenden Wirtschaftsgesetzgebung, die Harmonisierung der Verfügungen und Verordnungen.

Es dauerte bis Mitte der siebziger Jahre, bis man ernstlich auch an eine Harmonisierung der Lebensmittel-Kennzeichnung heranging. Erst im Dezember 1978 wurden die EG-Kennzeichnungs-Richtlinien verabschiedet und den einzelnen Mitgliedstaaten unterbreitet. In Bonn benötigte man weitere drei Jahre, diese europäische Vorgabe in deutsche Paragraphen zu fassen. Am 22. Dezember 1981 war es dann soweit, die „Verordnung zur Neuordnung lebensmittelrechtlicher Kennzeichnungsvorschriften" trat in Kraft.

Auch die anderen EG-Länder reagierten ähnlich, wenn auch nicht ganz mit der deutschen Perfektion. „In Brüssel erdacht, in Frankreich verlacht, in Deutschland gemacht", heißt es daher oft im Handel. Dabei hat sogar der deutsche Perfektionismus auch noch seine Lücken; immerhin gibt es noch 37 Ausnahmevorschriften. Auf der anderen Seite wird allerdings alles geregelt, was zu regeln ist, zum Beispiel Änderungen an mehr als zwanzig bisher schon geltenden Verordnungen, die Zusatzstoff-Zulassungsverordnung genauso eingeschlossen wie die Diät- und die Fertigverpackungsverordnung.

Von gravierender Bedeutung ist jedoch die seit heute bindend vorgeschriebene Kennzeichnung von Lebensmitteln in Fertigpackungen. Fertigpackungen, das sind laut Gesetz „alle nach den Bestimmungen des Eichgesetzes verpackten Erzeugnisse, wenn sie in Abwesenheit des Käufers so abgepackt und verschlossen sind, daß die Menge der darin enthaltenen Lebensmittel ohne Öffnen oder wirkliche Änderung der Verpackung nicht verändert werden kann". Exakter läßt es sich nicht definieren.

Diese Artikel müssen also ab heute genau gekennzeichnet sein, einmal mit dem Namen des Produkts, der sogenannten Verkehrsbezeichnung, die beileibe keine Phantasiebezeichnung sein darf wie beispielsweise Mitternachtssuppe oder ähnliches. Zum anderen sind auch Name und Firmenbezeichnung des Herstellers aufzuführen und schließlich sämtliche Zutaten in absteigender Reihenfolge ihrer Menge. Die Verbraucher werden sich also daran gewöhnen müssen, daß in Zukunft z. B. bei abgepackter SB-Wurst nicht nur die selbstverständlichen Zutaten wie Rind- und Schweinefleisch, Wasser und Gewürze aufgeführt sind, sondern auch so wenig zutraulich klingende Bestandteile wie Phosphate, Geschmackverstärker, Stabilisatoren und Emulgatoren.

Ob das zum Schutz des Normalverbrauchers unbedingt erforderlich ist, ist zumindest umstritten, umstrittener als die Tatsache, daß die wenigsten darauf Wert legen. Eine kürzlich veranstaltete Umfrage unter Verbrauchern ergab, daß nur 9 Prozent der Befragten diese Angaben immer beachten, 50 Prozent tun es gelegentlich, 41 Prozent jedoch nie.

Was der Verbraucher in Zukunft allerdings mit Gewißheit beachten wird, ist das sogenannte Mindesthaltbarkeitsdatum. Auch dessen Angabe ist ab heute, dem 27. Dezember, vorgeschrieben, und zwar auch für alle fertigverpackten Lebensmittel; selbstverständlich wieder mit Ausnahmen.

Nicht erforderlich ist die Angabe bei Zucker, Salz, Eiern, Honig, Kaffee-Extrakten, Schokolade, Kakao, Bier und bei allen Getränken mit mehr als 10 Prozent Alkohol, ferner nicht bei frischen Backwaren sowie bei Obst und Gemüse. Bei Tiefkühlprodukten aus Fleisch oder Fisch, bei Butter und Frischkäse gilt das Herstelldatum, bei Hackfleisch und Bratwurst das Verbrauchsdatum. Für Fruchtsäfte gibt es noch eine Übergangslösung. Das Lebensmittelrecht hat eben seine Nuancen und bleibt verwirrend

Die Masse aller Artikel wird jedoch mit der Angabe versehen sein „mindest haltbar bis ...", eben mit dem sogenannten Mindesthaltbarkeitsdatum. Das ist jedoch weder das Verfalldatum noch ein letztes Verkaufs- oder Verzehrdatum.

Der Handel muß jedoch damit rechnen, daß die Masse der Verbraucher diese Feinheiten nicht zur Kenntnis nimmt und das Mindesthaltbarkeitsdatum praktisch mit dem Verfalldatum gleichsetzt.

Daß die Auswirkung der neuen Bestimmungen zu vermehrtem Rücklauf von Produkten führt, die wegen Überschreitung des Mindesthaltbarkeitsdatums nicht mehr absetzbar sind, wird die Folge sein. In die Kalkulation von Herstellern und Handel wird das zwangsläufig einfließen, bezahlen aber muß es der Verbraucher. Doch die Neuordnung hat sicher auch ihre guten Seiten, und nach einer unvermeidlichen Umstellungsperiode werden sich alle daran gewöhnen, auch wenn die Verbraucherverbände sogar in dieser Periode schon wenig Pardon kennen. Dazu der Verkaufsdirektor einer süddeutschen Handelskette: „Zwischen Weihnachten und Neujahr werden die Hausfrauen-Funktionäre in all unseren Märkten auf der Matte stehen und alles genau kontrollieren. Sie haben dafür extra allen Urlaub abgeblasen."

Die „Special Forces" zeigen in Honduras ihr neues Gesicht

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde die Truppe aufgelöst, im „kalten Krieg" neugegründet, nach dem Vietnamkrieg sollte sie wieder verschwinden, 1977 begann eine Reorganisation: Schwerpunkt der „Special Forces" der USA ist heute die Ausbildung von Anti-Guerrilla-Soldaten in der Dritten Welt.

Von PETER HORNUNG

Bleischwer drückt der Tropenhimmel. Tief hängen die Regenwolken. Sie zwingen den Hubschrauberpiloten der US-Armee, weit auf das offene Meer auszuweichen. Der Flug von der honduranischen Hauptstadt Tegucigalpa zum Ausbildungscamp der amerikanischen „Special Forces" dauert länger als geplant. Nach zwei Stunden endlich geht die dröhnende „Libelle" am markierten Landeplatz von Trujillo an der Karibikküste zu Boden. Sand und Palmen. Dazwischen eine Zeltstadt unter Tarnnetzen. Und am Horizont die dunkle Mauer des Urwaldes. Die „Special Forces" versuchen hier, aus schlecht ausgebildeten Soldaten der Armeen von El Salvador und Honduras in wenigen Wochen hochkarätige Einzelkämpfer zu machen.

Major Arthur Zieske, Chef der 125 „Green Berets", die alle fließend Spanisch sprechen, zieht Bilanz: „Bis Mitte nächsten Jahres werden 5000 Salvadorianer und 4000 Honduraner kampftauglich zu ihren Einheiten zurückkehren. Das von uns aufgestellte und trainierte Anti-Guerrilla-Bataillon der Armee El Salvadors hatte in den letzten Monaten die größten Erfolge gegen die aus Nicaragua eingesickerten kommunistischen Partisanen. Zwei Hauptbasen und ein Rebellensender konnten zerstört werden. Die meisten Nachschubpfade wurden entdeckt und vermint."

„Wenig Theorie, viel Praxis", lautet das Ausbildungskonzept. Zwei Tage im Lager wechseln sich mit ununterbrochenen sechstägigen Übungen im Urwald ab. Im Unterricht auch Belehrungen über die Einhaltung der Menschenrechte. Aber Major Zieske räumt ein: „Wir können eine wilde, aus Tradition zügellose Soldateska nicht von heute auf morgen umerziehen. Es ist aber schon einiges erreicht, wenn bei den Ausgebildeten das soldatische Unrechtsbewußtsein wächst. Doch das entscheidende Problem wird sich nie lösen lassen: Im Guerrillakampf werden Menschen zu Tieren, das gilt für beide Seiten."

Eine Auflösung der „Special Forces", wie noch vor wenigen Jahren erwogen, steht nicht mehr zur Diskussion. Vielmehr wurde die Neuaufstellung von zwei Bataillonen beschlossen. Gegenwärtig kommandiert General J. Lutz aus seinem Hauptquartier in Fort Bragg 5000 Mann. Die „Special Forces" bestehen aus drei Einheiten: Die 5. und 7. Gruppe (luftbeweglich) in Fort Bragg/North Carolina, die 10. Gruppe (luftbeweglich) in Fort Devens/Massachusetts und eine Spezialeinheit von 240 Mann im oberbayerischen Bad Tölz.

Die Gründung dieser Truppe geht auf eine Anregung des Vizeadmirals Lord Louis Mountbatten im Jahre 1942 zurück. Er schlug für das geplante Kommandounternehmen „Pflug" in Norwegen die Aufstellung einer „Spezialtruppe" vor. Zum Einsatz in Norwegen kam es zwar nicht, aber die 1. Special Service Force kämpfte in Nordafrika, in Italien und am Rhein. Ihre Technik waren der handstreichartige Überfall und der Einzelkampf. Bei Kriegsende wurde der Verband aufgelöst.

Erst als der Partisanenkrieg Maos, Titos und der Roten Armee hinter den deutschen Linien genauer analysiert worden war, kam es 1952 zur Aufstellung der ersten „Special Forces". Sie erhielten den Auftrag, den Kampf auf irregulärer Ebene als Partisanen tief im feindlichen Territorium zu führen.

Der größte Teil der Einheit lag in Bad Tölz. Sie setzte sich hauptsächlich aus Flüchtlingen aus Osteuropa zusammen. Bis zum Ausbruch des Vietnamkriegs galt als Hauptaufgabe die Unterstützung von noch immer vorhandenen Widerstandsgruppen in den litauischen und lettischen Wäldern und in der Ukraine, außerdem die Unterstützung von Aufständen im Ostblock. Sechs Punkte bestimmen das Konzept: Abspringen per Fallschirm im Einsatzraum, Nachrichtengewinnung, Fernmeldedienst, Vertrautheit mit den Waffensystemen des Gegners, Pionierwesen und Sanitätswesen.

Unter Präsident Kennedy erhielten die Angehörigen der „Special Forces" das berühmte grüne Barett, und der Einsatzschwerpunkt wurde bald Vietnam. Im Vorfeld von Saigon bauten sie nach 1961 eine systematische „Konterguerrilla" auf. Nachträglich wird kritisiert, daß die „Special Forces" zuviel Wert auf Ausbildungscamps und ihre Verteidigung legen. Es gelang ihnen nie, den Ho-Chi-Minh-Pfad zu blockieren und zu den unterirdischen Labyrinthen der nordvietnamesischen Divisionen im offiziell „feindfreien Gebiet" vorzustoßen. Auch die Fernaufklärung blieb lückenhaft und voller operativer Unsicherheitsfaktoren. 1971 zogen die „Green Berets" aus Vietnam ab.

1977 begann dann die Reorganisation mit drei Hauptaufgaben:

1. Unkonventionelle Kriegsführung: Guerrillakrieg, Fluchtaktionen, Subversion und Sabotage.

2. Sonderoperationen: strategische Nachrichtengewinnung, Aktionen gegen strategische Ziele, wie gegnerische Kriegshäfen und Luftbasen, Antiterroreinsatz.

3. Verteidigung befreundeter Staaten im Innern.

Punkt drei sieht General Lutz als zentrale Mission seiner Truppe: „Es gilt, die Staaten der Dritten Welt rechtzeitig gegenüber sowjetischer Einflußnahme zu stabilisieren. Bisher kamen meine Männer in 54 Staaten zum Einsatz."

Das neue Bild der „Green Berets" prägt nicht so sehr der Einzelkämpfer nach Ranger-Art, sondern der des Ausbilders in „befreundeten Ländern". Damit es nicht zu einer Verzettelung kommt, ordnete General Lutz eine Teilung der Aufgaben in den „Special Forces" in Übereinstimmung mit dem Pentagon an: So soll es künftig Einheiten geben, die sich nur mit der Ausbildung und Unterstützung von Verbänden des Gastlandes beschäftigen. Dabei handelt es sich um die Mehrheit der Truppe. In der Minderheit sind die Gruppen, die für Kommando- und Überwachungsaufgaben oder die operative Koordination zuständig sind.

ZK berät Plan. Ist Parteichef Andropow dabei?

dpa, Moskau

In Moskau hat gestern hinter verschlossenen Türen eine zweitägige Plenarsitzung des Zentralkomitees der KPdSU begonnen. Das wurde aus unterrichteten sowjetischen Kreisen bekannt. Wie es heißt, standen am ersten Sitzungstag die Erörterung des Entwurfs des sowjetischen Wirtschaftsplans und des Budgets für 1984 auf der Tagesordnung. Beide Entwürfe werden der am Mittwoch im Kreml beginnenden Wintertagung des Obersten Sowjet (Parlament) zur Verabschiedung vorliegen.

Von Plenarsitzungen des Zentralkomitees sind in der Regel auch personalpolitische Entscheidungen zu erwarten. Sie betreffen die Zusammensetzung des Politbüros, dem obersten sowjetischen Führungsgremium. Falls personelle Veränderungen beschlossen werden sollten, dürfte die Bekanntgabe aber erst heute erfolgen.

Bisher wurde nicht bekannt, ob der 69jährige sowjetische Staats- und Parteichef Juri Andropow an der Montagsitzung des ZK-Plenums teilnahm. Er war zum letzten Mal am 18. August in der Öffentlichkeit zu sehen gewesen, als er eine Gruppe amerikanischer Senatoren empfangen hatte.

Nach offizieller sowjetischer Darstellung soll Andropow, der am 7. November bei der traditionellen Militärparade auf dem Roten Platz zum Jahrestag der Oktoberrevolution gefehlt hatte, eine „Erkältung" gehabt haben. Er habe sich von ihr wieder erholt und gehe bereits seit Wochen seinen Amtsgeschäften im Kreml nach.

Papst will Ali Agca im Gefängnis treffen

AFP, Rom

Papst Johannes Paul II. wird heute mit dem türkischen Terroristen Ali Agca zusammentreffen, der am 13. Mai 1981 versucht hatte, den Papst auf dem Petersplatz in Rom zu erschießen. Die italienischen Behörden planen schärfste Sicherheitsvorkehrungen. Das Gespräch des Papstes mit dem Attentäter soll in dem Rebibbia-Gefängnis im Nordosten der italienischen Hauptstadt stattfinden.

Johannes Paul wird in der Gefängniskapelle zunächst eine Messe zelebrieren. Anschließend will er in dem kleinen Wartesaal des Gefängnisses allein mit dem 25jährigen Agca sprechen, der in einer mittelitalienischen Haftanstalt seine lebenslange Strafe verbüßt. In einem an den Vatikan gerichteten Brief hatte der Türke „ehrliche Reue" bekundet.

General Pinochet erläßt Amnestie

KNA, Santiago

Eine Amnestie für den größten Teil der politischen Gefangenen in Chile, die in möglichst großer Entfernung von der Hauptstadt im Norden oder im Süden des Landes festgehalten wurden, hat der chilenische Staatspräsident General Augusto Pinochet zum Weihnachtsfest erlassen. Dies gab der chilenische Innenminister bekannt. Angaben über die genaue Zahl der Amnestierten machte der Minister nicht. Nach Angaben kirchlicher Quellen in Chile hatten zum Zeitpunkt der Amnestie 73 Männer und Frauen Zwangswohnsitze im äußersten Norden oder Süden des sich über mehr als 5000 Kilometer zwischen Nord und Süd erstreckenden Landes auferlegt bekommen.

Wieder Anschlag der IRA in London

dpa, London

Die irische Untergrundorganisation Provisorische IRA hat nur acht Tage nach dem Bombenanschlag vor dem Londoner Luxus-Kaufhaus Harrods auch Weihnachten wieder in der Millionenstadt zugeschlagen. In einer Seitengasse der Einkaufsstraße Oxford Street explodierte am Sonntagabend eine in einem Papierkorb versteckte Bombe der Terroristen, die zwei Menschen leicht verletzte.

Der Sprengsatz war etwa ein Kilogramm schwer und damit leichter als die Bombe bei Harrods, deren Gewicht auf mehr als zwölf Kilogramm geschätzt wurde. Die Terroristen hatten den Sprengsatz in einem Papierkorb rund 50 Meter von der auch am Weihnachtsabend noch belebten Oxford Street versteckt. Die Bombe explodierte nach Angaben von Scotland Yard ohne jede Vorwarnung. Der angerichtete Sachschaden war gering. Nach Angaben von Chefinspektor Bill Hucklesby von der Sondereinheit von Scotland Yard zur Terrorbekämpfung war dies die erste „Weihnachtsbombe" der irischen Terroristen in London überhaupt. Es wird befürchtet, daß die IRA damit die Kunden vor dem am Wochenende beginnenden Winterschlußverkauf in der Hauptstadt in Angst und Schrekken versetzen will.

Nach dem verheerenden Anschlag vor dem Kaufhaus Harrods, der an dem viktorianischen Gebäude Sachschäden in Höhe von mehreren Millionen Pfund anrichtete, hatte sich die Führung der IRA (Irisch Republikanische Armee) für den Tod von Zivilisten bei der Explosion „entschuldigt".

Die CDU hadert mit Vergangenheit, und die FDP hofft auf Zukunft

Identitätsprobleme auch für Börner / Die Entscheidung der Grünen fällt Mitte Januar

Von D. GURATZSCH

Wenn die hessische CDU auf das ablaufende Jahr zurückblickt, dann tut sie es nicht ohne Bitternis. Wie schon so oft in der Vergangenheit unter dem erfolgreichen Landesvorsitzenden Alfred Dregger, hat die Partei auch unter ihrem neuen Chef Walter Wallmann, dem Frankfurter Stadtoberhaupt, das Ziel einer „Wende" in Hessen verfehlt. Von 45,6 Prozent der Stimmen (1982) sackte sie bei den Landtagswahlen vom 25. September auf 39,4 Prozent, die SPD wurde erstmals seit 1970 wieder stärkste Fraktion. Daß der Umschwung in Bonn, die heillose Wirrnis der „hessischen Verhältnisse" und Wallmanns Fortune in Frankfurt nichts daran geändert haben, drückt die Hoffnungen der Parteifunktionäre, noch jemals die Geschicke des Landes mitbestimmen zu dürfen, gleichsam unter die Frostgrenze ewigen Eises.

Auch die Sorge vor möglichen künftigen Konstellationen der Landespolitik spielt mit. Die in den Wahlen mit CDU-Empfehlungen hochgepäppelte FDP wird trotz aller Treueschwüre zu einem Alptraum für die Unionsstrategen. Sollte es in Hessen zu einem rot-grünen Bündnis kommen, geraten die Liberalen nämlich in eine Schlüsselposition. Anders als CDU und Grüne, die zu gegebener Zeit durchaus in der Absicht zum Sturz eines mit grüner Hilfe gewählten Ministerpräsidenten zusammenfinden könnten, würde die FDP nur sehr wenig Interesse an einer dann fälligen Neuwahl aufbringen können, dürfte sie doch kaum zum zweitenmal auf CDU-Schützenhilfe rechnen. Allein durch die Enthaltung bei der Vertrauensfrage könnten die FDP-Abgeordneten dann aber zu Rettern Börners werden – eine Ablösung des Ministerpräsidenten rückte damit in aussichtslose Ferne.

Aber auch im entgegengesetzten Fall, beim Zustandekommen einer heute noch als unwahrscheinlich geltenden großen Koalition zwischen SPD und CDU, würden die Freien Demokraten der Union den Weg zur Macht verlegen. Als einzige Oppositionspartei im Landtag neben den Grünen würden sie in ihrer einstigen Hochburg Hessen (die Liberalen hatten hier einmal Stimmenanteile von über 30 Prozent) vermutlich zu ungeahnten Kräften erstarken – natürlich vor allem auf Kosten der Union.

In dieser Situation machen hessische Unionspolitiker zum Jahresausklang griesgrämige Bilanzen auf. Sie erkennen, wie schon so oft in der Vergangenheit der Bundesrepublik, vor allem ihren eigenen Parteifreunden ein gerüttelt Maß Mitschuld an der Niederlage in Hessen zu.

Erinnert wird zum Beispiel an die Papiere der Unionspolitiker George und Albrecht im Vorfeld der Hessenwahl, mit denen Diskussionen über Pläne der Bonner Koalition für den „sozialen Abbau" ausgelöst und der hessischen SPD Argumente für den Wahlkampf gegeben wurden. CDU-Generalsekretär Heiner Geißler wird gleich mit zwei Äußerungen zitiert: Der Pazifismus der dreißiger Jahre habe Auschwitz erst möglich gemacht, und die SPD könne zur „Fünften Kolonne Moskaus" werden. Das seien Vorwürfe gewesen, die ganz und gar nicht in den Wahlkampfstil der hessischen CDU gepaßt und die deshalb der SPD Munition geliefert hätten.



Auch Minister Blüm mit seinem vertraulichen Arbeitspapier über die Heraufsetzung der flexiblen Altersgrenze für Frauen, Franz Josef Strauß mit seiner Einfädelung des Milliardenkredits an die „DDR" und seiner anschließenden Schlappe auf dem CSU-Parteitag sowie der unionsinterne Streit um die Kürzung des Mutterschaftsgeldes wecken in der hessischen Union ungute Erinnerungen. Schließlich – und keineswegs zuletzt – wird auch des „Querschlägers" aus Stuttgart gedacht: Lothar Späths vorsichtige Distanzierung vom Bau des Kernkraftwerkes in Wyhl sei Wasser auf Holger Börners Mühlen gewesen.

Indes, mit Identitätsproblemen steht die hessische CDU am Jahreswechsel 1983/84 keineswegs allein. Die SPD hat Börners chamäleonhafte politische Verfärbung noch keineswegs verarbeitet. Die Blockade von Investitionen durch die Verhandlungen mit den Grünen und die Verwicklungen der Landesregierung in gerichtliche Nachprüfungen irritieren den Gewerkschaftsflügel und den konservativen Altwählerstamm besonders in den starken nordhessischen Bastionen der SPD. Regierungsmitglieder machen keinen Hehl daraus, daß sie ein „Abrutschen der Basis" befürchten, wenn das Geziehe mit den Grünen ewig weitergehe.

Auf der anderen Seite fühlt sich die Partei durch die Bundespolitik ihrer Bonner Strategen auf der ganzen Linie bestätigt. Der Ministerpräsident hat mit seinem Zickzackkurs offensichtlich eine Art Vorreiterrolle für bundesweite Aufmarschbewegungen der SPD übernommen. Er war es, der auf dem Münchner SPD-Parteitag nicht nur die wirtschafts- und sozialpolitische Strategie der Gesamt-SPD formuliert und vorweggenommen hat (siehe seine Vorschläge für die Ergänzungs- und die Arbeitsmarktabgabe), sondern auch den energiepolitischen Kurs eines allmählichen Abrückens von der Kernenergie.

Aus seiner Regierungsmannschaft ist zudem auch das sachpolitische Grundsatzprogramm für die rot-grüne Annäherung, das Papier „Arbeit und Umwelt", hervorgegangen. Und schließlich hat auch kein anderer als Börner schon vor über einem Jahr öffentlich Zweifel an der atomaren Abschreckungsstrategie angemeldet.

Von diesen Positionsverschiebungen führt ein direkter Weg zu den „fairen" Verhandlungen mit den Grünen, in die Börner vor einigen Wochen unter tausend Beschwichtigungsformeln für seine Altwähler eingetreten ist. Da der Regierungschef seine wundersame Wandlung schon vor Beginn der Verhandlungen vollzogen und verkündet hatte, kommt es auf den Anteil der Grünen an Regierungsverantwortung nachgerade kaum noch an. Börner kann sich am Verhandlungstisch wieder und wieder auf eigene Positionen berufen und braucht dem grünen Team in den öffentlich geführten Diskussionen kaum einen Stich zu lassen. Sollten die Verhandlungen scheitern, könnte er nach Verabschiedung des überfälligen Haushalts 1983 bis auf weiteres als unstürzbarer geschäftsführender Ministerpräsident im Amt bleiben und auf eigene Faust „grüne Politik" machen.

Vor diesem Hintergrund sind die jüngsten Entwicklungen in Hessen zu verstehen. Die CDU möchte mit ihrem Gang zum Staatsgerichtshof einer Fortführung der geschäftsführenden Amtspraxis einen Riegel vorschieben, die Grünen mit einem „Vorbehalt", an den sie ihre Zustimmung zum Haushalt 1983 knüpfen wollen. Die Wahl eines Ministerpräsidenten und die Verabschiedung des Haushalts 1984 halten sie neuerdings erst im Mai oder Juni kommenden Jahres für möglich. Denn für eine positive Bewertung der Verhandlungsergebnisse durch die Mitte Januar tagende grüne Mitgliederversammlung reichten die erzielten Vereinbarungen noch nicht aus, erklären plötzlich die bisher so verbindlichen grünen Verhandlungsführer Karl Kerschgens und Roland Kern.

Dahinter verbirgt sich ein durch den Verhandlungsgang gestärktes neues Selbstbewußtsein der Partei, die bei den Septemberwahlen von 8,0 Prozent (1982) auf 5,9 Prozent Wählerstimmen abgeschmolzen war. Denn die Hoffnungsformel der Liberalen nährt auch bei den Umweltschützern grüngrüne Hoffnungen: Würde sich die SPD in eine große Koalition flüchten, könnten die Grünen im Landtag nach Herzenslust opponieren. „Dann sind wir bei den nächsten Wahlen zweistellig", frohlockt ein grüner „Reformist".

Erfolge der Bremer Raumfahrt-Technik beflügeln auch die Opposition

CDU-Vorstoß in Bonn: Budget soll bis 1988 auf fast eine Milliarde aufgestockt werden

W. WESSENDORF, Bremen

Der gelungene Höhenflug des Bremer Weltraumlabors Spacelab hat auch die CDU des kleinsten Bundeslandes beflügelt. Bastelte der Landesarbeitskreis Forschung, Technologie, Energie bislang mehr oder weniger in geschlossener Gesellschaft an einem Raumfahrtprogramm der CDU, wagt er nun in Bonn den Vorstoß. Treibende Kräfte dabei sind der Bremer CDU-Chef Bernd Neumann sowie der Vorsitzende des Arbeitskreises und ERNO-Direktor Manfred Fuchs (ERNO-Raumfahrttechnik Bremen).

Gleich nach dem spektakulären Start des Weltraumlabors im Bauch des amerikanischen Orbiters „Columbia" in Cap Canaveral (Florida) richteten Neumann und Fuchs ein Schreiben an die Bundesregierung, um weitere Meilensteine in der bemannten Raumfahrt zu setzen. Fuchs, der als einer der Väter des Spacelab gilt, zur WELT: „Die Führung in Europa in der bemannten Raumfahrt muß jetzt durch eine langfristige Kooperation mit den Amerikanern ausgebaut und abgesichert werden." Der dazu vorgeschlagene Weg wurde von dem Bremer CDU-Arbeitskreis mit den entsprechenden Landesfachausschüssen des Rheinlandes und Baden-Württembergs abgestimmt.

Das Herzstück des vorgelegten Papiers stellt die Beteiligung an der geplanten amerikanischen Raumstation dar. Dabei soll ein eigenständiges Raumstationsmodul zunächst an die US-Raumstation angedockt werden. Später kann es laut Fuchs auch autonom arbeiten. Auf der Basis des Raumlabors haben die Bundesrepublik und Italien dieses Projekt schon in Angriff genommen. Sie nennen es „Columbus".

Die Christdemokraten fordern allerdings eine Steigerung des Raumfahrtbudgets von durchschnittlich 6,6 Prozent pro Jahr für die nächsten Jahre, um die Projekte zu realisieren. Das macht bis 1988 fast eine Milliarde Mark aus. In der mittelfristigen Finanzplanung sind dagegen bis 1987 nur etwa 800 Millionen Mark vorgesehen. Die Bundesrepublik dürfe mit ihren großen Vorleistungen nicht eines Tages hinter die konkurrierenden Länder Frankreich und Japan zurückfallen, die erheblich höhere Mittel investierten, heißt es im CDU-Raumfahrtprogramm.



Das Weltraumlabor Spacelab wurde in Bremen entwickelt. FOTO: AP

So setzt die Bremer CDU darauf, daß der amerikanische Präsident Reagan Anfang 1984 die Pläne für die amerikanische Raumstation festlegen wird, und erwartet, daß Bundeskanzler Kohl im Frühjahr des nächsten Jahres eine langfristige Zusammenarbeit mit den Amerikanern vereinbaren wird.

Die Entwicklungen auf dem Gebiet der Raumfahrt hätten in den vergangenen 20 Jahren der Bundesrepublik die Chance gegeben, eine führende Rolle in Europa zu übernehmen und damit gleichberechtigter Partner im internationalen Rahmen zu werden. Werde diese Möglichkeit nicht genutzt, so entstehe zwangsläufig ein technologischer Rückstand, der erhebliche wirtschaftliche und politische Folgen nach sich ziehe. Das hohe Innovationspotential raumfahrttechnischer Entwicklungen habe eine weitreichende Ausstrahlung auch in andere Bereiche der Technik, heißt es in dem Programm.

Hat der erste Flug des Spacelab den Ruf Bremens als Stadt der Luft- und Raumfahrt aufpoliert, wird die Zukunft der Bremer Raumfahrttechnik noch heller strahlen. Der am 12. Dezember von Postminister Schwarz-Schilling (CDU) in Auftrag gegebene Bau des deutschen Fernmeldesatellitensystems „DFS Kopernikus" beschert den Bremern und ihren Ottobrunner Kollegen (Raumfahrtbereich MBB) Arbeiten im Gegenwert von rund 500 Millionen Mark.

Der Höhenflug geht damit weiter, mit dem deutschen Fernmeldesatelliten in eine den Bremern längst geläufige geostationäre Bahn (36 000 Kilometer über dem Äquator). Dort arbeiten schon viele Nachrichtensatelliten mit der Bremer und Ottobrunner Präzisionshandschrift, die seit zwei Jahren in einem von der Bundesregierung gebauten Boot (Fusion MBB-VFW) sitzen.

Darüber hinaus hält die CDU auch eine engere Zusammenarbeit mit den Franzosen bei der Weiterentwicklung der Trägerrakete Ariane 5 für notwendig. Ihre zweite Stufe wird bei ERNO gebaut. „DFS Kopernikus" soll 1987 mit der Ariane hochgeschossen werden. „Für Bremen bedeutet dies die langfristige Sicherung von rund 1000 Arbeitsplätzen bei MBB/ERNO", meinte Fuchs. Zudem könnten sogar neue Stellen geschaffen werden. Ein für Bremen bedeutender Aufschwung, denn seit 1971 ist die Zahl der direkt in der Raumfahrt Beschäftigten erheblich zurückgegangen. Sie verringerte sich von 5700 Mitarbeitern um 40 Prozent auf 3200 in 1983.

Berlin will Integration der Ausländer verbessern

Islamischer Religionsunterricht / Türkisch Zweitsprache

F. DIEDERICHS, Berlin

„Zukunft durch Zusammenleben" – unter dieser Schlagzeile beschloß der Berliner Senat jetzt eine Reihe von Integrationsprojekten für Ausländer, die in der Verwaltung von Sozialsenator Ulf Fink (CDU) erarbeitet wurden. Das Programm der „Berlinpolitischen Integrationsprojekte" enthält dabei auch ein Vorhaben, das an der Spree von Ausländerexperten als „längst überfällig" eingestuft wird.

Denn während in Nordrhein-Westfalen und mehreren anderen Bundesländern seit rund zwei Jahren islamischer Religionsunterricht als inoffizieller „Probelauf" stattfindet, will jetzt Berlin – mit 145 000 türkischen Mitbürgern die größte türkische Stadt außerhalb der Türkei – ebenfalls Möglichkeiten erarbeiten, islamische Religonslehren an den öffentlichen Schulen zu verbreiten. Die Entscheidung fiel nach jahrelangen Diskussionen im Senatsausschuß für Ausländerfragen, um „den religiösen Bedürfnissen der muslimischen Bevölkerung gerecht zu werden", so die offizielle Begründung.

Vorerst sind im neuen Jahr zwei Stunden Religionsunterricht in der Woche geplant. Sie werden allerdings, aus rechtlichen Erwägungen, noch nicht in den öffentlichen Schulen angeboten, sondern vorerst im Rahmen des „muttersprachlichen Ergänzungsunterrichts" stattfinden, der unter der Regie des türkischen Generalkonsulats steht. Berlin will, vor einer offiziellen Einführung des islamischen Unterrichts, wie andere Bundesländer eine von der Kultusminister-Konferenz in Arbeit gegebene Studie abwarten, die vor allem die rechtlichen Aspekte eines derartigen Unterrichtes klären und die im Januar 1984 vorliegen soll.

Geklärt werden müsse vor allem, so Senatsdirektor Jochen Koch vom Berliner Schulsenator gegenüber der WELT, ob die Lehre islamischer Glaubensgrundsätze wie die Stellung der Frau oder die Grundsätze der Ehe den verfassungsrechtlichen Anforderungen des deutschen Grundgesetzes standhalte. Bisher sei der Islam noch nicht als Religionsgemeinschaft im Sinne des deutschen Rechts anerkannt.

Für Berlin ergibt sich jedoch auch nach Klärung verfassungsrechtlicher Fragen noch eine besondere Situation, die die Spree-Metropole nur noch mit Bremen gemeinsam hat: Nach der sogenannten „Bremer Klausel" läuft Religionsunterricht in diesen beiden Ländern in alleiniger Verantwortung der Kirchen, während in den übrigen Bundesländern die staatliche Schulaufsicht des Landes die Richtlinien zieht. Die Kirchen in Berlin, so Senatsdirektor Koch, stünden jedoch den Senatsplänen zur Einführung des islamischen Unterrichts „offen gegenüber".

Neben dem islamischen Religionsunterricht sieht das Integrationsprogramm des Senats seit September 1982 weitere wichtige Schritte zur schulischen und beruflichen Förderung der zweiten und dritten Ausländergeneration vor. Den Hintergrund zu diesen Maßnahmen bildet ein gestiegener Anteil ausländischer Hauptschulabgänger mit Abschluß, der im Schuljahr 1981 von 51,1 Prozent, 1982 dagegen schon 60 Prozent betrug. Zugenommen habe, so die Senatsschulverwaltung, ebenfalls die Zahl ausländischer Schüler auf den Real- und Gesamtschulen sowie den Gymnasien.

Eine weitere Möglichkeit zur Verbesserung der Integration der Ausländer versucht die Senatsschulverwaltung derzeit in einem Modellversuch, der gleichzeitig in Bundesländern wie Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg und jetzt auch Niedersachsen läuft und den Ersatz der Fremdsprache Englisch durch die Muttersprache des Schülers vorsieht. 800 türkische Grund- und Hauptschüler lernen in Berlin derzeit Türkisch statt Englisch – rund 2000 der insgesamt 4000 jungen Türken pro Jahrgang, so rechnet der Senat, sollen es bei einem Erfolg des Modells künftig sein.

Die letzte S-Bahn-Runde nur noch eine „Formsache"

Nach zehn Treffen folgen jetzt technische Gespräche

F. DIEDERICHS, Berlin

Morgen treffen in Ost-Berlin die Unterhändler des Berliner Senats und der „DDR"-Reichsbahn zur letzten Verhandlungsrunde für die Übernahme der S-Bahn in Westberliner BVG-Regie zusammen. Ein letztes Mal soll der seit dem 31. Oktober in zehn fast ganztägigen Treffen ausgearbeitete Vertragstext „redaktionell überarbeitet werden", so der Berliner Senatssprecher Meinhard Ade.

Politische Beobachter rechnen damit, daß diese letzte S-Bahn-Runde von ihrer Kürze alle bisherigen übertreffen dürfte. Zwar wurden über die Weihnachtsfeiertage die ausformulierten Vertragstexte zur Überprüfung auf die höchsten politischen Schreibtische im West- und Ostteil der Stadt gelegt. Da jedoch bei allen Gesprächen beide Seiten bewußt auf die Berührung statusrechtlicher Fragen verzichteten – alliierte Sprecher kommentierten den Verhandlungsablauf jetzt als „beispielhaft" – rechnet niemand mehr mit ernsthaften Hemmschuhen.

Die alliierte Zustimmung zu dem Vertragswerk wird in Senatskreisen ebenfalls nur noch als „Formsache" apostrophiert und noch für diese Woche erwartet. Der Paraphierung des Vertrags, nach Ansicht des Senatssprechers „noch in diesem Jahr möglich", wird dann voraussichtlich in der ersten Januarwoche die endgültige Unterzeichnung der Vereinbarung folgen – ein Akt, der in Ost-Berlin über die Bühne gehen wird. Auch nach dieser Formalie sind noch zahlreiche weitere „technische Expertengespräche" vorgesehen, die sich vor allem mit der Zukunft der stillgelegten S-Bahn-Anlagen beschäftigen sollen, denn der Berliner Senat wird vorerst nur 40 der insgesamt 140 in West-Berlin vorhandenen Streckenkilometer unter neuer Regie der Berliner Verkehrs-Betriebe (BVG) befahren lassen.

Als ausschlaggebend für die äußerst zügige Verhandlungsführung wird in Berlin vor allem der Besuch Richard von Weizsäckers bei Erich Honecker im September dieses Jahres bewertet. Mit politischem Feingespür habe Weizsäcker bei diesem Gespräch der „DDR" vor allem den aufkommenden Wind einer Drohung aus den Segeln genommen, die S-Bahn zum Jahresende gänzlich einzustellen, falls es zu keiner der „DDR" genehmen Übereinkunft käme.

Weizsäcker ließ während seiner Honecker-Visite offensichtlich keinen Zweifel daran, daß bei einer derartigen Verhärtung der Standpunkte der Berliner Senat ebenfalls auf „stur" schalten würde – mit dem Argument, die „DDR" allein hätte bei einer völligen Einstellung der S-Bahn in der Öffentlichkeit die Schaffung von 2000 „Reichsbahn"-Arbeitslosen zu verantworten. „Dieses Gespenst wollte die DDR natürlich nicht heraufbeschwören", kommentierte ein Berliner Senatspolitiker.

Flick-Vergünstigung: SPD kritisiert Haus Lambsdorff

„Entscheidung trotz Deutlichkeit der Fakten vertagt"

rtr, Bonn

Der SPD-Abgeordnete Dieter Spöri hat dem Wirtschaftsministerium in Bonn vorgeworfen, es vertage trotz „aller Deutlichkeit" der Fakten die Entscheidung über die Rücknahme der der Flick-Gruppe für Kapitalanlagen in den US-Mischkonzern Grace gewährten Steuervergünstigungen. In einer in Bonn verbreiteten Erklärung meinte Spöri, dadurch wachse die Gefahr, daß eine sachlich begründete Rücknahmeentscheidung des Ministeriums wegen Fristeinrede des Konzerns weiter verzögert oder gar abgeblockt werden könnte. Im Zusammenhang mit der Flick-Spenden-Affäre forderten die SPD-Jungsozialisten abermals den Rücktritt von Wirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff.

Im Wirtschaftsministerium werden seit einem knappen Jahr Entscheidungen über Steuerbefreiungen des Flick-Konzerns aus den Jahren 1976 bis 1981 geprüft. Hierbei geht es insbesondere um die Flick gewährte Steuerersparnis von 450 Millionen DM aufgrund einer Kapitalinvestition von 800 Millionen DM beim amerikanischen Mischkonzern Grace. Diese Überprüfung, die sich auf die Einhaltung von Flick-Zusagen gemäß dem Auslandsinvestitionsgesetz bezieht, soll nach Angaben eines Sprechers des Wirtschaftsministeriums in der vergangenen Woche spätestens im Januar abgeschlossen sein.

Steuerexperte Spöri begrüßte es im Namen der SPD, wenn nach monatelangem Zögern endlich die Steuerbegünstigungen für Flick zurückgenommen werden sollten. Die Fakten müßten zwingend zu dieser Rücknahme führen, erklärte Spöri. Deswegen könne das Wirtschaftsministerium seine Verantwortung „für den größten Subventionsskandal in der Geschichte der Bundesrepublik nicht mehr länger vernebeln". Es gehe nicht um die Anklageerhebung gegen Graf Lambsdorff wegen Bestechlichkeit, sondern allein um die „politische Verantwortung für eine skandalöse Subventionsentscheidung", für die Lambsdorff als zuständiger Minister geradestehen müsse.

Paris ersetzt aus Iran ausgewiesene Diplomaten

rtr, Paris

Die französische Regierung will die drei Diplomaten, die von Iran ausgewiesen wurden, durch andere ersetzen. Ein Sprecher des französischen Außenministeriums sagte, Frankreich sehe zwischen der Ausweisung und der von seiner Regierung verfügten Schließung des iranischen islamischen Zentrums in Paris keinen Zusammenhang.

Frankreich hatte im Zusammenhang mit der Schließung drei iranische Diplomaten des Landes verwiesen. Die iranische Nachrichtenagentur IRNA berichtete, die iranischen Diplomaten sowie einige ebenfalls ausgewiesene Studenten, seien vor ihrer Ausreise am Samstag von der französischen Fremdenpolizei mißhandelt worden.

Der Schließung des islamischen Zentrums war die Schließung französischer Institute in Teheran vorausgegangen. Der iranische Ministerpräsident Mir-Hossein Musawi erklärte, Frankreich stehe im Krieg gegen Irak auf der Seite des Gegners. Der Abbau des französischen Botschaftspersonals werde „die Beziehungen zwischen den beiden Ländern auf das niedrigst mögliche Niveau" bringen.

Blockierer fühlen sich provoziert

dpa, Mutlangen

Während der seit Wochen andauernden Blockaden in Mutlangen (Baden-Württemberg), dem Stationierungsort amerikanischer Pershing-2-Raketen, werden die „Friedensgruppen" nach eigenen Angaben zunehmend von Teilen der Bevölkerung „provoziert". Wie ein Sprecher ihres Mutlanger Büros erklärte, drohten einige Gegner der Blockade mit der Gründung einer „Bürgerwehr". Zudem sei es zu Sachbeschädigungen gekommen. Derzeit laufe außerdem eine Unterschriftenaktion für eine „Demonstrationsfreie Zone Mutlangen". Der Polizei ist nach eigenen Angaben nichts von Zwischenfällen bekannt.

Der „Dauerpräsenz" der Atomwaffengegner in Mutlangen werde allerdings von einem Großteil der einheimischen Bevölkerung Gleichmütigkeit oder Sympathie entgegengebracht, meinte der Sprecher des Blockade-Büros. Seit Beginn der Aktionen vor mehreren Wochen seien rund 350 Blockierer zur Feststellung der Personalien festgenommen worden.

Sofia spricht von Gefahr für Antonow

dpa, Sofia

Bulgarien befürchtet offenbar einen Anschlag auf das Leben von Sergej Iwanow Antonow, der für die italienische Justiz lange Zeit als Hauptverdächtigter im Zusammenhang mit dem Papst-Attentat von 1981 galt. Die bulgarischen Behörden boten den italienischen Behörden die Zusammenarbeit zum Schutze Antonows an, der kürzlich aus der Untersuchungshaft in Rom entlassen und unter Hausarrest gestellt worden war.

Der Direktor der amtlichen bulgarischen Nachrichtenagentur BTA, Bojan Traikow, warnte gestern in Sofia davor, daß die wirklichen Hintermänner des Papst-Attentats jetzt versuchen würden, Antonow zu töten. Er forderte die „sofortige und bedingungslose Freilassung" von Antonow.

Der ehemalige Angestellte der bulgarischen Luftfahrtgesellschaft „Balkan Air" in Rom war am 25. November 1982 in Untersuchungshaft genommen worden. Der zu lebenslanger Freiheitsstrafe verurteilte türkische Papst-Attentäter Mehmet Ali Agca hatte ausgesagt, daß der 36jährige Antonow ihm im Auftrage des bulgarischen Geheimdienstes bei der Planung und Ausführung des Anschlages auf Papst Johannes Paul II. am 13. Mai 1981 geholfen habe.

Diese Vorwürfe gegen Antonow waren aber in den vergangenen Monaten immer mehr durch widersprüchliche Aussagen des Türken entkräftet worden. Bulgarien hatte nach der Haftentlassung Antonows erklärt, es sei jetzt „völlig klar, daß weder Antonow noch Sofia mit dem Attentat auf den Papst etwas zu tun" hätten.

Mehr Ausschuß als verkäufliche Ware

rtr, Moskau

In der sowjetischen Wirtschaft gehen jährlich durch die Produktion von Ausschußware Millionen Rubel verloren. Allein in diesem Jahr seien im Bereich der Konsumgüter- und Elektroindustrie fehlerhafte Waren im Wert von mehr als 70 Millionen Rubel (knapp 250 Millionen DM) produziert worden, berichtete das Gewerkschaftsorgan „Trud". In einigen Betrieben sei die Lage so kritisch, daß der Ausschuß die verkäufliche Ware übertreffe. Das Grundproblem sei, daß die industrielle Entwicklung immer noch in Quantität statt in Qualität gemessen werde. Es sei an der Zeit, diese Kriterien zu ändern, schrieb „Trud".

DIE WELT (usps 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the U. S. A. is US-Dollar 365.00 per annum. Second class postage is paid at Englewood, N.J. 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs N.J. 07632

Mubarak rückt wieder an die arabische Seite

Aber die USA bleiben als Partner lebensnotwendig

PETER M. RANKE, Kairo

Der schweigsame und zurückhaltende Präsident Hosni Mubarak gilt bei den Ägyptern jetzt als geschickter Taktiker und als schlauer Wüstenfuchs, der das Land zurück ins arabisch-moslemische Lager führt. So wird in Kairo allgemein die Verständigung zwischen Mubarak und PLO-Chef Arafat gewertet, die nach Meinung politischer Beobachter Arafats Rest-PLO eine neue politische Basis in Ägypten und Jordanien schaffen soll.

Aus diplomatischer Quelle verlautet, daß die Begegnung Mubaraks mit



Arafat von Außenminister Kamal Hassan Ali in Washington vorbereitet worden ist. Es gab in Washington keine Einwände gegen Mubaraks Wunsch, da Ali versicherte, Arafat wolle eine politische Lösung der Nahost-Probleme.

In Kairo wird auch die Version verbreitet, Washington habe das Treffen angeregt. Jedenfalls will die ägyptische Seite den Eindruck vermeiden, sie sei gegen den Willen Washingtons aktiv geworden. Daß Arafat sich nach der Begegnung mit Mubarak dem alten ägyptischen Wunsch angeschlossen hat, die PLO solle eine Exil-Regierung bilden, kommt Kairo genauso entgegen wie Arafats Äußerung, die Verständigung mit Mubarak diene der arabischen Einheit.

Daß Mubarak mit mächtigen Schwimmstößen ans arabische Ufer eilt, ist zwei Jahre nach dem Tod Sadats durch die Lahmlegung des Friedensprozesses mit Israel offenkundig. Während Jordanien gerade ein neues Handelsprotokoll mit Kairo unterzeichnete und jede Beschränkung aufhob, zeigt sich neben den Radikalen wie Syrien und Libyen vor allem noch Saudi-Arabien reserviert wegen des Friedensschlusses Kairo–Jerusalem 1979. Ägypten wurde auf saudischen Wunsch nicht zum Gipfel der Islamischen Konferenz im Januar nach Casablanca eingeladen, und Mubarak soll zum arabischen Gipfel Ende März in Riad erst erscheinen dürfen, wenn die diplomatischen Beziehungen wiederhergestellt sind.

In Kairo wird befürchtet, daß die Saudis für diese Wiederaufnahme harte Bedingungen stellen werden wie das Verschwinden des israelischen Botschafters aus Kairo oder gar wie in Sudan die Einführung der islamischen Scharia-Rechtsprechung. Das würde zwar die oppositionellen Fundamentalisten in Ägypten beruhigen, Mubarak aber den Widerstand der acht Millionen christlichen Kopten eintragen.

Daß die Saudis die Begegnung Arafat–Mubarak mißtrauisch beurteilen, zeigt sich daran, daß sie Arafat den Landgang in Jeddah verweigerten und weder ihn noch seine „Kämpfer" begrüßten. Die Saudis wollen wissen, welche PLO sich aus den Machtkämpfen herausschält und welche Rolle Arafat überhaupt noch spielen kann.

Der Augenschein in Kairo beweist, daß der arabische „Boykott" oder die „Isolierung" Ägyptens nach Camp David immer übertrieben wurde, um die USA und Westeuropa zu stärkerer Wirtschaftshilfe zu mobilisieren. Die Flüge der Jordanier, Iraker und Saudis nach Kairo wurden längst wiederaufgenommen oder waren gar nicht unterbrochen. Keiner der drei Millionen Ägypter, die in arabischen Ländern arbeiten und jährlich 2,8 Milliarden Dollar überweisen, wurde aus politischen Gründen nach Hause geschickt.

Außenminister Kamal Hassan Ali besuchte Jordanien, Marokko und Irak. Der arabische Sommertourismus vom Golf macht bis zu dreißig Prozent des gesamten Tourismus am Nil aus, und private Gelder der Öl-Araber stecken längst wieder in der ägyptischen Wirtschaft. Was Kairo noch fehlt, sind hohe Kredite und Investitionen der Banken und Regierungen am Golf zur Ergänzung der westlichen Hilfe.

Allein die USA zahlen jährlich bis zu 2,3 Milliarden Dollar an Militär- und Wirtschaftshilfe, jeder zweite Brotfladen wird aus US-Weizen gebacken. Ägypten muß für sieben Millionen Dollar täglich Nahrungsmittel importieren oder subventionieren. Die finanzielle Erleichterung, die man durch Einsparung von Rüstungsausgaben im Frieden erwartet hatte, ist durch die neue Auf- und Umrüstung nicht eingetreten.

Die westliche Hilfe kann und will Mubarak nicht gefährden, zumal er erkannt hat, daß der Frieden mit Israel zumindest eine positive Seite hat: Ägypten erhält westliche Waffen in früher unerreichter Größenordnung und Qualität und exportiert sie zum Teil weiter an arabische Länder.

Kairo kann gut ohne diplomatische Beziehungen zu Ländern wie Saudi-Arabien auskommen, lebenswichtig bleibt das Verhältnis zu Amerika. Die Beziehungen zu Israel sind von untergeordneter Bedeutung, solange es keinen völligen Zusammenbruch der Friedensabmachungen gibt. Mubarak wird daher weiter so operieren wie bisher: schrittweise zur Vormacht gegen Syrien. Zusammen mit Jordanien und gemäßigten Palästinensern. Mit Zustimmung der USA und ohne Rücksicht auf Israel. (SAD)

Bignone darf Argentinien nicht verlassen

rtr, Buenos Aires

Ein argentinischer Richter, der das Verschwinden von Zivilisten während der Herrschaft des Militärs untersucht, hat dem früheren Staatspräsidenten Reynaldo Bignone verboten, das Land zu verlassen. Das gleiche Verbot trifft nach Angaben aus Justizkreisen vom Montag rund 20 Polizei- und Militäroffiziere.

Das Ausreiseverbot erging nach diesen Angaben im Zusammenhang mit den Ermittlungen im Fall Alfredo Giorgi – ein Techniker, der im November 1978 verschwunden war. Bignone sei in diesen Fall verwickelt, hieß es, weil er zu dieser Zeit einer militärischen Aufklärungseinheit angehörte, die von General Guillermo Suarez Mason geführt wurde.

Menschenrechtsgruppen gehen davon aus, daß in den 70er Jahren in Argentinien rund 30 000 Menschen verschwunden und ermordet worden sind. Bignone, der am 10. Dezember dem gewählten Präsidenten Raul Alfonsin die Macht übergeben hatte, war auch wegen der illegalen Verhaftung von zwei Rekruten sowie von Kommunisten angeklagt worden, die seit 1976 verschwunden sind.

In der vergangenen Woche hatte nach dem argentinischen Abgeordnetenhaus auch der Senat das Amnesty-Gesetz aufgehoben, mit dem die abgetretene Militärjunta die strafrechtliche Verfolgung von Armeeangehörigen wegen Gewaltverbrechen während des „schmutzigen Krieges" verhindern wollte.

An der Straße von Hormuz hat Oman die Wächterrolle übernommen

Von CARL-H. PIERK

Es herrscht Ausflugswetter. Der Pilot des Militärhubschraubers, dessen Helm ein Abziehbild aus der Muppets-Show ziert, prophezeit: „Auch im Norden ist alles ruhig." Er meint die meteorologischen Verhältnisse. Pünktlich um 9.45 Uhr heben wir vom Hauptquartier der Streitkräfte des Sultanats Oman ab zum Flug in eine politisch brisante Wetterecke: der Straße von Hormuz. Zwei Stunden dauert der Flug. Zunächst knattert der Hubschrauber den Palmengürtel der Batinah-Küste entlang. Unter uns entfaltet sich ein für dieses karge Land ungewohntes Bild: Grün, so weit das Auge reicht. Die Schule für Landwirtschaft des Sultanats, in der 164 Kilometer von der Hauptstadt Muscat entfernten malerischen Stadt Nizwa beheimatet, hat hier eine Gärtnerei nach der anderen aufgebaut.

Der Helikopter dreht zum offenen Meer ab. Im Golf von Oman sehen wir die Tanker-Rallye. Fünfzehn Schiffe zählen wir in Höhe des Territoriums der Vereinigten Arabischen Emirate. Dann ändert sich die Szene, wir scheinen einer Mondlandschaft entgegenzufliegen. Der Pilot findet seine Route durch zerklüftete Felsbarrieren, steuert schließlich auf die Halbinsel Musandam zu, eine omanische Exklave. Unter uns wilde Steilküsten, blaugrünes Meer, kleine Inseln.

Plötzlich taucht die Musandam Naval Base auf. Wir fliegen eine Schleife, erblicken unter uns einige Küstenwachboote und setzen staubwirbelnd auf einem steinigen, kaum markierten Landeplatz auf. Neben einer Moschee ducken sich langgestreckte Unterkünfte für die Marinesoldaten. Auf einer Anhöhe, nur dank der Antennen zu erkennen, schlägt das elektronische Herz des Stützpunktes.

„Wir zählen Schiffe", erläutert Commander Carrington, ein braungebrannter Brite, die Aufgabe seiner Leute. Carrington zählt zu den 530 Engländern, die London an die 20 459 Mann zählende Streitmacht des Sultanats „ausgeliehen" hat. Schiffezählen, das ist britisches Understatement. Es geht um die Überwachung der vor der omanischen Küste gelegenen Straße von Hormuz, die an ihrer engsten Stelle zu Iran 40 Kilometer breit und 80 Meter tief ist. Durch dieses Nadelöhr kommen 60 Prozent der westlichen Ölversorgung aus dem Persischen Golf.

50 Tanker pro Tag

In diesen Dezembertagen sind es pro Tag etwa 50 Tanker, die die Straße von Hormuz passieren. Im Innern der Beobachtungsstation ist auf einem Bildschirm die Tankerroute zu erkennen. Die Verkehrsrinne liegt innerhalb der omanischen Zwölf-Meilen-Zone.

Als Folge amerikanischer Warnungen vor einer Schließung der Straße von Hormuz haben sich die Spannungen in der Golf-Region verschärft. Iran hatte mit der Verminung des einzigen Zugangs zum Golf gedroht für den Fall, daß der Irak die mit Exocet-Raketen bestückten, aus Frankreich gelieferten Kampfflugzeuge einsetzt. Nervosität hier an der Lebensader des Westens? Der erst 27jährige Salim Abdullah, Kommandeur des Küstenwachbootes „Al Mujahid", den wir auf einer Patrouillenfahrt in den Golf begleiten, meint: „Die Iraner werden sich zurückhalten, denn sonst haben sie die ganze Welt gegen sich."

Auch andere Varianten einer Sperrung der Seestraße, etwa das Versenken mehrerer großer Tanker am engsten Punkt der Fahrrinne, der Einsatz von Froschmännern, die Öltanker angreifen und versenken könnten, sieht der vollbärtige Omani nicht als realistisch an. „Jedenfalls nicht zum gegenwärtigen Zeitpunkt." Vorerst vertraut Salim Abdullah auf die beiden Großmächte im Hintergrund, denen an einer dramatischen Zuspitzung der Lage im Golf nicht gelegen sein kann.

Sultan Kabus bin Saud, der 43jährige Herrscher Omans, nimmt die Bedrohung der westlichen Lebensader im Persischen Golf dagegen überaus ernst. Er würde eine mögliche Blokkierung der Straße von Hormuz nicht nur als einen Angriff auf sein Land deuten; denn es wären alle Anrainerstaaten davon betroffen. Der Konflikt würde internationalisiert.

Während des Gesprächs mit Sultan Kabus kommt auch die Frage nach der westlichen Unterstützung zur Sprache. Das Sultanat investiert derzeit 49 Prozent seines Bruttosozialproduktes in die Sicherung der Straße von Hormuz. Das ist für das Sultanat, das im Zeitraffer auf dem Sprung vom Mittelalter zur industrialisierten Gegenwart ist, eine immense Leistung.

15 deutsche Unternehmen

Deutlich sind die Appelle an die deutsche Industrie, mehr im Sultanat zu investieren. Der Schwerpunkt der Zusammenarbeit liegt im Bereich des Bausektors, vor allem beim Straßen- und Hafenbau, bei Kommunikationseinrichtungen (Telefonnetz, Aufbau einer Fernsehanstalt) und der Errichtung von Anlagen der Grundstoffindustrie (Zementwerke zum Beispiel). Zur Zeit sind in Oman etwa fünfzehn deutsche Unternehmen permanent vertreten (etwa 220 Deutsche leben im Sultanat). Die deutsche Industrie sieht sich in Oman einem starken Konkurrenzdruck durch Japan, Indien und Südkorea ausgesetzt. „Die Japaner meinen eine Waffe in der Hand zu haben, weil sie 60 Prozent des in Oman produzierten Öls kaufen, die Deutschen dagegen nur 0,4 Prozent", sagt ein hoher Regierungsbeamter.

Entwicklungspolitik vor „Dekade der Anpassung"

Die Unido in Wien soll noch wirksamer werden

MANFRED NEUBER, Wien

Die Organisation für industrielle Entwicklung (Unido) mit Sitz in Wien muß auf die geplante Aufwertung zu einer eigenständigen Sonderorganisation der Vereinten Nationen weiter warten. Finanzielle Zurückhaltung im Westen und politische Motive im Osten halten die Ratifizierung der neuen Unido-Statuten auf.

Der Beschluß über die Umwandlung der Unido in eine selbständige Unterorganisation von gleichem Range wie die Unesco (Kultur) und die FAO (Ernährung) wurde im Mai dieses Jahres gefaßt. Sie soll der Unido eine größere finanzielle Unabhängigkeit von der UNO-Zentrale in New York und somit auch mehr Handlungsspielraum geben.

Bisher obliegen wichtige Budget- und Personalentscheidungen dieser Organisation, die multilaterale Entwicklungshilfe in der Dritten Welt leistet, dem Generalsekretariat der Vereinten Nationen. Das bringt bürokratischen Leerlauf und erhöhte Kosten mit sich. Die beabsichtigte Aufwertung der Unido kommt auch der UNO-City in Wien zugute.

Kurz vor Jahresende 1983 haben zwar mehr als hundert Mitgliedstaaten die neue Verfassung der Unido ratifiziert, doch wird mit der formellen Umwandlung jetzt nicht vor Anfang 1985 gerechnet. Schuld an dem Aufschub sind in erster Linie die Sowjets, die personelle Vorbedingungen an ihre Zustimmung geknüpft haben. Notfalls will man jedoch ohne Moskau den Status verändern.

Ostblock sperrt sich

Die Ostblockstaaten sperren sich gegen marktwirtschaftlich konzipierte Projekte der Unido und wollen der Dritten Welt ihre sozialistische Planwirtschaft aufdrängen. Ohne auf die Ratifizierung durch den Kreml zu warten, sind allerdings schon Rumänien und Ungarn der neuen Satzung der Unido beigetreten.

Nachdem die Vereinigten Staaten wie auch die Bundesrepublik Deutschland diesen Schritt vollzogen haben, sind rund 83 Prozent des künftigen Haushalts der Unido gezeichnet. Strenggenommen reichen Zusagen über 80 Prozent der Finanzmittel für die Billigung aus; in der Unido-Zentrale in Wien möchte man vor der Veränderung zumindest den genehmigten Finanzrahmen ausgefüllt sehen, wenn schon „Nullwachstum" im Haushalt bittere Wirklichkeit ist.

Die Unido fördert in Kooperation mit den Regierungen der Empfängerländer die wirtschaftliche und soziale Entwicklung in der Dritten Welt; finanziert werden dabei Ausrüstungen, Stipendien und die Entsendung von Experten. Mehr als die Hälfte der Mittel für jedes Projekt müssen die Empfängerländer selbst aufbringen. Rund 80 Prozent der Unido-Hilfe entfallen auf die ärmsten Länder der Erde.

Spitze eines Eisbergs

Im Zeichen der Sparsamkeit wird die nächste Vollversammlung der Unido vom 30. Juli bis 7. August 1984 in der Wiener Zentrale und nicht, wie zunächst vorgesehen, in Nairobi stattfinden. Kenia sah sich außerstande, die Konferenz in seiner Hauptstadt auszurichten.

Auf seiner Wintersitzung stellte der Ständige Ausschuß der Unido mit großer Sorge einen Rückgang der industriellen Entwicklung in der Dritten Welt fest. Dies sei „hauptsächlich auf die anhaltende internationale Wirtschaftskrise zurückzuführen".

Generell hält man bei der Unido die Schuldenkrise vieler Länder der Dritten Welt nur für „die Spitze eines Eisberges", unter der sich eine strukturelle Bedrohung der Weltwirtschaft verberge. Nur durch ein Umdenken im Nord-Süd-Kontext und eine Anpassung an die geringen Möglichkeiten der Entwicklung sei sie zu bewältigen.

Anstöße zu neuen Überlegungen für eine geänderte Entwicklungsstrategie in der Dritten Welt soll das sechs Monate vor der Unido IV erscheinende Arbeitspapier geben. Es wird weniger politisch, sondern mehr an strukturellen Fragen ausgerichtet sein. In diesem Zusammenhang spricht man in der Wiener Zentrale von einer „Dekade der Anpassung", die jetzt vor den Entwicklungsländern liege und während der mehr eigenes Handeln gefordert sei.

Nach vier Jahren Krieg verdrängt der Traum von der Einheitsfront den Alptraum bisheriger Zersplitterung



Ex-König Zahir Schah: Repräsentant Afghanistans? – **Mohammed Nabi Mohammedi: Eine neue Epoche hat begonnen!** – **Dr. Hashmatullah Mudjadiddi: Sehnsucht nach nationalem Dach** – **Pir Sayed Gilani: Nichts darf überstürzt werden!** – **Gulbuddin Hekmatyar: Ablehnung in Bausch und Bogen** – **Junos Khales: Der König ist an allem schuld!** – **Burhanuddin Rabbani: Einheitsfront ja, König nein!**

FOTOS: AP (1), Rueb (6)

Afghanistan am historischen Wendepunkt

Von WALTER H. RUEB

Afghanistans Widerstand gegen die sowjetische Aggression genießt seit nunmehr vier Jahren die Sympathie der Weltöffentlichkeit, doch er hat keinen legitimierten Führer. Das soll jetzt anders werden: seit Monaten sucht eine Verhandlungskommission in Pakistan und Afghanistan eine Mehrheit für eine Sammlungsbewegung hinter Ex-König Zahir Schah. Allein der seit zehn Jahren im römischen Exil lebende frühere Monarch kann nach Meinung der meisten Afghanen an die Spitze von nationaler Sammlungsbewegung und Einheitsfront treten und dadurch dem afghanischen Widerstand endlich die Repräsentanz verschaffen, die ihm zum entscheidenden politischen und militärischen Durchbruch bis heute gefehlt hat. Doch die Welt weiß, daß die Afghanen zerstritten und ihr Widerstand in viele Gruppen zersplittert ist. Skepsis ist deshalb angebracht: Kommt es zu einer Sammlungsbewegung und zu der ersehnten Einheitsfront? Die WELT sprach jetzt in Pashawar mit den Führern der afghanischen Exil-Organisationen und stellte ihnen die Frage: Beteiligung an Sammlungsbewegung und Einheitsfront – ja oder nein?

Mohammed Nabi Mohammedi, früher Theologieprofessor und Parlamentsabgeordneter und heute Führer der Bewegung für die Islamische Revolution (Harakate Inqelabe Islami, nationalistisch und stark religiös), erinnerte an die vier in Angriff genommenen, doch stets gescheiterten Einigungsversuche der Widerstands-Organisationen. „Wir schämen uns dafür vor der Welt", sagte er. „Der Mißerfolg aber rührte daher, daß einige Führer nicht bereit waren, andere zu akzeptieren. Wir aber waren und sind bereit zur Einigung. Wir begrüßen den Appell des Königs und sind bereit, ihn zu unterstützen. Daß aber auch jetzt wieder einige Führer nicht bereit sind, ihre persönlichen Ambitionen hintenanzustellen und den König als Führer zu akzeptieren, bereitet uns Kummer."

In lockerem Plauderton gab Mohammedi sodann eine Anekdote aus Washington wieder. „Ein amerikanischer Diplomat hat mir erzählt, daß ein afghanischer Besucher das Weiße Haus kaum verlassen hatte, als schon Telefonanrufe beim Präsidenten eingingen, in denen diesem vorgeworfen wurde, soeben den falschen Afghanen empfangen zu haben ... Das zeigt, daß wir endlich eine wirkliche politische Repräsentanz brauchen. Sie muß kommen! 95 Prozent der Afghanen stehen hinter der Widerstandsbewegung, die gleiche Zahl fordert auch die Einheitsfront. Wir haben uns immer gewünscht, unter ein Dach und eine Führung zu kommen. Wir sind sicher, daß diese jetzt endlich zustande kommt. Die Vorarbeiten gingen in einem sehr guten Klima über die Bühne. Der Anfang ist gemacht. Eine neue Epoche in einer Einheitsfront hat begonnen."

Dr. Hashmatullah Mudjadiddi, Bruder des berühmten Führers der Front für die Nationale Befreiung (Nedjate Melli, monarchistisch und nationalistisch), beteuerte in Abwesenheit seines Bruders: „Uns hat die nationale Einigung von jeher am Herzen gelegen. Nach vier Jahren Krieg ist es heute wichtiger als je, auch die islamischen Parteien unter ein einziges nationales Dach zu bringen sowie eine auch für sie annehmbare Zielsetzung und Satzung zu erarbeiten."

Viel guter Wille zur Einigung sprach aus den Worten von Hashmatullah Mudjadiddi. Er liegt ganz auf der Linie seines Bruders Sebghatullah, von dem bekannt ist, daß er nach anfänglichem Zögern mittlerweile der glühendste Verfechter einer Sammlungsbewegung hinter dem früheren König sowie einer Einheitsfront ist. Selbstverständlich würde die eigene Partei ihre 65 000 bewaffneten Freiheitskämpfer sofort unter den Befehl von Sammlungsbewegung und Einheitsfront stellen, beteuerte Mudjadiddi.

Aber er äußerte auch Skepsis und machte auf die fundamentalen Unterschiede zwischen moderater Mehrheit und fundamentalistischer Minderheit des afghanischen Volkes aufmerksam: „Über 90 Prozent der Afghanen sind bereit, nach einem Abzug der Sowjets die Waffen aus der Hand zu legen und ein Afghanistan nach dem Willen der Mehrheit aufzubauen, die Fundamentalisten aber sind entschlossen, den Kampf fortzusetzen, denn ihr Ziel ist nicht allein ein von den Russen befreites Afghanistan, sondern einzig und allein ein Afghanistan nach ihren Vorstellungen."

Pir Sayed Gilani, der angebliche Nachkomme von Mohammed und Führer der Nationalen Front für die Islamische Revolution (Inqelabe Mili Islami, liberal, religiös, pro-westlich), antwortete überzeugend: „Meine Partei hat stets den Wunsch gehegt, eine größere Einheit zu formen. Unsere Bereitschaft zur Einberufung einer Nationalversammlung und zur Bildung einer Einheitsfront haben wir bewiesen durch die Entsendung von Vertretern zu Gesprächen mit dem früheren König in Rom."

Auf präzise Fragen gab Gilani jedoch zu, daß Vertreter der Fundamentalisten die Reise nach Rom nicht mitgemacht hätten. Am Zustandekommen einer Einheitsfront zweifle er trotzdem nicht. „Für Verhandlungen, Ausarbeitung der Satzung, Einberufung der Nationalversammlung, Proklamation einer Sammlungsbewegung und Bildung einer Einheitsfront ist Zeit vonnöten. Da darf nichts überstürzt werden."

Gulbuddin Hekmatyar, Führer der großen Islamischen Partei (Hezbi Islami Afghanistan I, hervorgegangen aus Moslembruderschaft gegen Monarchie und Stammesgesellschaft), lehnte eine Einheitsfront kategorisch ab – zumindest „unter Führung von Leuten, die sich nicht mehr in Afghanistan aufhalten, damit außerhalb des Kampfes sind und lediglich mit den Russen zu einem gefährlichen Einverständnis kommen wollen. Die Russen wollen Babrak Karmal ersetzen und haben deshalb mit dem ehemaligen König Kontakt aufgenommen. Dadurch versuchen sie zweierlei: erstens ihre Interessen in Afghanistan zu retten, und zweitens wollen sie verhindern, daß in Afghanistan eine freie islamische Regierung zustande kommt. Wir wissen, daß Kontakte zwischen den Russen und dem früheren König bestehen".

Junos Khales, der farbige und unkonventionelle Führer der kleineren Islamischen Partei (Hezbi Islami Afghanistan II, eine Abspaltung der größeren von Hekmatyar, ebenfalls fundamentalistisch und rechtskonservativ), hatte wenige Tage vor dem Gespräch mit einem Brief an die Konferenz „Islam heute" in Islamabad Aufsehen erregt. Darin erhob er schwere Vorwürfe gegen fundamentalistische Kampfgefährten und bezichtigte sie des Separatismus, der Korruption, persönlicher Bereicherung und sogar Verrats an der gemeinsamen Sache.

„Zu viel Geld wurde und wird ausgegeben", sagte er, „doch leider nicht für die Freiheitskämpfer in Afghanistan, sondern hier in Peshawar ... Was ich wünsche, ist eine Sammlungsbewegung aller. Sie soll allein ausgerichtet werden auf den bewaffneten Kampf zur Befreiung von Afghanistan."

Die Frage, ob er bereit sei, sich mit seiner Partei der Sammlungsbewegung hinter Ex-König Zahir Schah anzuschließen und sich auch an der geplanten Einheitsfront zu beteiligen, beantwortete Khales so: „Der König hat bisher nicht gegen die Sowjets gekämpft, und er kann auch künftig dem Kampf keine wirkliche Unterstützung geben. Mohammed Zahir wird deshalb von der islamischen Bevölkerung abgelehnt. Er ist auch verantwortlich für die afghanische Tragödie. Unter ihm wurden die Weichen gestellt, die schließlich die Russen zur Invasion in unserem Land veranlaßt haben."

Burhanuddin Rabbani, Theologieprofessor und Führer der Islamischen Gesellschaft (Jamiat Islami Afghanistan, ebenfalls aus der Moslembruderschaft hervorgegangen und Sammelbecken der intellektuellen Fundamentalisten), gilt als Schlüsselfigur einer Einigung. „Ihn gilt es zu gewinnen, denn er ist stark und seine Partei militärisch im Innern Afghanistans dominierend", hatte ein hochrangiger Diplomat und Staatsmann Afghanistans der WELT anvertraut.

Rabbani aber äußerte sich ganz im Sinne seines fundamentalistischen Bruders Hekmatyar. „Die Einberufung einer Nationalversammlung und die geplante Bildung einer Einheitsfront, wie sie vom ehemaligen König Mohammed Zahir Schah vorgeschlagen wurde, ist nach unserer Auffassung eine vollkommen unrealistische Sache", sagte er.

Immerhin erwähnte er den früheren König mit Namen – eine für einen monarchiefeindlichen Fundamentalisten ungewöhnliche Tatsache. Rabbanis Begründung für die ablehnende Haltung war schwach: Die Freiheitskämpfer hätten mitten in ihrem Ringen mit dem „blutsaugenden Feind" keine Möglichkeit, sich aus der „heißen Kampfzone" zurückzuziehen, um im In- oder Ausland Versammlungen abzuhalten. „In der gegenwärtigen Lage ist die Abhaltung einer Loya Jirga einfach nicht machbar", fuhr Rabbani fort, gab aber dann überraschend zu, „daß eine Einheitsfront die einzig mögliche Antwort auf die barbarischen Aktivitäten des Feindes ist".

Rabbani lehnte die Führung von Sammlungsbewegung und Einheitsfront durch Ex-König Zahir Schah kategorisch ab. Er habe das Land verlassen und „viele Prüfungen nicht mit Erfolg abgelegt". Eine Einheitsfront müsse unter dem Dach „der hohen islamischen Lehre" gebildet werden, und sie müsse vollkommen frei und unabhängig von sämtlichen Kräften des Auslandes sein. „Die Einheitsfront ist wichtig", sagte Rabbani mit Nachdruck, „aber sie darf nicht geführt werden von Personen, deren Beziehungen zum Volk schwach und lose sind."

Afghanistan am 4. Jahrestag des sowjetischen Einmarsches
Eine Übersicht über die militärische Lage im Lande: Am stärksten ist der Widerstand zur Zeit im Osten und Südosten. Die Belagerung von Khost und Urgun ist bereits legendär, die Schlacht am Khyberpaß machte jüngst Schlagzeilen, doch auch im Norden und Süden entwickeln die Mujahedin Initiative und Angriffsgeist.
Am Donnerstag, 29. Dezember, in der WELT

Die Märtyrer verlangen Einigkeit

Wortlaut der Deklaration von Ex-König Zahir Schah zum 4. Jahrestag des sowjetischen Einmarsches in Afghanistan:

„Wie die ganze Welt weiß, hat die Sowjetunion genau vor vier Jahren, entgegen allen international gültigen Vereinbarungen und Prinzipien mit der Entsendung regulärer Truppen, den Entschluß in die Tat umgesetzt, Afghanistan zu besetzen. Mit dieser Aggression hat sie die auf den Prinzipien friedlicher Koexistenz gegründeten freundschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Völkern brutal zertreten.

Das gläubige und freiheitsliebende Volk von Afghanistan, das im Laufe seiner Geschichte seinen Glauben, seine Freiheit und seine Unabhängigkeit stets mit seinem Blut verteidigt hat, ringt seither um seine islamischen Grundsätze und nationalen Traditionen sowie um Glaube, Land und Freiheit. Mit Unterstützung von Gott, dem Allmächtigen, und gestützt auf Glauben und unerschütterliche Entschlossenheit, leistet es gegen eine der größten Mächte der Welt Widerstand.

Der ungleiche Krieg hat in dieser langen Periode zum Märtyrertod von Hunderttausenden unserer Landsleute, zur Vertreibung von mehr als drei Millionen ins Ausland und zur ständigen Flucht von Millionen Menschen im Inneren des Landes geführt. Er hatte zugleich die Zerstörung von Dörfern und Städten in Afghanistan zur Folge. Leider ist das Ausmaß von Opfern und Zerstörungen wegen der zunehmenden Intensivierung der feindlichen Angriffe noch im Wachsen.

Diese unerträgliche und beispiellose Katastrophe machte Regierungen und Weltbevölkerung klar, daß das afghanische Volk, genau wie in der Vergangenheit keine Fremdherrschaft akzeptiert und es als seine Aufgabe sieht, Glaube, Land und Freiheit zu verteidigen und seinen heiligen Jihad fortzusetzen, ohne an die mit ihm verbundenen Opfer und Verluste zu denken. Solange, bis die völlige Unabhängigkeit gewonnen, die territoriale Integrität gesichert und die nationale Souveränität wiederhergestellt sind. Andererseits haben die Ereignisse die Sowjetunion darauf aufmerksam gemacht, daß sie trotz der Anwendung großer Militärmacht nicht in der Lage ist, Glaube und nationale Widerstands-Mentalität des afghanischen Volkes zu brechen und eine dauerhafte und totale Kontrolle über das Land zu festigen.

Zugleich machte das leidvolle Geschehen das fromme und patriotische Volk von Afghanistan aufmerkasam auf vergangene und gegenwärtige Unzulänglichkeiten. Es ist ihm klargeworden, daß die kämpfenden Organisationen, trotz Hinnahme beispielloser Opfer, die zu würdigen sind, es wegen des Fehlens einer von allen Seiten akzeptierten Bewegung nicht erreicht haben, ihre Stimme als alleinige Vertretung der Nation gegenüber internationalen Stellen und der Welt wirksam zu erheben. Gleichzeitig hat das Fehlen einer politischen Repräsentanz dazu geführt, daß Organisationen und Kräfte der Mujahedin von den bis jetzt über das Problem Afghanistan auf internationaler Ebene stattgefundenen Verhandlungen ferngehalten worden sind.

Diese Lücke, die ein großes Hindernis im Wege der Realisierung der Ziele des afghanischen Volkes darstellt, ist von allen Landsleuten begriffen worden. Die wiederholten Forderungen von Volk und Widerstands-organisationen bringen die ernste Notwendigkeit zur Gründung einer Einheitsfront zum Ausdruck.

Dennoch muß mit Betonung wiederholt werden, daß der Schritt zur Schaffung einer Einheitsfront keineswegs ein Zufall ist und daß deren Ursprung niemals von einer einzelnen Person oder einer besonderen Gruppe ausging, sondern daß die Zusammentreffen, die bis jetzt zustande gekommen sind oder in Zukunft stattfinden, ihren Ursprung in Forderungen und Wünschen einer großen Mehrheit der afghanischen Gesellschaft haben. Die Wünsche des moslemischen Volkes von Afghanistan haben bei dieser Meinungsbildung die entscheidende Rolle gespielt.

Die Achtung dieser Realitäten veranlaßt mich dazu, meinem ganzen Volk in diesem historischen Zeitpunkt meine ehrlichen Dienste zur Erleichterung des Einigungsprozesses anzubieten. Es ist selbstverständlich, daß mein Wunsch zur Realisierung dieses heiligen Ziels lediglich aus meiner religiösen Pflicht gegenüber Gott, dem Allmächtigen, sowie aus der Pflicht zur Erfüllung meiner Aufgaben gegenüber meinen lieben Landsleuten besteht und nicht aus persönlichem Anspruch.

Es ist auch klar, daß dieser große und wichtige Schritt zum richtigen Ziel völliges Verständnis und praktische und geistige Einheit großer Teile des afghanischen Volkes erfordert. Ihre aktive Zusammenarbeit, gestützt auf islamische Konsultation und getreu den Prinzipien der Demokratie sind unentbehrliche Voraussetzungen des Erfolges der neuen Bewegung. Die Zusammenarbeit mit den Landsleuten, die sich dem Feind heroisch entgegengeworfen haben, aber sind die wichtigsten Voraussetzungen des Erfolges.

Diejenigen Landsleute, die organisiert oder einzeln ihre religiöse und nationale Aufgabe durch politischen und geistigen Kampf erfüllt haben, sind zu loben. Aber der Ernst der Zeit erfordert, daß jeder einzelne Afghane, wo immer er auch steht, seine Aktivitäten nicht auf eine Unterstützung der eigenen Bewegung beschränkt, sondern darüber hinaus zur Schaffung eines günstigen Klimas und zur Bildung der Einheitsfront sowie ihrer Weiterentwicklung tatkräftig beitragen muß.

Da die Spaltung der Mujahedin nur dem Feinde nützt, hat jeder Afghane die Aufgabe, Verständnis und Zufriedenheit derjenigen Landsleute zu gewinnen, die die neue Bewegung kritisch ansehen. Nur dann ist auch deren Mitwirkung bei der neuen Bewegung zu erreichen. Es ist selbstverständlich, daß die Bildung der Einheitsfront und die Regulierung ihrer Aktivitäten das unbestreitbare Recht aller Landsleute ist. Die Einheitsfront aus den wahren Vertretern des afghanischen Volkes stellt aufgrund der Friedensliebe der Afghanen niemals eine Gefahrenquelle für seine Nachbarn dar. Sie will im Gegenteil gut nachbarschaftliche Beziehungen mit ihnen pflegen.

Diese Beziehungen basierten stets auf den Prinzipien friedlicher Koexistenz, Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten und auf dem Respekt nationaler Souveränität und legaler nationaler Interessen. Nachdem die Sowjetunion mit der Besetzung Afghanistans den Frieden unseres Landes, das Gleichgewicht der Region und das internationale Kräfteverhältnis gestört und unserem Volk einen erbarmungslosen Krieg auferlegt hat, hat das Volk von Afghanistan keine andere Wahl, als mit Entschlossenheit und Mut Glauben und Ehre zu verteidigen. Natürlich bedeutet diese Tatsache keineswegs, daß ein anderer Weg, der dem leidenden afghanischen Volk zur Realisierung seiner legitimen Ziele im Rahmen der Charta der Vereinten Nationen verhilft, nicht berücksichtigt wird.

Zum Schluß würdige ich die Seelen der Märtyrer des Freiheitskampfes und bete zu unserem allmächtigen Gott, dem kämpferischen und patriotischen Volk von Afghanistan zur Erreichung seiner gerechten Ziele zum Erfolg zu verhelfen.

Gezeichnet Mohammed Zahir."

Blut und Tränen sind wirksamer als Worte

Achtzig Prozent der Afghanen stehen hinter den Einigungsbestrebungen. Was in Afghanistan bei den Kämpfenden schon lange Tatsache ist – nämlich eine gemeinsame Front gegen einen übermächtigen Feind –, soll jetzt auch in Pakistan und anderswo im Ausland Wirklichkeit werden: eine Sammlungsbewegung hinter einer legitimierten Persönlichkeit. Der Kampf um die politische Repräsentanz treibt dabei nach Berichten von Beobachtern und Beteiligten oft seltsame Blüten.

„Gruppen der offiziell abseits stehenden Fundamentalisten aus Afghanistan kommen im Schutze der Nacht zu uns", erzählt Ehssanullah Mayar. Der Ingenieur lebt seit dem Überfall der Sowjets auf sein Land im hessischen Eschborn, hat aber nach der Berufung in die in Pakistan tätige Verhandlungskommission Deutschland sofort verlassen und ist nach Peshawar gereist.

Dort bewohnt er zusammen mit mehreren anderen Exil-Afghanen im altmodischen, doch gemütlichen und bequemen Deans-Hotel aus der britischen Kolonialzeit mehrere Zimmer. Neben ihm haben zwei Afghanen vorübergehend Quartier aufgeschlagen, die seit Jahren in den USA leben: Den greisen Gelehrten Mohammad Nabi Yusufi hat es aus Kandahar nach Albany/New York verschlagen, der frühere afghanische Karrierediplomat Mohammed Siddia Saljoogye hat nach vielen beruflichen Stationen in der ganzen Welt eine vorläufige Endstation im kalifornischen Palm Springs gefunden. Die beiden Männer beziffern die Zahl der in den USA lebenden Landsleute auf 40 000 bis 50 000 und bezeichnen deren Situation als zufriedenstellend.

Sogar der kommunistische Staatsrundfunk in Kabul meldete die Ankunft der Verhandlungsdelegation in Peshawar, bezeichnete aber die Kommissionsmitglieder als CIA-Agenten. Den Afghanen in Peshawar ist dies gleichgültig. „Hauptsache, der letzte Afghane in der Heimat weiß jetzt, was in Peshawar im Gange ist", sagt Mayar.

Briefe aus Afghanistan signalisieren Zustimmung. Die Briefe gelangen teilweise auf abenteuerlichen Wegen nach Pakistan. Die meisten sind auf Stoff geschrieben. Die Stoff-Briefe werden in die Kleider von Freiheitskämpfern eingenäht, die sich auf geheimen, doch gefährlichen Pfaden nach Pakistan begeben, um ihre Familien in Lagern zu besuchen, sich von Ärzten behandeln zu lassen oder um Waffen zu besorgen.

Auf gleiche Art gelangen Briefe der Verhandlungskommission in den Besitz von Guerrillagruppen im Innern Afghanistans. Diese werden regelmäßig über den Stand der Verhandlungen mit den Exilorganisationen in Peshawar informiert, so oft wie der frühere König Zahir Schah im römischen Exil. Die pakistanische Regierung duldete bisher die afghanischen Aktivitäten und billigte den Flüchtlingen sogar großzügige Erleichterungen zu. Und ihr Hauptquartier im Deans-Hotel in Peshawar läßt sie von Soldaten rund um die Uhr bewachen.

Das schriftliche Echo aus der Heimat sowie aus Pakistan, Iran, Europa, USA und anderen Teilen der Welt auf die Aktivitäten der Verhandlungskommission füllt mittlerweile im Zimmer von Mayar ganze Kartons. Viele Briefe von großen und kleinen Gruppen von Freiheitskämpfern zieren Fotos ihrer Kommandanten.

Manche werden ergänzt durch komplette Listen der aktiven Kämpfer und der zur Verfügung stehenden Waffen. Das versetzt Mayar in die Lage, das aktive Widerstandspotential ziemlich genau zu beziffern. „Unter Waffen stehen zwischen 250 000 und 300 000 Afghanen", sagt er. „Eine kleine Zahl im Vergleich zur Übermacht der Sowjets, doch bei uns ist die Moral gut und die Motivation riesig."

Vor kurzem kehrte die Verhandlungskommission aus Quetta, der Hauptstadt von Belutschistan, nach Peshawar zurück. Mayar: „Wir haben dort acht Flüchtlingslager besucht und zu rund 50 000 Afghanen gesprochen. Es war beeindruckend. In einem Lager, in dem die Mehrheit der Insassen mit der fundamentalistischen Hezbi Islami sympathisiert, bekamen wir Beifall und Zustimmung für unseren Einigungsplan. Die Kosten unseres Aufenthaltes wurden von den Lagerinsassen übernommen. In einem anderen Lager begrüßte man uns mit Salutschüssen. Video-Aufnahmen beweisen die Begeisterung der Menschen in und um Quetta."

Die Kommission überschritt in Belutschistan sogar die Grenze zu Afghanistan. Auf der Paßhöhe oberhalb Chaman erblickten mehrere der Kommissionsmitglieder nach Jahren erstmals wieder die Heimat. „Einige haben geweint", gesteht Mayar. In Spin Bouldak jenseits der Grenze fand die Kommission bei dem früheren afghanischen Parlamentsabgeordneten Abdul Samat Noorzaie gastliche Aufnahme. In der gebirgigen Umgebung inspizierte sie Gruppen afghanischer Mujahedin, die sich im vierjährigen Kampf gegen die Sowjets hervorragend geschlagen haben.

UdSSR
Samarkand
WAKHAN
Mesar-i-Scherif
Kuschka
Maimana
Herat
Kabul
Kheyber
Islamabad
Peshawar
AFGHANISTAN
Shindand
Ghazni
IRAN
Farah
Indus
Lahore
Khandahar
Chaman
Quetta
PAKISTAN
250 km
Sutlej
BELUTSCHISTAN
DIE WELT

Auch in der ein paar Fahrstunden entfernten Stadt Kandahar haben die Freiheitskämpfer das, was die Verhandlungskommission in delikater Arbeit zu erreichen versucht, längst vorweggenommen. Blut und Tränen haben nationalistische und fundamentalistische Afghanen zu einer mächtigen Einheitsfront zusammengeschweißt. Sie dokumentiert in Afghanistans zweitgrößter Stadt inzwischen offen ihre Stärke. Vor kurzem haben die Mujahedin beispielsweise 500 Meter vom Stadtzentrum entfernt ein eigenes Gericht installiert. Seither werden Kandahars große und kleine Sünder nicht mehr von den Beamten des kommunistischen Regimes von Babrak Karmal abgeurteilt, sondern von Männern des Widerstands. 350 schwerbewaffnete Guerrillas stehen hinter der freien Justitia.

Das freie Gericht von Kandahar hat mittlerweile die kommunistischen Richter arbeitslos gemacht, obwohl es alle Fälle aus den Gouvernements Kandahar, Helmand, Sabol und Farah mit insgesamt 1,7 Millionen Menschen bearbeitet. Es verhängt Strafen von ein paar Tagen Gefängnis bis zur Erschießung. Mayar: „Bisher ist es zu keinerlei Zwischenfällen mit den örtlichen Behörden gekommen."

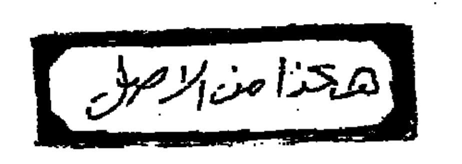
Der Wahl-Eschborner ist nach wochenlanger Verhandlungstätigkeit zuversichtlich: Aus zwei Gründen: Jeder Afghane wisse inzwischen, daß jetzt die letzte Karte gespielt werde und fast überall sei der Wunsch nach Einigung groß.

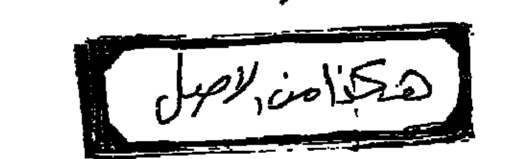
Mayar verrät auch, wie die Bildung einer Einheitsfront über die Bühne gehen soll. „In allen 28 afghanischen Gouvernements werden Vertreter in die Nationalversammlung gewählt. Wo diese tagt, steht allerdings nicht fest. Afghanistan ist angesichts sowjetischer Luftherrschaft wohl zu gefährlich, Pakistan dürfte aus Furcht vor sowjetischen Protesten die Abhaltung einer Nationalversammlung auf seinem Boden verbieten – was bleibt, sind die arabischen Länder, in Europa eventuell Frankreich. Die Nationalversammlung soll den künftigen Repräsentanten des freien Afghanistan wählen, dieser die lang ersehnte nationale Einheitsfront proklamieren."

Einer der eifrigsten Förderer der nationalen Einheit ist vor kurzem im Alter von 47 Jahren in St. Augustin bei Bonn fern der Heimat gestorben: Dr. Walid Hokoki, früher Mitglied des höchsten afghanischen Gerichtshofes und zuletzt Mitglied der Verhandlungskommission in Peshawar, wird weder an der Nationalversammlung teilnehmen noch jemals nach Afghanistan zurückkehren.

Wann werden dies die 4,4 Millionen Afghanen tun können, die zur Zeit in Pakistan und Iran leben? Daß sie dies wirklich wollen, beteuern sie immer wieder. Ihre Sehnsucht nach Frieden und Heimkehr ist angesichts von Not und Elend, Unfreiheit und Heimatlosigkeit verständlich. Die Bildung einer Einheitsfront würde sie ihrem Ziel näherbringen.

WALTER H. RUEB







Waigel: Der Kredit an die DDR hat uns politischen Spielraum geschaffen

WELT-Interview mit dem Vorsitzenden der CSU-Landesgruppe / Deutschlandpolitik im Mittelpunkt der Kreuther Tagung

DW. Bonn

Der in den Unionsparteien nicht unumstrittene Milliardenkredit an die „DDR" hat der Bundesrepublik Deutschland nach Einschätzung des CSU-Politikers Theo Waigel „deutschlandpolitisch Spielraum geschaffen". Für einen neuen Kredit gebe es derzeit aber „keinen Entscheidungsbedarf", versicherte Waigel in einem WELT-Interview. Zugleich vertrat Waigel die Auffassung, daß keine Anzeichen für eine Erweiterung des politischen Spielraums der „DDR" zu erkennen seien. Mit Waigel sprach Manfred Schell.

WELT: Herr Waigel, die CSU-Landesgruppe hat die Deutschlandpolitik zu einem Schwerpunktthema ihrer Klausurtagung in Kreuth gemacht. Gibt es bei der CSU etwas aufzuarbeiten, vielleicht auch zu beruhigen?

Waigel: Deutschland steht seit jeher im Mittelpunkt der Politik der CSU. Während der Oppositionszeit war die CSU gerade auf diesem Gebiet Vorreiter und Speerspitze gegen eine Politik, die wir bereits im Ansatz für falsch hielten – vor allem gegen den offenkundigen Versuch, die deutschlandpolitischen Grundpositionen und damit den Wiedervereinigungsauftrag des Grundgesetzes praktisch aufzugeben. In Wildbad Kreuth gilt es nach 15 Monaten Regierungsverantwortung Bilanz zu ziehen. Es ist notwendig, unseren Anhängern und Wählern deutlich zu machen, daß Deutschlandpolitik in der Regierungsverantwortung zwar von den gleichen Grundsätzen ausgeht, aber instrumentell anders aussieht als in Zeiten der Opposition. Die Kritik am Milliardenkredit für die DDR ist durch die deutlichere Informationspolitik in den letzten Monaten wesentlich abgeklungen.

WELT: Hat die Bundesregierung zu einem neuen Deutschlandbild gefunden oder gibt es hier noch Defizite?

Waigel: Ich kann keine Defizite feststellen. Vor allem sind die deutschlandpolitischen Grundsätze wieder in Erinnerung gerufen worden, wie es Bundeskanzler Kohl in seiner Regierungserklärung getan hat, als er neben dem Grundgesetz vor allem auch den Deutschlandvertrag, die Briefe zur deutschen Einheit, die Entschließung des Deutschen Bundestages vom 17. Mai 1972 und die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts von 1973 und 1975 wieder ausdrücklich zu den Grundlagen unserer Deutschlandpolitik gemacht hat. Nun weiß jeder Bescheid, besonders auch der Kreml. Pacta sund servanda – aber Verträge sind auslegungsfähig und Tatbestände verbesserungswürdig. Solide Grundsatzpositionen sind die Basis für eine erfolgreiche Politik, die sich in der täglichen Praxis in kleinen Schritten bewähren muß.

WELT: Wie stellt sich für Sie der instrumentelle Spielraum für eine Politik gegenüber der „DDR" dar?

Waigel: Wir können von folgendem Rahmen ausgehen:

1. Entgegen den zum Teil euphorischen Erwartungen, die in den siebziger Jahren an die sogenannte Entspannungspolitik geknüpft wurden, sehe ich nirgendwo einen konkreten Hinweis, daß sich Natur und Charakter des SED-Regimes geändert haben. Der Bahrsche „Wandel durch Annäherung" war von Anfang an eine Illusion und hatte nie eine Chance, im Osten etwas zu verändern. Die DDR bleibt der deutsche Teil der Sowjetmacht – es gibt keine Anzeichen für eine etwaige vermehrte Eigenständigkeit oder eine Erweiterung des eng begrenzten Spielraums.

2. Mitteleuropa ist keine „heiße Zone" der Weltpolitik. Auch die Stationierung der Waffen der Nordatlantischen Allianz nach dem NATO-Doppelbeschluß hat daran ebensowenig Entscheidendes geändert wie die jetzt angekündigte weitere Raketenüberrüstung der Sowjetunion in der DDR und CSSR. Letzteres ist allenfalls für die kommunistischen Machthaber ein zusätzliches Problem, da den Bürgern dort ins Bewußtsein tritt, wofür sie ungefragt herhalten müssen. Eine Eiszeit findet jedenfalls nicht statt.

3. Die DDR hat signalisiert, daß sie in den Grenzen, die ihr eingeräumt sind, den Kontakt mit uns wünscht, und sei es auch nur aus finanzpolitischen und wirtschaftlichen Gründen. Die ökonomischen Zwänge drüben sind allen bekannt. Wir werden sie bei unserer Politik richtig einschätzen.

4. Der KSZE-Prozeß bietet eine Chane, energisch auf die Verwirklichung der in Helsinki und den Folgeverhandlungen niedergelegten Menschenrechte zu dringen. Auf keinen Fall darf es dem Warschauer Pakt und mit ihm der DDR gestattet werden, Stockholm und die weiteren Verhandlungen lediglich als Propagandaforum für Scheinangebote in Sachen Frieden zu benutzen und sich wie bisher um die Einlösung der KSZE-Verpflichtungen herumzudrücken.

WELT: Nun stehen, zumindest aus der Sicht der „DDR", auch Rechtspositionen zur Diskussion. Sind hier Veränderungen denkbar?

Waigel: Die von der DDR erhobenen Statusforderungen sind und bleiben unerfüllbar. Das bedeutet konkret: Das Deutsche Reich besteht in den verfassungsgerichtlich festgestellten Grenzen auch heute noch weiter; es gibt nur eine einheitliche deutsche Staatsangehörigkeit, die zugleich die Staatsangehörigkeit der Bundesrepublik Deutschland ist; die innerdeutsche Grenze ist keine Trennungslinie im Sinne des Völkerrechts; alle Verfassungsorgane haben beharrlich auf die Wiedervereinigung Deutschlands hinzuwirken und damit auch weltweit für das deutsche Selbstbestimmungsrecht zu werben. Damit kommt die Anerkennung einer eigenen DDR-Staatsbürgerschaft nicht in Frage und auch nicht die Aufwertung der Ständigen Vertretungen zu Botschaften sowie eine Verschiebung der Elbe-Grenze nach den Vorstellungen der DDR. Mit dieser Haltung befinden wir uns in Einklang mit den geltenden staats- und völkerrechtlichen Grundlagen.

Die DDR verfolgt insgesamt mit ihren Forderungen das Ziel, einen neuen Status quo in den innerdeutschen Beziehungen zu schaffen, der weit über die Zugeständnisse des Grundlagenvertrages hinausgeht. Die SED muß begreifen, daß sie sich damit politisch selber blockiert. Es ist übrigens nicht zu übersehen, daß angesichts der klaren und eindeutigen Haltung der Bundesregierung und der sie tragenden Parteien die Statusforderungen der DDR in den Hintergrund getreten sind. Die CSU läßt sich auch über diese Themen keine Diskussion aufdrängen, die nur der anderen Seite nützen würde. Dies gilt ebenso für solche Aktivitäten von Drittstaaten außerhalb des kommunistischen Machtbereichs, die geeignet sind, die Statusforderungen Ost-Berlins zu stützen – wie im Falle der Auslieferungsvereinbarungen, die die DDR von Griechenland wünscht.



Theodor Waigel FOTO: WEREK

WELT: Im öffentlichen Bewußtsein zumindest hat die CSU den Milliardenkredit für die „DDR" eingefädelt. Die eigene Anhängerschaft ist dadurch verunsichert worden. Steht die CSU nochmals für einen solchen Schritt zur Verfügung.

Waigel: Die Verantwortung für den Kredit lag bei der Bundesregierung und der Koalition, die den Kredit einstimmig gebilligt haben. Irritationen nach der Kreditgewährung beruhten auf einer unzulänglichen Informationspolitik. Für den Kredit gibt es viele gute Gründe. Nur zwei Stichworte:

1. Er ist ein Zeichen der Bundesrepublik Deutschland an die Menschen drüben, daß wir über das ökonomisch Nützliche hinaus für Mitteldeutschland da sind und helfen. Denn wir unterschätzen nicht die Fähigkeit kommunistischer Machthaber, Menschen praktisch unbegrenzt leiden zu lassen.

2. Der Kredit hat der Bundesrepublik deutschlandpolitisch Spielraum geschaffen. Niemand kann uns heute bezichtigen, wir seien deutschlandpolitisch nicht aktionsfähig. Nun ist Ost-Berlin am Zuge. Für einen neuen Kredit gibt es derzeit keinen Entscheidungsbedarf.

WELT: Unbehagen ist noch heute spürbar: Bares Geld wurde zur Verfügung gestellt, aber die erhofften Gegenleistungen sind noch nicht erfolgt?

Waigel: Grund zu Unbehagen besteht nicht. Wir haben ein Signal gegeben. Der Kredit hat ökonomisch gestimmt. Hinsichtlich unserer begründeten weiteren Erwartungen werden wir jedes Zeichen der anderen Seite registrieren. Wir leben nicht vom Prinzip Hoffnung. Erste Verbesserungen sind erfolgt. Ich denke dabei an die Wiederaufnahme der Verhandlungen über ein Kulturabkommen, über die Luftreinhaltung und die Sicherheitsfragen bei kerntechnischen Anlagen. Erste Schritte im Bereich des Umweltschutzes sind vollzogen. Ich weise auf das Post-Abkommen hin, dessen Einhaltung wir kritisch beobachten werden, und auf die teilweise Senkung des Mindestumtausches, auf den Abbau der Selbstschußautomaten, auf die menschlichere Behandlung im innerdeutschen Reiseverkehr.

Das ist sicherlich noch zu wenig. Aber messen wir es einmal an dem totalen innerdeutschen Stillstand im Herbst 1982, als die SED unverhohlen eine Politik der Maximalforderungen und der leeren Hände praktizieren konnte. Wären jene Fakten von der Regierung Schmidt zuwege gebracht worden, dann wäre dies als großer politischer Erfolg gewertet worden.

Sozialpolitik: Was sich am 1. Januar für die Versicherten ändern wird

Obergrenzen der Versicherungen neu festgesetzt / Beiträge künftig auch vom Krankengeld

GISELA REINERS, Bonn

Wie in jedem Jahr ist auch diesmal der 1. Januar des neuen Jahres ein Stichtag, an dem sich einige Regelungen der sozialen Sicherung ändern. Die wichtigsten Neuerungen betreffen dabei:

Neue Beitragsbemessungsgrenzen

In der Renten-, Arbeitslosen- und Krankenversicherung werden die Obergrenzen neu festgesetzt, von denen die Beiträge berechnet werden. Wer mehr verdient als die angegebenen Monatsbeträge, zahlt dennoch nur Beiträge in Prozent von dem festgesetzten Betrag. In der Krankenversicherung kann sich derjenige, der mehr verdient, befreien lassen und eine private Versicherung abschließen.

Rentenversicherung: Die Beitragsbemessungsgrenze steigt von 5000 auf 5200 Mark. Davon zahlen Arbeitgeber und Arbeitnehmer je zur Hälfte 18,5 Prozent. Höchstbeitrag des Arbeitnehmers: 481 Mark.

Arbeitslosenversicherung: Ebenfalls 5200 Mark. Davon werden 4,6 Prozent je zur Hälfte von Unternehmen und Mitarbeiter gezahlt. Höchstbeitrag: 119,60 Mark.

Krankenversicherung: Die Obergrenze steigt von 3750 auf 3900 Mark. Im Durchschnitt sind davon 11,5 Prozent zu zahlen. Auch hier zahlt der Arbeitgeber im Prinzip die Hälfte. Höchstbeitrag (bei 11,5 Prozent): 224,25 Mark.

Rentenversicherung .

1. Hier ist besonders wichtig, die stärkere **Belastung von sogenannten Einmalzahlungen** mit Beiträgen zur Sozialversicherung. Schon bisher wurden von den Sonderzahlungen wie Weihnachts- und Urlaubsgeld, Treueprämien und Tantiemen Beiträge gezahlt, aber nur bis zur Beitragsbemessungsgrenze.

In Zukunft wird bei der Berechnung der Beiträge zur Renten-, Kranken- und Arbeitslosenversicherung so verfahren, als ob diese einmaligen Zahlungen in zwölf gleichen Teilen erfolgten zusammen mit dem Monatsgehalt. Das bedeutet, daß in jedem Monat bis zur Bemessungsgrenze Beiträge abgezogen werden. Dies Verfahren wird aber nur in dem Monat vorgenommen, in dem die Sonderzahlung anfällt. Wer also im November Weihnachtsgeld erhält, zahlt davon soviel Beiträge, als ob er in jedem Monat ein Zwölftel des Weihnachtsgeldes mit dem Gehalt überwiesen bekommen hätte. Der Weihnachtsfreibetrag von 100 Mark – von dem früher keine Beiträge zu entrichten waren – entfällt von 1984 an.

2. Auch vom **Krankengeld** werden jetzt **Beiträge** erhoben. Früher zahlte man erst vom 13., jetzt schon vom ersten Bezugsmonat an: insgesamt 11,55 Prozent; das sind 9,25 Prozent an die Renten- und 2,3 Prozent an die Arbeitslosenversicherung. Krankenversicherung wird nicht gezahlt.

3. Durch die **Aktualisierung der Rentenanpassung** werden die Veränderungen der Einkommen von Arbeitnehmern und Rentnern gekoppelt. Wenn die Renten zum 1. Juli 1984 erhöht werden, so richtet sich der Steigerungssatz nach der durchschnittlichen Anhebung der Löhne und Gehälter aus dem Jahr 1983. Im Durchschnitt dürften die Einkommen der Beschäftigten um 3,3 Prozent gestiegen sein; der Betrag steht erst im Frühjahr ganz genau fest. Von der Erhöhung der Renten werden jedoch noch zwei Prozent für die Krankenversicherung abgezogen, so daß ein bis 1,3 Prozent Anhebung übrig bleiben werden zum 1. Juli 1984. Die nächste Rentenanpassung gibt es zum 1. Juli 1985.

4. **Renten wegen Berufs- und Erwerbsunfähigkeit** (BU/EU) werden künftig nur noch jenen gezahlt, die eine Berechtigung nachweisen können. So muß man künftig in den fünf Jahren vor Eintritt des Versicherungsfalls eine mindestens dreijährige (36 Monate) versicherungspflichtige Tätigkeit nachweisen. Wer also in den fünf Jahren nur freiwillige Beiträge geleistet hat, hat keinen Anspruch mehr auf BU/EU-Rente. Nicht auf die fünf Jahre angerechnet werden Zeiten von Krankheit und Arbeitslosigkeit sowie Rentenbezug. Frauen, die Kinder erziehen, erhalten pro Kind eine Fristverlängerung von je fünf Jahren. Hat z. B. eine Frau zwei Kinder, werden die Zeiten der Kinderbetreuung bis zum vollendeten 5. Lebensjahr des Kindes hinzugerechnet. Sie braucht also unter Umständen in 15 Jahren nur 36 Monate versicherungspflichtige Beschäftigung nachzuweisen, um eine Rente wegen Berufs- oder Erwerbsunfähigkeit beziehen zu können.

(Wird fortgesetzt)

Peking setzt auf Dialog mit den USA

Trotz Streit über Taiwan besucht Regierungschef Zhao den amerikanischen Präsidenten

dpa/AFP, **Peking**

Der am 10. Januar beginnende USA-Besuch des chinesischen Regierungschefs Zhao Ziyang unterstreicht den politischen Stellenwert, den das kommunistische China seinen Beziehungen zu den Vereinigten Staaten beimißt: Zhao reist, obwohl es nach wie vor grundlegende Differenzen zwischen Peking und Washington wegen der amerikanischen Unterstützung für die Republik China auf Taiwan gibt. In Peking konnten sich aber offenbar jene Kräfte durchsetzen, die eine wirtschaftliche Zusammenarbeit mit den USA für wichtiger halten als ständige Querelen über Taiwan.

US-Präsident Reagan hatte der Regierung in Taiwan bei seinem Japan-Aufenthalt nochmals versichert, er werde sie als Verbündeter nicht fallenlassen. Reagan hat auch nichts unternommen, um zwei taiwan-freundliche Resolutionen im US-Kongreß zu Fall zu bringen. Peking hat ihm dies sehr verübelt und mit der Absage des Besuchs Zhao Ziyangs gedroht. Als Washington erklärte, Reagan könne die Legislative zu nichts zwingen, und er betrachte die Volksrepublik als legale Vertretung Chinas, lenkte Peking ein und vereinbarte den Besuch Zhaos. Damit ist auch der Weg frei für den Gegenbesuch Reagans im April.

Peking möchte allerdings in seinen politischen Beziehungen zu Washington nicht zu weit gehen und strebt ein ausgewogenes Verhältnis zu den beiden Supermächten USA und UdSSR an. Zhao wird dies auch in Washington betonen, wenn er im Weißen Haus mit Reagan zusammentrifft. Peking hofft, durch den Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen zu den USA die Modernisierung Chinas zu beschleunigen. Nach Japan sind die USA bereits heute Chinas wichtigster Handelspartner. Washington erklärte sich kürzlich zu einem verstärkten Transfer moderner Technologie nach China bereit.

Im Mittelpunkt der Innenpolitik Chinas steht zur Zeit die historische Einordnung des 1976 verstorbenen Staatsgründers Mao Zedong. In einem in Peking publizierten Artikel zum 90. Geburstag Maos nannte ihn Parteichef Hu Yaobang „Chinas größte Persönlichkeit des Jahrhunderts". Maos Leistungen seien „unsterblich", und seine Ideologie werde „ewig leuchten". Unter Anspielung auf die katastrophalen Folgen der „Kulturrevolution" (1966–76) meinte Hu jedoch, der „große Steuermann" habe „gegen Ende seines Lebens schwere Irrtümer begangen, die unsere Partei in große Schwierigkeiten brachten".

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp
Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Bruno Waltert, Dr. Günter Zehm
Berater der Chefredaktion: Heinz Barth
Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos
Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke (WELT-Report), Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten, Gernot Facius; Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern (verantw.), Horst Stein; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Bundesgerichte/Europa: Ulrich Lüke; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann; Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.), Dr. Hellmut Jaesrich (stellv.); Fernsehen: Dr. Brigitte Heller; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Ulrich Bieger, Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz-Rudolf Scheike (stellv.); Auslandsbeilagen: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Dr. Leo Fischer, Peter Jentsch, Werner Kahl, Walter H. Rueb, Lothar Schmidt-Mühlisch
Fotoredaktion: Bettina Rathje
Schlußredaktion: Armin Reck
Bonner Korrespondenten-Redaktion: Manfred Schell (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps, Gisela Reiners
Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad
Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf
Deutschland-Korrespondenten, Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Klaus Geiltel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Klare Warnecke MA; Hannover/Kiel: Christoph Graf Schwerin von Schwanenfeld (Politik); Hannover: Dominik Schmidt (Wirtschaft); München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Fritz Wirth, Wilhelm Furler; Moskau: Friedrich H. Neumann; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Stockholm: Reiner Gatermann; Washington: Thomas L. Kielinger, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Bogotá: Prof. Dr. Günter Friedländer; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt, Bodo Radke; Jerusalem: Ephraim Lahav, Heinz Schewe; London: Helmut Voss, Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Mexico City: Werner Thomas; New York: Alfred von Krusenstiern, Gitta Bauer, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Rom: Anne Tiertjen; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz; Zürich: Pierre Rothschild

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 611, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 611

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104
Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919
Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09
Telex 9 230 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44
Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61
Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (06 11) 71 73 11; Telex 4 12 449
Anzeigen: Tel. (06 11) 77 90 11–13
Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966
Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813
Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39
Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 26,60 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 62 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 12, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 48.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.
Nachrichtentechnik: Reinhard Prechelt
Herstellung: Werner Koziak
Anzeigen: Dietrich Windberg
Vertrieb: Gerd Dieter Leilich
Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler
Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6.

Die Sorge um den Frieden bestimmt den Ton der Weihnachts-Predigten

Höffner beklagt „Verlust an Menschlichkeit" / Lohse: Aufruf zu „Brot für die Welt"

DW. Bonn

Die Sorge um den Frieden und die Aufforderung an die Christen, mit denen zu teilen, die Hilfe brauchen, standen im Mittelpunkt der Weihnachtspredigten. Der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Joseph Kardinal Höffner, beklagte im Kölner Dom, daß die Sünde sich auch in den sozialen Strukturen eingenistet und die gesellschaftlichen Verhältnisse verdorben habe. Das habe zu Haß und Feindschaft, zu Knechtung und Ausbeutung, zu Terror und Krieg sowie zu Verletzung der Religionsfreiheit geführt. Der Kardinal sprach von einem generellen Verlust an Menschlichkeit.

Den Appell des Papstes, Rüstungsgelder für den Kampf gegen den Hunger in der Welt zu verwenden, griff der Münsteraner Bischof Reinhard Lettmann in seiner Predigt im St.-Paulus-Dom auf. Christi Geburt bringe Licht und Wärme in das Leben der Menschen. Sie sei ein Grund, im Menschen den Bruder zu sehen, brüderlich und friedlich miteinander umzugehen und auch brüderlich zu teilen. Allerdings sei zu fragen: „Wie wird es weitergehen in einer Welt, die immer mehr von Waffen starrt", in der „ein großer Teil der Menschen in Hunger, Armut und Krankheit lebt", in der „viele keinen Arbeits- oder Studienplatz finden" und die voller Gegensätze und Spannungen sei? Die Feier des Weihnachtsfestes mache Mut, „denn wenn Gott mit uns ist, wer ist dann gegen uns?"

Der Erzbischof von München und Freising, Friedrich Wetter, wandte sich auch gegen ein Klima der Abtreibungsmentalität und Kinderfeindlichkeit. Die christliche Weihnachtsbotschaft nannte er nicht nur eine Verheißung für die Zukunft, sondern eine Aussage für die Gegenwart.

Der Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland, Bischof Eduard Lohse, sagte in der Marktkirche in Hannover: „Weil Christus um unseretwillen arm geworden ist, macht er uns durch seine Gnade reich; und denen, die auf ihn vertrauen, füllt er die Hände, damit sie seine Barmherzigkeit weiterreichen." Darum könnten Christen nicht anders handeln, „als daß sie sich gerade am Weihnachtsfest dazu verpflichtet wissen, mit denen zu teilen, die Hilfe brauchen". Lohse erinnerte daran, die weltweit tätige Aktion „Brot für die Welt" zu unterstützen.

In vielen evangelischen Kirchengemeinden Mitteldeutschlands ist zu Weihnachten um Mut und Durchhaltekraft für die kirchliche Friedensarbeit gebetet worden. Vor allem in den stark besuchten Gottesdiensten am Heiligen Abend wurde vielfach ein von dem Ostberliner Bischof Gottfried Forck formuliertes Gebet gesprochen, in dem an Gott die Bitte gerichtet wird: „Stärke das Zeugnis aller, die bereit sind, um des Friedens willen Nachteile auf sich zu nehmen. Segne alle, die aus Gewissensgründen den Wehrdienst verweigern. Bewahre alle Soldaten davor, daß sie die Waffen brauchen müssen, an denen sie ausgebildet werden."

Auf die in diesem Gebet ebenfalls enthaltene Bitte um Verhandlungsbereitschaft der Politiker zu wirksamen Abrüstungsschritten hat Konsistorialpräsident Manfred Stolpe in einem von „Radio DDR" verbreiteten Kommentar hingewiesen.

Streit über PLO trübt die Beziehungen Israel–USA

● Fortsetzung von Seite 1

Khaled El Fahoum, die provisorische Leitung der PLO übernehmen solle. „Arafat ist nicht mehr Chef der PLO. Er ist zum palästinensischen Sadat geworden, den unser Volk verdammt", sagte Habasch auf einer Pressekonferenz in Damaskus.

Das Zentralkomitee der „Fatah", der größten Gruppierung innerhalb der PLO, forderte die palästinensischen Organisationen auf, ihre öffentliche Kritik an Arafat einzustellen. In einem in Tunis veröffentlichten Kommuniqué hieß es, die Organisationen sollten nur von den „nationalen palästinensischen Instanzen" zu dem umstrittenen Treffen mit Mubarak Stellung nehmen, „um die Einheit der Palästinenser nicht zu gefährden". Die „Fatah"-Führung hatte auf einer Sitzung in Tunis am Donnerstag selbst das Treffen Arafat–Mubaak verurteilt, da der PLO-Chef seine Initiative zuvor nicht mit dem ZK abgesprochen habe und dieses gegen die Richtlinien der PLO verstoße.

Die syrische Tageszeitung „Techrine" bezeichnete am Sonntag die bisherige Kritik an der Begegnung zwischen Arafat und Mubarak als „unzureichend" und forderte schärfere Reaktionen von palästinensischer Seite. Das Blatt beonte, die PLO sei die Vertretung aller Palästinenser und nicht der „Abweichler" unter Arafat. Eine einfache Verurteilung des Treffens in Kairo genüge nicht, „zumal Arafat die Öffnung zu Jordanien und den Agenten Israels innerhalb der besetzten Gebiete vorbereitet", hieß es in dem Kommentar. Syrien werde weiterhin gegen die Abweichler in der PLO und gegen „Kapitulationslösungen" kämpfen.

Die ägyptische Nahost-Politik hat unterdessen durch das Treffen Arafat–Mubarak sichtlich Auftrieb bekommen. Ägyptens Staatsminister im Außenministerium, Butros Ghali, schlug Israel am Samstag eine Wiederaufnahme der Verhandlungen um eine Autonomie für das palästinensische Volk vor. In einem Interview mit dem israelischen Rundfunk sagte Ghali, an solchen Verhandlungen müßten allerdings neben seinem Land und Israel auch Jordanien und Vertreter der Palästinenser teilnehmen.

Peking sagt weitere Eskalation im Propagandakrieg um Europa voraus

Prognose über USA und UdSSR / „Friedensbewegung" und Moskaus Doppelstrategie

Jo. Bonn

Mit einer weiteren Eskalation im „diplomatischen und propagandistischen Krieg" der beiden Weltmächte USA und UdSSR in Europa rechnet Peking im Jahr 1984. Die amtliche Nachrichten-Agentur Xinhua kommt zu dem Schluß: Beide Supermächte in Europa seien nach der begonnenen Stationierung der amerikanischen Mittelstreckenwaffen militärisch vor eine Patt-Situation gestellt. Diese mache es wahrscheinlich, daß die USA und die Sowjetunion mit großer Vorsicht agieren werden, um direkte Konfrontationen zu vermeiden. „Die Jahre der Entspannung sind vorbei, aber ein neuer kalter Krieg hat dennoch nicht begonnen."

Differenzierter als noch vor wenigen Wochen bewertet Peking die „Friedensbewegung". Peking hält es für denkbar, daß die „Friedensbewegung" 1984 von der Bundesrepublik Deutschland auf die anderen westeuropäischen Länder übergreifen wird. Aus „nationalen Interessen und unter dem Druck dieser Bewegungen", so Xinhua, könnten westliche Staaten zögern, weitere Raketen aufzustellen.

Moskau werde dabei seine doppelte Taktik von „Zuckerbrot und Peitsche" ausspielen und die „Friedensbewegung" als Vehikel benutzen, um einen Keil zwischen die USA und ihre westlichen Alliierten zu treiben. „Obwohl Washington die termingerechte Aufstellung der Raketen in Europa als großen politischen Sieg feiert, könnten die relativ harmonischen Beziehungen zwischen den USA und Westeuropa nach der Aufstellung des ersten Teils der Raketen erheblich beeinträchtigt werden."

Die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Ost und West werden sich nach Pekinger Ansicht 1984 kontinuierlich weiterentwickeln, da beide Seiten daraus erheblichen Nutzen zögen. Immerhin, so schreibt Xinhua, betrage der sowjetische Handel mit dem Westen fast ein Drittel des gesamten sowjetischen Außenhandels. Die Sowjetunion erhalte durch diesen Wirtschaftsverkehr nicht nur von ihr dringend benötigte Technologien, sondern auch eine Reihe politischer und militärischer Vorteile. Umgekehrt sei in einer Phase, in der die westeuropäischen Staaten noch immer mit der Bewältigung der ökonomischen Krise zu kämpfen haben, kein westliches Interesse vorhanden, die Märkte der Sowjetunion und Osteuropas abzuschreiben.

Für unwahrscheinlich hält Peking eine Wiederaufnahme der Genfer Gespräche schon in absehbarer Zeit, obwohl die Staaten Westeuropas dies nachdrücklich wünschen. Beide Großmächte hätten aber in unterschiedlichem Maße ihre Bereitschaft zur Rückkehr an den Verhandlungstisch signalisiert. Die Türen seien, so sieht es Peking, nicht geschlossen worden.

In einer Prognose kommt Xinhua daher zu der Voraussage, daß die Zunahme der Spannungen 1984 zwar anhalten aber während der Phase der Präsidentschaftswahlen in den USA abflauen werde. Beide Supermächte würden diese Phase ausnutzen, um ihre jeweilige Position zu festigen. Für wahrscheinlicher als eine direkte *Konfrontation* hält Peking für 1984 eine tiefere Verwicklung der beiden Supermächte in regionale Konflikte, insbesondere im Mittleren Osten und im Golf.

Walesa hinter kritisierten Priestern

Untergrund-„Solidarität" wird systematisch ausgebaut / Geheimer Kongreß bei Warschau

DW. Warschau

Der polnische Arbeiterführer Lech Walesa hat offen die sogenannten „extremistischen" Priester verteidigt, die von der Regierung scharf kritisiert und vom Episkopat zu politischer Enthaltsamkeit aufgefordert wurden. In einem Interview, das er westlichen Journalisten gewährte, sagte Walesa: „Die öffentliche Meinung hört auf diese Priester, weil sie sie gerecht findet."

Zbigniew Bujak, ein Untergrundführer der verbotenen polnischen Gewerkschaft „Solidarität", hat seinen Widerstand gegen den Aufruf des Arbeiterführers Lech Walesa an die USA bekundet, die westlichen Sanktionen gegen Polen aufzuheben. In einem Interview der US-Fernsehgesellschaft NBC sagte Bujak: „Walesa selbst fordert eine Aufhebung der Sanktionen. Unser Standpunkt ist jedoch genau umgekehrt. Trotzdem haben wir beschlossen, Walesa das Recht zuzugestehen, eine solche Forderung auszusprechen."

Nach Angaben Bujaks sind er und andere Untergrundführer der „Solidarität" kürzlich mit Walesa zusammengetroffen. Dabei hätten alle Anwesenden einseitige Abrüstungsmaßnahmen westlicher Länder abgelehnt. Walesa bestritt gegenüber westlichen Journalisten, daß es zwischen ihm und der Untergrundführung der „Solidarität" Meinungsverschiedenheiten gebe.

Papst Johannes Paul II. hat sich auf dem traditionellen Weihnachtsempfang für die im Vatikan tätigen Polen für die Wiederaufnahme des Handels zwischen Polen und den westlichen Industrieländern ausgesprochen. Er richtete diesen Wunsch besonders an die USA.

In Danzig haben mehrere tausend Menschen nach der Mitternachtsmesse beim Verlassen der Brigitten-Kirche eine Sympathiekundgebung für Walesa veranstaltet. Nach Augenzeugenberichten brach die Menge unmittelbar nach der Messe in Ovationen für Walesa aus.

Der polnische Primas, Kardinal Glemp, gab bei der Weihnachtsmesse in der Warschauer Johannes-Kathedrale bekannt, auf Betreiben der Kirche hätten rund 30 politische Häftlinge zu Weihnachten Hafturlaub erhalten. Davon ausgenommen seien die elf inhaftierten Führer der „Solidarität" und des „Komitees zur Selbstverteidigung" (KOR).

Die illegal erscheinende Wochenzeitung „Tygodnik Mazowsze" berichtete, die Untergrundorganisation der „Solidarität" werde systematisch ausgebaut. Bei Warschau habe in der Weihnachtszeit ein erster geheimer Kongreß von Delegierten der wichtigsten Industriebetriebe stattgefunden. Dabei seien Maßnahmen gegen die bevorstehenden Preiserhöhungen beschlossen worden.

Bischof beschuldigt Sandinisten

Als entführt gemeldeter Geistlicher aus Nicaragua verbrachte Weihnachtsfest in den USA

AP/AFP, Miami/Managua

Der angeblich von „Konterrevolutionären" entführte und in Honduras wieder aufgetauchte Bischof von Bluefields, Salvador Schlaefer, hat die Weihnachtsfeier im Kreise von Verwandten im US-Staat Wisconsin begangen. Nach seiner Ankunft aus dem honduranischen Tegocigalpa erklärte Schlaefer am Heiligen Abend, der nicaraguanische Botschafter in Washington habe ihn zur Rückkehr nach Nicaragua eingeladen. Er werde der Einladung innerhalb von zwei Wochen folgen. Er fürchte nicht um seine Sicherheit.

Der 65jährige Geistliche, der in der vergangenen Woche mit mehr als 3000 Miskito-Indianern nach dreitägigem Marsch durch dichten Dschungel in Honduras eingetroffen war, dementierte Meldungen, er sei entführt worden. „Ich habe freiwillig die Miskitos nach Honduras begleitet, die vor der sandinistischen Regierung fliehen wollten", sagte der Bischof kurz nach seiner Ankunft in Honduras. Er habe sich den bewaffneten und mit Funkanlagen ausgerüsteten Indianern angeschlossen, weil ihm die Rückkehr in das Innere Nicaraguas versperrt gewesen sei. Die Indianer hätten vor ihrem Abmarsch zwei Brücken gesprengt, damit ihnen die Lastwagen der Regierungstruppen nicht hätten folgen können. Dadurch sei es ihm unmöglich geworden, mit seinem Lastwagen zurückzufahren, sagte der Bischof.

Schlaefer war am Montag vergangener Woche nach Francia Serpe gekommen, um eine Weihnachtsmesse zu zelebrieren. In dem nicaraguanischen Dorf hatten die Sandinisten im Frühjahr die aus fünf Ortschaften ausgesiedelten Miskito-Indianer untergebracht, mit der Begründung, den konterrevolutionären Brigaden eine Basis zu entziehen. Wie der Bischof vor der Presse in Honduras sagte, hätten die Indianer, die sehr religiös seien, wegen der Verfolgung und Schikane der Behörden ihre Flucht schon seit langem geplant. Er habe davon erst in dem Dorf erfahren. Schlaefer beschuldigte dabei die sandinistische Regierung, die Indianer und die Kirche zu verfolgen und verglich das Dorf Francia Serpe mit einem „Konzentrationslager".

In der vergangenen Woche hatte Managua zuerst mitgeteilt, der Bischof sei vom rechtsgerichteten Rebellen ermordet worden. Nach der Ankunft Schlaefers in Honduras erklärte der sandinistische Junta-Chef, Daniel Ortega in Managua, seine Regierung habe die Meldung über die angebliche Ermordung des Bischofs ausgestreut, um ihren Gegnern zuvorzukommen. *Managua* habe verhindern wollen, daß eine wirkliche Ermordung des Bischofs zum Vorwand für ein militärisches Eingreifen der USA gegen Nicaragua werde.

Am ersten Weihnachtstag verstarb nach kurzer Krankheit der ehemalige Vorsitzende der Geschäftsführung unserer Gesellschaften, Herr

Ernst Ellsiepen

Träger des Bundesverdienstkreuzes

im 75. Lebensjahr.

Der Verstorbene war unseren Unternehmen 52 Jahre aktiv verbunden. Er hat den Aufbau unserer Unternehmensgruppe in dieser Zeit prägend mitgestaltet. Der unermütliche Dienst für unsere Gesellschaften und ihre Mitarbeiter war ihm erfüllende Aufgabe. In Dankbarkeit ehren wir sein erfülltes Lebenswerk.

Aufsichtsräte, Geschäftsführung, Betriebsräte und Mitarbeiter
der
Rheinische Kalksteinwerke GmbH
Dolomitwerke GmbH

5603 Wülfrath

Die Beisetzung findet am Donnerstag, dem 29. Dezember 1983, um 14.00 Uhr auf dem evangelischen Friedhof in Wülfrath, Mittelstraße, statt.

Statt gegebenenfalls zugedachter Kranzspenden bitten die Angehörigen im Sinne des Verstorbenen um eine Zuwendung für die „Bergische Diakonie", Sonderkonto 39 800, bei der Stadtsparkasse Wülfrath.

Dr. Egon Emmel

Botschafter a. D.

* 29. 5. 1914 † 22. 12. 1983

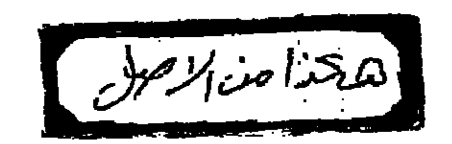
Brigitte Emmel geb. Voss
Thomas-Georg Emmel
Susanne Jahr-Seitz
Berth-Michael Seitz
Jessica-Christiane
Anne-Katharina

Bonn-Röttgen

Die Trauermesse wird gehalten am Mittwoch, dem 28. Dezember 1983, um 10.00 Uhr in der Pfarrkirche Christi Auferstehung, Bonn-Röttgen, Herzogsfreudenweg.

Die Beisetzung findet im engsten Familienkreis statt.





Fehlgeleitete Subvention

Bm. – Im weiten Kreis der Bergbauzulieferindustrie greift eine tiefe Sorge um sich: Sie sehen ihre Existenz gefährdet. Grund dafür ist die Tatsache, daß die krisengeschüttelten Bergbauunternehmen dazu übergehen, ihre Werkstätten auszubauen und Vorrichtungsarbeiten, die sonst an Fremdunternehmer vergeben wurden, nach Möglichkeit in eigene Regie zu übernehmen.

Das Interesse des Bergbaus liegt auf der Hand. Man will keine Entlassungen vornehmen, sondern mit natürlichen Belegschaftsabbau, mit vorgezogener Altersruhegrenze und mit Feierschichten über die Runden kommen. Das alles dient dem Zweck, Ruhe in der Belegschaft zu bewahren – und Sozialkapazität für den Tag parat zu haben, da Kohle wieder gefragter sein wird.

Schaut man aber genauer hin, so wird deutlich, daß hier Personal-Konservierungspolitik auf Kosten jener Betriebe geführt wird, die geradezu traditionell dem Bergbau als Zulieferer und Lohnwerker verbunden sind. Es sind jene Betriebe und ihre Beschäftigten, von denen die Steinkohle nicht müde wird zu behaupten, daß sie mit ins Gras beißen müßten, wenn die heimische Förderung weiter eingeschränkt werden sollte.

Das erbost die Zulieferer, die zum Teil bereits kurzarbeiten. Der Ausbau der Werkstätten auf den Zechen legt die Kapazitäten der Zulieferer lahm, die Übernahme von Untertagearbeiten, die bisher Domänen für Lohnauftragnehmer waren, mögen zwar die Beschäftigung auf den Zechen stützen, die Mittelständler aber fürchten, dabei auf der Strecke zu bleiben.

Ihr Zorn ist um so größer, als sie argumentieren können, daß hier Kohlesubventionen genutzt werden, um kleinere Betriebe aus dem Rennen zu werfen. Kurzsichtig ist eine solche Politik auch, weil hier Spezialbetriebe betroffen sind, die gerade dann fehlen, wenn der Ruf nach Kohle wieder lauter wird.

„Holsten-Spurs"

fu (London) – Einer der bekanntesten englischen Fußballvereine, Tottenham Hotspur, wird seine Spieler künftig mit dem Schriftzug „Holsten" auf dem Trikot auf den Rasen laufen lassen. Für fast 1,7 Millionen Mark wurde zwischen den „Spurs", wie der Klub aus dem Londoner Norden überall genannt wird, und der Holsten Distributors Ltd. ein entsprechender Sponsor-Vertrag unterzeichnet. Holsten Distributors ist die britische Vertriebsgesellschaft für das in Großbritannien sehr geschätzte Bier der Hamburger Brauerei. Keine andere deutsche Brauerei hat sich auf dem britischen Markt auch nur annähernd so stark durchgesetzt wie Holsten. Diese Marktstellung soll jetzt mit Hilfe der „Heißsporne" aus Tottenham, die im Herbst als erster britischer Fußballverein an die Börse gingen und die vor kurzem Bayern München aus dem UEFA-Pokal warfen, ausgeweitet werden. Gleich den ganzen Klub in „Holsten Spurs" umbenennen zu lassen, scheint allerdings nicht Gegenstand der Verhandlungen für den bis zum Ende der Saison 1985/86 laufenden Vertrag gewesen zu sein.

INTERNATIONALER SCHIFFBAU / Rege Nachfrage nach Massengutfrachtern

Die deutschen Werften haben ihren Marktanteil nicht behaupten können

J. BRECH, Hamburg

An der deutlich über den mittelfristigen Bedarfserwartungen liegenden Nachfrage nach neuen Schiffen haben die deutschen Werften 1983 nicht partizipiert. Während die fernöstlichen Länder Japan und Korea zusammen fast zwei Drittel aller im Weltschiffbau vergebenen Aufträge auf sich gezogen haben, sank der Marktanteil des deutschen Schiffbaus auf etwa 3 Prozent. Die Beschäftigung der Betriebe im Jahr 1984 ist damit nur zum Teil gesichert.

Die überraschend rege Nachfrage nach Neubauten auf dem Weltmarkt konzentrierte sich 1983 vor allem auf mittelgroße Massengutfrachter. In den übrigen Bereichen bewegte sich die Nachfrage dagegen auf dem erwartet niedrigen Niveau. In den ersten neun Monaten dieses Jahres sind insgesamt Aufträge mit 11,3 Millionen gewichteten Bruttoregistertonnen (BRT) bei den Werften eingegangen. Dieses Volumen per Ende September lag bereits nahezu auf dem Niveau der Bestellungen für das ganze Jahr 1982. Bis zum Jahresende dürften die Auftragseingänge deutlich über denen des Vorjahres liegen. Die Order kamen vornehmlich aus Fernost, wobei der Auftrag der japanischen Sanko-Reederei über 110 Massengutfrachter besonders ins Gewicht fiel.

Dieser Großauftrag ist ausschließlich in Japan plaziert worden. Der Marktanteil der Japaner erhöhte sich in diesem Jahr von 42,1 auf 51,5 Prozent. Zweitgrößter Auftragnehmer war Korea, das seinen Anteil von 8,2 auf 16,1 Prozent fast verdoppelte. Dem addierten Marktanteil beider Länder von fast 68 Prozent im Schiffbau steht ein Anteil am Welthandel von zusammen 10 Prozent gegenüber.

Diese Zahlen belegen die besondere Rolle, die der Schiffbau im Rahmen der nationalen Industriepolitik in beiden Ländern spielt. Die Einhaltung staatlich gesetzter Produktionsziele wird über billige Kredite, steuerliche Maßnahmen und gezielte Schiffbauhilfen gefördert. In ihrer Methode und Zielsetzung ist die japanische und koreanische Schiffbaupolitik weitgehend identisch. Bei deutschen Werften wird freilich auf den Unterschied verwiesen, daß die Japaner in den 60er und 70er Jahren in einem wachsenden Markt expandierten und nach ersten Nachfrageeinbrüchen ab 1978 die Kapazitäten reduzierten sowie Kapazitätsobergrenzen und Auslastungsquoten festgelegt haben. Die Koreaner sind dagegen in einem schrumpfenden Markt auf Expansion programmiert. Damit werde auf lange Sicht die Wiederherstellung eines Gleichgewichts am Schiffbaumarkt blockiert.

Die aggressive Verkaufspolitik der Koreaner hat trotz der Nachfragebelebung denn auch zu einem weiteren Abbröckeln der Preise geführt, nachdem die Preise etwa für Massengutschiffe bereits 1982 um fast 30 Prozent gefallen waren.

Für den deutschen Schiffbau und die deutsche Schiffbaupolitik bleibt die Entwicklung in Fernost eine kaum zu bestehende Herausforderung. Beim Bau einfacher Schiffe sind die deutschen Werften seit langem nicht mehr wettbewerbsfähig. Dadurch liegen vor allem die Kapazitäten der Großwerften für den Bau von Tankern und Massengutschiffen brach.

Die deutsche Schiffbauindustrie hat die Kapazitäten in diesem Jahr zwangsläufig um ein weiteres Drittel reduziert. Bis zum Jahresende wird die Zahl der Mitarbeiter im Seeschiffbau auf rund 45 000 zurückgehen. Im Vorjahr waren im Durchschnitt noch 52 900 Mann beschäftigt. Zudem haben rund 50 Betriebe im November für 16 400 Mitarbeiter Kurzarbeit angemeldet.

Mit einer Ablieferung von Schiffen im Wert von rund 4 Milliarden Mark dürfte die deutsche Schiffbauindustrie 1983 die Produktion des Vorjahres wieder erreichen. Ungünstiger ist dagegen die Entwicklung der Auftragseingänge. Bis Ende November waren Schiffe im Wert von rund 2,1 Milliarden Mark bestellt. Trotz aller Förderungsmaßnahmen wird es nicht möglich sein, im nächsten Jahr eine Produktion von drei Milliarden Mark zu erzielen, die in der Branche als Mindestgröße angesehen wird.

US-AKTIENMÄRKTE

Reagans Langzeit-Prognose stößt auf große Skepsis

H.-A. SIEBERT, Washington

Das beste Weihnachtsgeschäft seit zehn Jahren hat die US-Aktienmärkte nicht beeindruckt. Der erhoffte Endspurt blieb aus, obwohl die Amerikaner in den letzten vier Wochen 125 Milliarden Dollar für Geschenke und Delikatessen – verzehrt wurden über die Festtage allein 16 Millionen Puten – aufwendeten. Einige Warenhausketten melden Umsätze, die um 20 bis 30 Prozent in die Höhe schnellten; nach ersten Kalkulationen lag das Durchschnittsplus um 13 Prozent über Dezember 1982. Mitte des Monats stiegen die Autoverkäufe auf Jahresbasis auf acht Millionen – stolze 25,2 Prozent mehr als vor einem Jahr.

Bestimmt wurde das Klima vielmehr von dem negativen Echo auf die konjunkturelle Langzeitprognose der Reagan-Administration, die für die kommenden sechs Jahre ein weiterhin kräftiges Wirtschaftswachstum – jährlich real und vier Prozent – vorausgesagt hat. Präsident Fords Chefökonom Alan Greenspan stellte sofort die Verläßlichkeit des antizipierten Datenkranzes in Frage. Nach seinem Urteil sorgen die kaum abzubauenden Rekordhaushaltsdefizite dafür, daß die Zinsen für kurzfristige Treasury Bills auch in den nächsten Jahren nicht unter acht Prozent sinken werden.

Angesichts „eines wahrscheinlichen fiskalpolitischen Patts zwischen Exekutive und Legislative, des Aufbaus übermäßiger Lagerbestände und eines zunehmenden Inflationsdrucks" schließt Greenspan 1986 in Amerika eine neue Rezession nicht aus. In die gleiche Kerbe schlägt die Wharton Econometric Forecast Associates Inc. in Philadelphia. Nach ihrer Modellrechnung beträgt die US-Wachstumsrate 1984 sogar 4,9 Prozent, sie fällt 1985 aber auf 3,6 und 1986 auf 0,5 Prozent zurück. Auch 1985 mögliche „bescheidene" Steuererhöhungen korrigieren diesen Trend nicht, und zwar wegen des weiterhin teuren Geldes, wird betont.

Während die Fiskalpolitik Amerikas Crux bleibt, verdient die US-Notenbank Beifall. In der Berichtswoche, die am 14. Dezember endete, sank die Geldmenge M1 (Bargeld und Sichteinlagen) um zwei Milliarden Dollar. Damit ist die Explosion in der Vorwoche auf ein erträgliches Maß zurückgeführt worden. Schlagartig verbilligte sich Tagesgeld am Freitag von 9,35 auf 8,50 Prozent. Daß das „Fed" die Geldversorgung im Griff hat, zeigt dieser Vergleich: M1 liegt nur um 3,5 Milliarden Dollar über dem Juli-Niveau, als die Wachstumsrate neun Prozent betrug. Dagegen hatte das Aggregat von Juni 1982 bis Juni 1983 um 13 Prozent (ebenfalls Jahresrate) zugenommen.

Unerfüllt blieben die Hoffnungen, die sich an die Mittwochs-Rallye geknüpft hatten. Im Wochenverlauf gewann der Dow Jones-Industrie-Index bei insgesamt von 426 auf 436 Millionen Aktien gestiegenen Umsätzen nur 8,34, der breitere Nyse-Index 0,31 Punkte. Beide Barometer fielen am Freitag noch einmal um 3,15 auf 1250,51 und um 0,10 auf 94,17 Punkte.

Konsum als Konjunkturmotor

Von WILHELM FURLER, London

Der britischen Premierministerin Margaret Thatcher sind innerhalb der letzten Tage optimistische Konjunktur-Prognosen und positive Wirtschaftsstatistiken in derart großer Zahl auf den Arbeitstisch geschoben worden wie schon seit sehr langer Zeit nicht mehr. Sie scheinen zu bestätigen, was die Regierungschefin und ihr Schatzkanzler ohnehin längst zu wissen vorgeben: daß nämlich die Belebung der britischen Wirtschaft in den nächsten Monaten an Schwung gewinnen wird.

Erst Mitte November hatte Schatzkanzler Nigel Lawson vor dem Unterhaus erklärt, daß er und seine Experten in der Treasury sowohl für dieses als auch für das kommende Jahr mit einem realen Wirtschaftswachstum in Höhe von jeweils drei Prozent rechnen. Es dauerte nur wenige Tage, bis das angesehene Wirtschaftsforschungsinstitut National Institute of Economic and Social Research diese Prognose als „völlig überoptimistisch" zurückwies und seinerseits erklärte, daß das Wirtschaftswachstum im kommenden Jahr auf unter zwei Prozent schrumpfen dürfte.

Auch der britische Unternehmerverband CBI hat damals seine öffentlich vorgetragenen Bedenken an der Wirtschafts- und Finanzpolitik der Regierung Thatcher verstärkt und unter Hinweis auf einen erwarteten Rückgang des Wirtschaftswachstums auf zwei Prozent zu höheren Investitionen in die Infrastruktur des Landes aufgerufen.

In der kurzen Zeit bis heute hat sich dieses Bild gründlich verändert. Der CBI selbst hat in seiner jüngsten Mitgliederbefragung vor wenigen Tagen herausgefunden, daß der Optimismus in der britischen Wirtschaft noch nie im Verlauf dieses Jahres so groß war wie derzeit. Die inländische Nachfrage nach Gütern der verarbeitenden Industrie sei deutlich gestiegen, und auch die Exportaufträge würden unübersehbar zunehmen.

Nur wenige Tage später blies die Bank von England ins gleiche Horn: Die britische Wirtschaft gehöre jetzt zu den Anführern einer weltweiten Konjunkturbelebung. Das von der Verbraucher-Nachfrage getragene Wirtschaftswachstum liege bei rund drei Prozent pro Jahr und damit über dem in den meisten anderen europäischen Ländern.

Wie lassen sich diese plötzlich so positiven Erwartungen erklären? Tatsache ist, daß sich die Mitte vergangenen Jahres einsetzende Konsumenten-Nachfrage in Großbritannien immer stärker ausweitete, bis plötzlich im Spätsommer ein deutlicher Knick auftrat. Viele Konjunktur-Experten glaubten daraufhin, dem Verbraucherboom sei der Dampf ausgegangen, und die bis dahin ausschließlich von der Konsumnachfrage getragene leichte Wirtschaftsbelebung werde, noch ehe sie überhaupt an Fahrt gewinnen konnte, wieder auslaufen.

Doch sie irrten sich. Nach nur kurzer Zeit zeigte die Kurve der Einzelhandelsverkäufe wieder steil nach oben, steiler als zuvor. So wird für das Jahr 1983 ein wertmäßiger Anstieg der Verkäufe im Einzelhandel um etwa zehn Prozent gegenüber denen im letzten Jahr in Höhe von fast 280 Milliarden Mark gerechnet.

Die Regierung Thatcher darf also zu Recht mit gesundem Optimismus ins neue Jahr blicken. Die Preisentwicklung ist unverändert unter Kontrolle; mit derzeit 4,8 Prozent zählt die britische Inflationsrate zu der niedrigsten unter den Industrieländern.

Allerdings darf nicht vergessen werden: Noch immer liegt das Produktionsniveau in der verarbeitenden Industrie um beinahe 14 Prozent unter dem Stand von 1979. Auch der so häufig gepriesene „erstaunliche Produktivitäts-Anstieg" muß vor dem Hintergrund gleichzeitig drastisch gefallener Beschäftigtenzahlen relativiert werden.

Vor allem ist die Investitionsneigung in der britischen Wirtschaft immer noch zu schwach. Zwar sind die Gewinne der britischen Unternehmen zwischen der ersten Hälfte 1981 und der ersten Hälfte dieses Jahres um nahezu 50 Prozent gestiegen. Aber die sich abzeichnenden Lohnauseinandersetzungen könnten dem sich allmählich entwickelnden Investitionswillen die Luft nehmen. Damit wäre die Konjunkturbelebung eines Stützpfeilers beraubt, der um so wichtiger wird, je mehr der Verbraucherboom in den kommenden Monaten verebbt.

AUF EIN WORT



„Wir sind in der erfreulichen Lage, Geld für Investitionen zu haben. Als Devise gilt jedoch: Zuerst müssen überzeugende Ideen entwickelt werden, erst dann wird Geld investiert. Die strategische Zielprojektion ist die Weiterentwicklung der Buchclub-Methodik für den Markt der neunziger Jahre."

Dr. Hans Zopp, Vorstandsmitglied der Bertelsmann AG, Gütersloh.
FOTO: DIE WELT

Außenhandelspreise leicht gestiegen

dpa/VWD, Wiesbaden

Der Index der Einfuhrpreise ist von Oktober bis November 1983 um ein Prozent gestiegen und lag mit 118,5 (1980 = 100) um 0,8 Prozent über dem entsprechenden Vorjahresergebnis. Wie das Statistische Bundesamt mitteilt, hatte im Oktober und September 1983 die Jahresveränderungsrate minus 0,1 Prozent beziehungsweise plus 1,2 Prozent betragen. Der Index der Ausfuhrpreise ist von Oktober bis November 1983 um 0,2 Prozent gestiegen. Mit 113,4 (1980 = 100) lag er im November 1983 um 2,3 Prozent über dem entsprechenden Vorjahresmonat. Im Oktober und September 1903 hatte die Jahresveränderungsrate plus 2,1 beziehungsweise plus zwei Prozent betragen.

ENERGIE

Der Verbrauch ist im vierten Jahr hintereinander gesunken

dpa/VWD, Hamburg

Der Energieverbrauch in der Bundesrepublik hat sich in dem zu Ende gehenden Jahr zum vierten Mal hintereinander vermindert. Wie aus einer dpa/VWD-Umfrage bei verschiedenen Energiefirmen hervorgeht, dürfte er 1983 nach ersten Schätzungen etwa 357 Millionen Tonnen Steinkohleeinheiten (SKE) erreichen. Das sind 13 Prozent weniger als 1979, als der Konsum von Primärenergie in der Bundesrepublik mit 408 Millionen Tonnen SKE seinen bisherigen Höchststand erreicht hatte.

Im ablaufenden Jahr hat sich die Nachfrage nach Mineralöl um etwa drei Prozent vermindert. Obwohl die Kraftwerke deutlich mehr Steinkohle einsetzten, ging der Verbrauch an diesm Energieträger um etwa zwei Prozent zurück – vor allem wegen der schlechten Stahlkonjunktur. Infolgedessen lag die deutsche Steinkohlenförderung 1983 um rund acht Prozent unter der des Vorjahres. Auch die Kernenergie verzeichnete einen Rückgang, in erster Linie wegen des Stillstandes einiger Kernkraftwerke. Bei Braunkohle und Erdgas stagnierte der Absatz.

Auch die im neuen Jahr erwartete günstigere Wirtschaftsentwicklung dürfte den Energieverbrauch nicht nachhaltig beleben. Der Anreiz zum sparsamen Umgang mit Energie und die Flaute in energieintensiven Branchen werden nämlich die Nachfrage nach Energie wesentlich geringer steigen lassen als das allgemeine Wirtschaftswachstum. Mehr als ein bis zwei Prozent dürften nicht zu erzielen sein. Der Druck der Überkapazitäten, vor allen Dingen bei der Steinkohle und beim Öl, dürfte damit anhalten – mit den entsprechenden Auswirkungen auf die Ertragskraft der Unternehmen.

AKP-STAATEN

Mit dem Grundkonzept der EG-Hilfe einverstanden

WILHELM HADLER, Brüssel

Einverstanden mit dem neuen Grundkonzept der europäischen Entwicklungshilfe haben sich die Partnerländer der EG in Afrika, der Karibik und dem pazifischen Raum (AKP-Staaten) erklärt. Bei den Brüsseler Verhandlungen über die Neuauflage des Lomé-Abkommens befürworteten sie wie die Gemeinschaft eine absolute Priorität für Maßnahmen zur Sicherung der Nahrungsmittelversorgung.

Sie forderten die EG auf, ihnen bei der Suche nach einem besseren Gleichgewicht zwischen den nur für den Eigenbedarf und den für den Markt produzierenden Landwirtschaftsbetrieben zu helfen. Vor allem jedoch die europäische Nahrungsmittelhilfe so zu verbessern, daß keine negativen Auswirkungen auf die Landwirtschaft in den Entwicklungsländern eintreten. Wie in der Vergangenheit wünschen die AKP-Staaten ferner einen Zugang zu europäischen Überschußerzeugnissen zu Vorzugsbedingungen. Die EG fürchtet, durch derartige Sonderlieferungen in Schwierigkeiten mit den Partnern des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (Gatt) zu kommen.

Kategorisch abgelehnt haben die Lomé-Staaten den von der Gemeinschaft vorgeschlagenen „Dialog" über die nationalen Entwicklungspolitiken. Sie empfinden diese Anregung – wie der Sprecher des Ausschusses der AKP-Botschafter betonte – um so mehr als eine unzulässige Einmischung in interne Angelegenheiten, als die EG-Hilfe nicht mehr als 4 Dollar pro Kopf der Bevölkerung betrage. Der Leiter der EG-Delegation hielt ihnen entgegen, Ziel einer solchen Abstimmung sei es allein, die Effizienz der europäischen Finanzhilfe zu verbessern.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Der private Verbrauch

930 Milliarden DM zu jeweiligen Preisen

834 | 874 | 899 | 930

1980: 203,2 / 76,9 / 144,7 / 409,2

1983: 230 Nahrungs- und Genußmittel / 80 Kleidung, Schuhe / 175 Wohnung und Energie / 445 Sonst. Waren, Dienstleistungen

1980 | 81 | 82 | 83 Schätzung

Quelle: DIW, Stat. Bundesamt, e.B.

imu 83 12 22

Nach einer langen Phase der Zurückhaltung haben Deutschlands Konsumenten wieder mehr gekauft, als es die Entwicklung der Realeinkommen dies erwarten ließ. Es wurde weniger gespart als in früheren Jahren und teilweise wurde der Konsum sogar aus vorhandenen Sparguthaben finanziert.

QUELLE: IMU-INSTITUT

Rekordergebnis am Eurobondmarkt

Luxemburg (dpa/VWD) – Der Eurobondmarkt konnte 1983 ein Rekordergebnis verzeichnen. Nach Angaben der Kreditbank Luxemburg wurden 481 öffentliche Anleihen im Gegenwert von 44,22 Milliarden US-Dollar aufgelegt gegenüber 544 Anleihen für umgerechnet 43,65 Milliarden US-Dollar im Vorjahr. Mit 79,5 Prozent des Gesamtvolumens bleibt der amerikanische Dollar die bei weitem meistbenutzte Währung, gefolgt von der D-Mark mit 9,33 Prozent und dem Ecu mit 3,00 Prozent.

Preise angehoben

Belgrad (AP) – Die jugoslawische Regierung hat neue antiinflationäre Maßnahmen beschlossen. Für eine Reihe von Waren und Dienstleistungen wurden höhere Preise festgesetzt, für andere ein Preisstopp verfügt. Die „Preisanpassungen" seien ein notwendiger Teil des langfristigen Programms der Regierung zur wirtschaftlichen Stabilisierung, hieß es in der von der Nachrichtenagentur Tanjug verbreiteten Mitteilung. Teurer wurden elektrischer Strom, Speiseöl, Waschmittel in flüssiger und in Pulverform, Erdölprodukte, Tabak, chemische Erzeugnisse, Eisenbahntarife, Benzin, Zucker und andere Waren.

Umschuldung für Kuba

Paris (AP) – Kuba hat sich mit seinen kommerziellen Kreditgebern auf eine Umschuldung seiner Auslandsverbindlichkeiten in Höhe von 810 Millionen Dollar geeinigt, wie aus Bankenkreisen in Paris verlautete. Der Einigung waren einjährige Verhandlungen mit den wichtigsten Kreditgebern, darunter japanische und europäische Banken sowie im Westen tätige osteuropäische Staatsbanken, vorausgegangen. Nach Mitteilung der französischen Bank Credit Lyonnais schließt das Arrangement alle mittelfristigen Kredite ein, deren Tilgung in der Zeit vom 1. September 1982 bis zum 31. Dezember 1983 fällig wurde. Beobachter schätzen die Summe der mittelfristigen Kredite auf rund 430 Millionen Dollar, davon etwa 295 Millionen von kommunistischen Banken.

Riyal abgewertet

Bahrain (rtr) – Saudi-Arabien hat die Landeswährung gegenüber dem US-Dollar mit sofortiger Wirkung von 3,48 auf 3,50 Riyal abgewertet. Dies teilte ein Sprecher der Finanzbehörde in Riad am Sonntag auf Anfrage mit. Nach Angaben von Devisenhändlern war der Riyal in den letzten Wochen verstärkt unter Druck geraten, da der Kurs der US-Währung gegenüber den wichtigsten Währungen deutlich angezogen hatte. In diesem Jahr wurde damit der Riyal zum vierten Mal gegenüber dem Dollar abgewertet.

Klagen gegen Quoten

Luxemburg (dpa/VWD) – Die drei deutschen Stahlunternehmen Klöckner-Werke, Krupp-Stahl und Badische Stahlwerke haben vor dem Europäischen Gerichtshof in Luxemburg Klage gegen die Quoten eingereicht, die von der EG-Kommission für sie für das vierte Quartal 1983 festgesetzt wurden. Klöckner wirft der EG-Kommission Diskriminierung vor, weil die Brüsseler Behörde durch die zugeteilten Quoten – im Gegensatz zu anderen Unternehmen in der EG – die Überlebenschance genommen habe. Die Mehrverluste, die aus der Einhaltung der Quoten entstünden, könnten nicht mehr ausgeglichen werden. Andererseits würde das Quotensystem insgesamt nicht gefährdet, wenn die Kommission der Lage von Klöckner Rechnung trüge.

Ägypten senkt Ölpreis

Rotterdam (VWD) – Mit Wirkung vom 1. Januar senkt Egyptian General Petroleum Corp. nach Angaben von Kunden seine Ölpreise um ½ Dollar je Barrel. Suez Blend werde dann 28 Dollar je Barrel kosten gegenüber bisher 28,50 Dollar. Der alte Preis war seit dem 1. September in Kraft.

Chancen für Agrarexport

Frankfurt (dpa/VWD) – Der Agrarexport der Bundesrepublik ist nach Ansicht der Centralen Marketinggesellschaft der Deutschen Agrarwirtschaft (CMA) durchaus noch steigerungsfähig. Aufgrund des Nachfragepotentials nach hochveredelten Qualitätserzeugnissen sowohl in Industrie- als auch Schwellenländern sei eine noch höhere Nachfrage nach deutschen Agrargütern zu erwarten.

Weg der Kurse

	23. 12. 83	16. 12. 83
Boeing	44,125	44,625
Chrysler	27,25	26,625
Citicorp	36,50	35,75
Coca-Cola	55,25	54,75
Exxon	37,125	37,625
Ford Motors	15,625	40,75
IBM	123,75	120,625
PanAm	8,375	8,50
US Steel	29,25	28,50
Woolworth	36,25	36,125

FRANKREICH

Delors: Ermutigendes Ergebnis im Kampf gegen Teuerung

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Auch in Frankreich beginnt der Preisauftrieb nachzulassen. Im November erhöhte sich der Lebenshaltungsindex nach den jetzt veröffentlichten endgültigen Angaben des Insee (Statistisches Amt) nur noch um 0,4 Prozent. Dies war die niedrigste Teuerung in einem Monat seit 1977, wenn man von der Zeit des Preisstopps absieht.

Mit einer Inflationsrate von 9,8 Prozent im Jahresvergleich November und von bereits 8,9 Prozent in den ersten neun Monaten dieses Jahres kann das Stabilisierungsziel der Regierung für 1983 von acht Prozent zwar nicht mehr erreicht werden. Aber in den letzten sechs Monaten wurde es bei einer auf ein Jahr hochgerechneten Teuerung von 8,3 Prozent kaum noch übertroffen. Wirtschaftsminister Delors bezeichnet dies als ein ermutigendes Ergebnis.

Die Festsetzung von Preisstabilisierungszielen darf nach Ansicht des Ministers aber nicht allzu wörtlich genommen werden. Solche Vorgaben hätten vor allem psychologische Bedeutung. Das gelte auch für das Fünf-Prozent-Ziel für 1984. Dazu sagte der sozialistische Berichterstatter für den Staatshaushalt, daß es in Frankreich einer Zielvorgabe von fünf Prozent bedürfe, um auf effektiv sieben Prozent zu kommen.

In seinem jüngsten „Outlook" sagte das OECD-Sekretariat Frankreich für 1984 eine Inflationsrate von 7¼ Prozent voraus, wobei mit einer weiteren Entspannung in der zweiten Jahreshälfte sowie in der ersten Hälfte von 1985 (Jahresrate etwa sechs Prozent) gerechnet wird. (Die deutsche Inflationsrate wird von der OECD bis Mitte 1985 auf drei bis 3½ Prozent veranschlagt.)

PANAMA / Eine Firma in Colon profitiert von widersinnigen Importbestimmungen

Nach der Demontage wird exportiert

SAD, New York

Es sieht aus wie ein Montagewerk für Konsumgüter: In der großen Werkhalle sitzen über hundert Männer und Frauen und hantieren mit Schraubenziehern und Schraubenschlüsseln an Ventilatoren, elektrischen Heizgeräten, Kühlschränken, Radios und anderen elektrischen Geräten.

Aber sie setzen wie das Journal of Commerce beobachtete, diese Geräte nicht zusammen, sondern nehmen sie auseinander. Sie arbeiten nicht in einem Montagewerk, wie es in der Dritten Welt häufig anzutreffen ist, sondern in einem Demontage-Werk. Die Werkhalle gehört der Peikard Company, die der größte Arbeitgeber im Freihafen von Colon in der Republik Panama ist.

Die Geräte, die die Peikard-Angestellten auseinandernehmen, stammen aus Europa und Nordamerika. Nach der Demontage werden die Einzelteile sorgfältig in Kartons verpackt (die Schräubchen und Muttern kommen in kleine Plastikbeutel) und in andere Länder exportiert. Dort werden sie dann in Montagewerken wieder zusammengesetzt und verkauft. Die Endverkaufspreise sind natürlich durch die arbeitsintensive Demontage und Montage erheblich höher, als wenn die Geräte in gebrauchsfertigem Zustand direkt aus dem Ursprungsland importiert worden wären. Aber die Importländer – meist wirtschaftlich weniger entwickelte Länder in Lateinamerika – schreiben vor, daß Importgüter dieser Art im Land montiert werden müssen.

Die Regierungen der Importländer glauben, durch solche wirtschaftlich widersinnigen Vorschriften Arbeitsplätze schaffen zu können.

Die Peikard Company schweigt sich über die Bestimmungsorte der Kartons mit demontierten Elektrogeräten aus, aber es ist kein Geheimnis, daß Argentinien, Peru, Kolumbien und einige mittelamerikanische Länder die wichtigsten Kunden der Firma sind.

Nicht nur Entwicklungsländer haben wirtschaftlich widersinnige Importbestimmungen. Der Freihafen von Colon profitiert auch vom US-Quotensystem für Textilimporte.

Solche Quoten begrenzen zum Beispiel die Einfuhr von Textilien aus Hongkong. Clevere Textilfabrikanten in Hongkong kamen bald dahinter, daß die amerikanischen Quoten für Textilimporte aus einigen anderen Ländern nicht voll ausgenutzt werden. Zu diesen Ländern gehört auch Panama. Mindestens zwei Textilfirmen aus Hongkong haben daraufhin im Freihafen von Colon „Montagewerke" für Kleidung gegründet, deren Produkte mit der Kennzeichnung „Made in Panama" in die Vereinigten Staaten exportiert werden können.

AIRBUS

Bau des A 320 gesichert?

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Nachdem jetzt die jugoslawische Inlands- und Chartergesellschaft Inex-Adria Airways dem europäischen Flugzeugbau-Konsortium Airbus Industrie auf den noch im Planungsstadium befindlichen „kleinen" Airbus A 320 fünf Festbestellungen und drei weitere Optionen erteilt hat, würden die kommerziellen Voraussetzungen für die Aufnahme der Serienproduktion vorliegen, erklärte Airbus-Chef Bernard Lathière in Paris.

Allerdings bedürfe es noch der Zustimmung der Konsortialpartner, insbesondere der British Aerospace, die zu diesem Zweck auf eine staatliche Hilfe von 400 Millionen Pfund warte. Gegenwärtig verfügt die Airbus Industrie über Festaufträge für 47 und Optionen für 41 Maschinen. Sie verteilen sich auf die Air France (25 plus 25), die französische Air Inter (10 plus 10), die British Caledonian (7 plus 3) und die Inex-Adria (5 plus 3). Zum Baubeginn des derzeitig gefertigten A 310 lagen weniger Aufträge vor.

Mit diesem größeren Airbus hat das Konsortium in letzter Zeit allerdings kaum noch Erfolge erzielt. Nur zehn Maschinen konnten in diesem Jahr verkauft werden. Auch die Absatzchancen für das nächste Jahr werden sehr pessimistisch eingeschätzt. Deshalb wurde kürzlich beschlossen, das Produktionstempo zu drosseln. Im nächsten Jahr sollen bei einer mehr *als doppelt so hohen Kapazität nur* noch 47 A 310 gebaut werden.

Mittelfristig ist Lathière aber optimistisch. Seinen Berechnungen nach müßten weltweit etwa 3000 Mittelstreckenflugzeuge ersetzt werden. Gegen die Konkurrenz von Boeing und Mac Donnell Douglas könne Airbus auf diesem Markt einen Anteil von 25 bis 30 Prozent erobern. Schon aus diesem Grunde brauche die Gesellschaft auch weiterhin eine hohe Fertigungsflexibilität.

Adidas steigert Eigenkapitalbasis

dpa/VWD, Nürnberg

Die Adidas Sportschuhfabriken Adi Dassler KG, Herzogenaurach, hat ihre Umsätze im Geschäftsjahr 1982 (31. 12.) weiter erhöht. Wie aus der im Bundesanzeiger erschienenen Pflichtveröffentlichung hervorgeht, stiegen die Umsatzerlöse in der KG auf 805,3 (712,6) Mill. DM und im Konzern auf 846,7 (750) Mill. DM. Über das tatsächliche Umsatzvolumen des Sportartikelherstellers lassen sich daraus jedoch keine Rückschlüsse ziehen, denn eine Weltbilanz wird nicht vorgelegt. In der Branche waren für *den Umsatz im Welt-Konzern* Schätzungen von rund 3 Mrd. DM genannt worden, zu denen in Herzogenaurach allerdings kein Kommentar abgegeben wird.

Wie schon im Vorjahr wurde auch 1982 die Eigenkapitalbasis der Unternehmensgruppe gestärkt. Zum Bilanzstichtag wird das Eigenkapital der KG mit 224 (195) Mill. DM und im Konzern mit 223 (194) Mill. DM ausgewiesen. Die Rückstellungen wurden in der KG deutlich auf 60 (32,7) Mill. DM aufgestockt. Dabei blieben die Pensionsrückstellungen mit 1,1 Mill. DM fast unverändert. Adidas beschäftigte in der KG 3133 (2659) Mitarbeiter.

BIERMARKT / WELT-Gespräch mit Leo König: Spitzenbiere stützen sich gegenseitig

Zu den Festtagen war Premium ein Verkaufsschlager

HANS BAUMANN, Duisburg

„So viel Bier wie in diesem Jahr haben wir vor den Feiertagen noch nie verkauft." Leo König, promovierter Diplom-Braumeister und Geschäftsführer der renommierten Privatbrauerei in Duisburg, belegt es mit Zahlen: Mehr als 11 000 Hektoliter pro Tag verließen vor Weihnachten die Brauerei, das ist doppelt so viel wie an normalen Werktagen im Durchschnitt. Dabei ist zu den Feiertagen das Bier in der Regel kein Verkaufsschlager. „Aber Premium läuft", sagt König in einem Gespräch mit der WELT.

Apropos Premium: Diese Spitzenbiere im obersten Preissegment stützen sich nach Meinung Leo Königs gegenseitig im Markt. Sie haben nach seiner Theorie das Verdienst, dem Konsumenten klargemacht zu haben, daß es exzellente Biere und Konsumbiere gibt. Und damit wiederum werde die Vielfalt am deutschen Biermarkt verteidigt. Er prägt ein Bild von der gegenseitigen Befruchtung der Spitzenprodukte des Biermarktes: „Ein Karussell ist noch keine Kirmes, drei aber sind eine!"

Für 1984 sieht er eine leichte Belebung des Marktes. Daran soll das König-Pilsener überproportional partizipieren, wenn die Wettbewerber den letzten Preiserhöhungen für König-Pilsener folgen. Doch König glaubt, daß es bei der Konkurrenz an Mut fehlt, die davongeeilten Kosten mit dem Preis für Bier wieder einzuholen. „Die schieben Abschreibungen vor sich her und verzichten lieber auf Investitionen", sagt er.

„In unserem Haus hat nur die Kasse etwas zu sagen", sagt der robuste Mann mit den feinen Nerven. So kennt er auch keine Gnade bei den Preisen. 1968 hatte die Brauerei noch rund 8000 Preise. Heute sind es genau zwei, einer für Flaschenbier und einer für Faßbier. Rabatte, Rückvergütungen oder Streckensubventionen kennt das Haus nicht. „Unser Preis ab Rampe gilt für alle, die unser Bier haben wollen – ohne Ausnahme", sagt König.

Daß ihn seine Preisführerschaft in den letzten beiden Jahren 100 000 Hektoliter gekostet hat, ficht ihn nicht an. „Wir haben zwar von 2,5 auf 2,4 Millionen Hektoliter eingebüßt, aber den Ertrag gehalten." Anhand von Preiskurven weist er nach, daß Mengen mit niedrigerer Rendite abgeschnitten und gegen solche mit höherem Ertrag ausgetauscht worden sind. So hat König in Nordrhein-Westfalen, wo rund 80 Prozent seines Bieres verkauft werden, einen durchschnittlichen Pro-Liter-Preis von 1,79 Mark, vor einem Jahr noch lag er bei 1,75 und im Durchschnitt 1980 bei 1,61 Mark.

Daß er auf höherem Preisniveau weiteres Wachstum anstrebt, bleibt bei Leo König nicht im Verbalen hängen. Hatte man in der Media-Werbung mit rund zwei Mark je Hektoliter bisher eher gekleckert, so soll nun geklotzt werden. Acht Mark sollen es bald sein, „es können auch 10 werden", ergänzt er sich selbst. Für die kommenden fünf Jahre? „Mindestens – bis wir wieder Engpässe bekommen."

Doch da setzt er Investitionen gegen, „40 bis 45 Millionen Mark pro Jahr bis 1990". Der Rat der Stadt Duisburg hat einstimmig die Bebauungspläne gebilligt. Bei erwarteten Zuwachsraten von 2 bis 3 Prozent im Jahr rechnet er für das Jahr 2050 mit einem Ausstoß von rund vier Millionen Hektoliter. Dafür stehen dann auch die Kapazitäten zur Verfügung.

König stellt jetzt die ersten drei zylindrokonischen Tanks auf. Doch die Bierproduktion bleibt in Duisburg konventionell: kalte Gärung und Lagerung – mindestens 40 Tage. König baut nach wie vor auf Hopfendolden, er lehnt Pellets ab und erst recht Hopfenextrakt. Sein Brauwasser bezieht König aus der Hohen Mark.

Die 1329 Mitarbeiter sind in einem grundsoliden Haus tätig. Nach dem Krieg wurde 15 Jahre lang keine Mark aus dem Unternehmen entnommen, das zu 76 Prozent ihm und seiner Cousine Renate König gehört; 24 Prozent sind bei Freunden, die aber nur nach innen verkaufen dürfen, falls sie sich von ihren Anteilen trennen wollen. Heute noch fließen Jahr für Jahr 80 bis 85 Prozent des Gewinns wieder in das Unternehmen zurück. Investiert wird aus dem Cash-flow, Fremdverschuldung gibt es nicht.

Wie sehr König-Pilsener gefragt ist, belegt Leo König damit, daß im letzten Jahr 900 Gasthäuser (saldiert) hinzugewonnen werden konnten. 40 Prozent des Ausstoßes gehen in die Gastronomie, der Faßbieranteil von 36 Prozent steigt. Nach König wächst bei den Gastronomen die Erkenntnis, daß neben dem Ortsbier ein Spitzenbier an den Hahn gehört. 30 Millionen Mark hat er als Darlehen und Zuschüsse in der Gastronomie, das ist relativ wenig. Nur mit 30 Prozent seiner Wirte unterhält er Bierlieferverträge, die anderen sind frei.

Der Umsatz des Hauses stieg kontinuierlich von 193 Millionen Mark 1973/74 auf 326 Millionen Mark 1982/83. Und wie steht es um eine neue Preiserhöhung? „Für das Brauwirtschaftsjahr 1983/84 wird es mit Sicherheit keine Preiserhöhung geben", kommt die Antwort prompt. Und er fügt hinzu, daß dies „wahrscheinlich" auch für das ganze Kalenderjahr 1984 gelten würde. Wer ein so saturiertes Unternehmen mit einer so stolzen Marke aufgebaut hat, der darf auch lächelnd erklären, daß seine Brauerei „goldrichtig" liege, „im Kreuz vom Schwarzen Meer nach Rotterdam und von Narvik nach Gibraltar".

ITALIEN / Straßenverbindung nach Sizilien

Chancen für Brückenprojekt

GÜNTHER DEPAS, Mailand

Die italienische Regierung hat dem Parlament einen Gesetzentwurf zugeleitet, mit dem 220 Milliarden Lire (über 360 Millionen Mark) für die Beschleunigung der Vorbereitungs- und Realisierungsarbeiten einer festen Straßen- und Schienenverbindung zwischen Sizilien und dem Festland aus Staatsmitteln zur Verfügung gestellt werden sollen. Gleichzeitig hat sich auch die EG-Kommission bereit erklärt, mit einem kleineren Betrag den Bau zu fördern. Der Gesetzentwurf setzt Ende Dezember 1985 als letzte Frist für die Vorlage eines definitiven Bauprojektes. Träger der Initiative ist die Anfang Juni 1981 ins Leben gerufene Gesellschaft der Meerenge von Messina (Società Stretto di Messina S. P. A.). Das Kapital dieser Gesellschaft ist im Besitz der Regionen Sizilien und Kalabrien, der Staatsbahnen, der staatlichen Straßenbahngesellschaft ANAS, der Bereichsholding für die staatliche Stahlindustrie, Finsider, und des staatlichen Anlagebauunternehmens Italstat.

Zur engeren Wahl stehen sechs der 143 im Jahre 1969 im Rahmen eines öffentlichen Wettbewerbs vorgelegten Bauprojekte. Davon beziehen sich fünf auf den Bau einer Brücke und nur eines auf den Bau einer selbsttragenden Tunnelröhre auf dem Meeresboden. Ausgeschlossen wurde dagegen die Durchtunnelung des Meeresgesteins wegen der hochgradigen Erdbebengefahr, die in der Meerenge herrscht.

Die Kosten für eine feste Straßen- und Schienenverbindung zwischen Sizilien und Kalabrien schwanken in heutigen Preisen zwischen 2000 Milliarden Lire für die Röhre und 5000 Milliarden Lire für das teuerste Brückenbauprojekt, die Hängebrükke mit nur einem Bogen von 3,3 Kilometer Länge, die von dem aus den Firmen Fiat, Finsider, Montedison und Pirelli gebildeten Brückenbaukonsortium Gruppe Ponte vorgeschlagen wird. Die Durchführbarkeit dieses technisch kühnen Vorhabens wird neuerdings stark angezweifelt, nicht nur wegen der ungewöhnlichen Windschwankung der Fahrbahn, die bis zu 15 Meter nach links und rechts reichen könnte, sondern auch wegen der Brückentürme, die mit ihren 400 Metern Höhe den Flugverkehr des Flughafens von Reggio Calabria behindern würden.

Experten rechnen damit, daß bei der Wahl des endgültigen Projektes nicht nur technische und finanzielle Faktoren *mitspielen* werden, sondern auch die Menge Stahl, die bei der Durchführung des Bauvorhabens Verwendung finden wird. Gute Chancen haben hierbei sämtliche Brückenprojekte, da in ihrem Fall rund ein Drittel der Investitionssumme auf Stahlkonstruktionen entfällt.

FRANKREICH / Technologiehilfe für Autoindustrie

Finanzierung per Sparbuch

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Der von der französischen Regierung vor einigen Monaten für die Modernisierung der Industrie geschaffene Sonderfonds FIM wird noch vor Jahresende den beiden Au*tomobilkonzernen Renault (staatlich)* und Peugeot (privat) je 500 Millionen Franc an „technologischen Beteiligungsdarlehen" bereitstellen. Dies sind die beiden ersten Vorzugskredite, die aus den Erträgen des neuen Industriesparbuchs „Codevi" finanziert werden.

Die mit steuerfrei 7,5 Prozent verzinslichen Sparbücher haben sich in den letzten Monaten eines außerordentlich starken Zuspruchs erfreut. Obwohl die Hälfte der Sichteinlagen bei der Caisse des Depots als Reserven hinterlegt werden müssen, stehen die für die diesjährige Ausstattung des FIM vorgesehenen drei Milliarden Franc reichlich zur Verfügung. (1984 soll der FIM sechs Milliarden Franc verteilen.)

Die FIM-Darlehen selbst werden der Industrie für sieben bis 10 Jahre eingeräumt. Der Zinssatz liegt mit zur Zeit neundreiviertel Prozent nicht unter dem Marktzins von etwa 15 Prozent, sondern auch unter dem für die meisten staatlich subventionierten Kredite von etwas über 10 Prozent. Dem FIM sind bisher etwa 150 Kreditanträge zugegangen. Die Verteilung erfolgt nach strikten Produktivitätskriterien.

Die beiden Automobilkonzerne wollen mit den FIM-Krediten die Automatisierung ihrer Produktionsanlagen vorantreiben, und zwar insbesondere durch den Einsatz von Robotern. Hier besteht noch ein großer Rückstand vor allem gegenüber der japanischen Automobilindustrie.

Schon im September hatte sich Renault eine Milliarde Franc durch die Emission von Partizipationsscheinen beschafft. Dies ist ein Mittelding zwischen stimmrechtslosen Aktien und Obligationen, die zu den Eigenmitteln gezählt werden. Demgegenüber begnügte sich der Peugeot-Konzern mit einer Anleiheemission von einer Milliarde Franc. Er hat aber inzwischen ein bedeutendes Entlassungsprogramm eingeleitet.

Auf dem Inlandsmarkt konnte sich die Peugeot-Gruppe dank ihrer neuen Modelle Peugeot 205 und Citroën CX besser behaupten als die Renault-Gesellschaft, die erst im nächsten Frühjahr mit einem neuen Wagen, dem R 25, aufwartet.

AACHENER RÜCK / Kapitalerhöhung durchgeführt

Prämienwachstum halbiert

HARALD POSNY, Düsseldorf

Ein auf vielen wichtigen Versicherungsmärkten in wesentlichen Sparten erhöhter Schadenaufwand hat bei der Aachener Rückversicherungs-Gesellschaft AG, Aachen, im Geschäftsjahr 1982/83 (30. 6.) erneut zu einem versicherungstechnischen Verlust geführt. Zwar hat sich das Ergebnis vor Schwankungsrückstellung gegenüber dem Vorjahr geringfügig verbessert, doch weist der Geschäftsbericht nach Entnahme von 2,6 (7) Mill. DM aus dieser Rückstellung einen auf 15,9 (12,9) Mill. DM gestiegenen Verlust aus. Die Ursache dafür ist vor allem im Bereich der Feuer- und Transportversicherung zu suchen.

Bei Neugeschäft und Vertragsverlängerungen hat sich die Aachener Rück wiederum stark zurückgehalten, was sich in einem von 12,9 auf 5,7 Prozent mehr als halbierten Prämienwachstum auf 584 Mill. DM (brutto) bzw. von 16,7 auf 11 Prozent verringerten Beitragsplus auf 390 Mill. DM (netto) niedergeschlagen hat.

Wesentlich besser hat sich das allgemeine Geschäft entwickelt. Aus 765 (732) Mill. DM Kapitalanlagen wurden auch unter Ausklammerung von Sondereinflüssen des Vorjahres (27 Mill. DM aus dem Verkauf von Anteilen an der amerikanischen First Colony Life Insurance) die Vermögenserträge gesteigert. Neben einer Sonderzuweisung von 8 (13,7) Mill. DM zur Schadenrückstellung wurde aus dem Jahresüberschuß von 5,6 (10,7) Mill. DM die Rücklage mit 2,8 (5,3) Mill. DM dotiert. Der gleiche Betrag diente der 9-DM-Ausschüttung je 50-DM-Aktie. Im Vorjahr war zudem ein Bonus von 7,50 DM gezahlt worden. Unter Berücksichtigung des o. a. Ertrags sank das Ergebnis je Aktie von 23 auf 18,20 DM.

Die Eigenmittel (inzwischen wurde das Grundkapital um 4 auf 20 Mill. DM aus Gesellschaftsmitteln aufgestockt) machten am Ende des Berichtsjahres 16,6 (17,6) Prozent der Nettobeiträge aus, die versicherungstechnischen Rückstellungen 158,6 (154,6) Prozent. Trotz nicht zu erwartender durchgreifender Verbesserung des technischen Ergebnisses wird für 1983/84 bei guten Kapitalerträgen und verstärkten Reserven eine „angemessene Dividende" möglich sein.

BÜCHER DER WIRTSCHAFT

Werner/Pastor: Der Bauprozeß, Werner-Verlag GmbH, Düsseldorf 1983, 644 S., 140 Mark.

Der Erfolg dieses Werkes, das sich durch eine übersichtliche Darstellung der prozessualen und materiellen Probleme des zivilen Bauprozesses einen festen Platz in der baurechtlichen Literatur erobert hat, liegt an dem hervorragenden Autorengespann. Den Ablauf des Bauprozesses schildern sie unter dem Blickwinkel des vor den Schranken und auch des hinter den Schranken des Gerichts Stehenden. Beide Sichtweisen, die des Rechtsanwaltes und die des Richters, garantieren in ihrer Kombination eine klare praxisgerechte Erläuterung. Die vierte Auflage berücksichtigt selbstverständlich die in den letzten Jahren ergangene Rechtsprechung und Literatur. Dabei erforderte die rasche Fortentwicklung des Baurechts, daß einige Kapitel umgeschrieben werden und andere ergänzt werden mußten. Die besonderen Verfahrensfragen und das spezielle Baurecht befinden sich wiederum auf dem neuesten Stand und werden in dieser Konzeption dem Praktiker wie bisher wertvolle Dienste leisten.

Friedrich Zeller: Zwangsversteigerungsgesetz, C. H. Beck Verlag, München 1983, 1739 S. (Ln.), 158 Mark.

Kurt Stöber, der sich als Fachmann des Vollstreckungsrechts bereits mit seinem Werk über die Forderungspfändung einen Namen gemacht hat, will an die erfolgreiche und bewährte Tradition des Werkes des im September 1982 verstorbenen Zeller anknüpfen. Vollständig neubearbeitet berücksichtigt die Neuauflage Gesetzgebung und Rechtsprechung vom Stand Anfang 1983. Hinzugekommen sind Erläuterungen zu Fragen um die Bedeutung der Grundschuld als Kreditsicherungsmittel im Versteigerungsverfahren, der gesetzliche Löschungsanspruch nachrangiger Grundpfandgläubiger und der Erlösverteilung. Die Tabellen im Anhang bringen die für die Praxis wichtigen Angaben zu den Diskont- und Lombardsätzen der Bundesbank, eine Statistik der mittleren Lebenserwartung und eine verbesserte Zusammenstellung über Zins- und Diskontierungsformeln für verschiedene Berechnungen nach dem Zwangsversteigerungsgesetz.

Heribert Prantl: Die journalistische Information zwischen Ausschlußrecht und Gemeinfreiheit, Gieseking Verlag, Bielefeld 1983, 195 S., 48 Mark.

Die Studie wurde 1982 von der Juristischen Fakultät der Universität Regensburg als Dissertation angenommen und mit dem Preis des Fürstlichen Hauses Thurn und Taxis für die Wirtschafts- und Rechtswissenschaften 1982 ausgezeichnet. Sie gilt in bisher nicht dagewesener Art dem sogenannten Nachrichtenschutz, dem mittelbaren Schutz der journalistischen Information durch Paragraph 1 UWG und dem Exklusivvertrag über journalistische Informationen. Die Jagd nach Exklusivverträgen geschieht im Spannungsfeld der Interessen des Informanten und der Öffentlichkeit. Der Exklusivinformierte pocht auf sein Recht an den erhaltenen Informationen. Die Konkurrenten dagegen erheben den Vorwurf der Monopolisierung und fragen nach ihrem Recht auf Information. Dies sind einige Probleme, die die vorliegende Arbeit zu klären versucht.

Günter Schaub: Arbeitsrecht-Handbuch, C. H. Beck Verlag, München 1983, 1514 S., (Ln.), 138 Mark.

Die Darstellung des Individualarbeits- und des Betriebsverfassungsrechts stehen im Vordergrund dieses Nachschlagewerkes für die arbeitsrechtliche Praxis. Die allgemeinen Grundsätze werden systematisch dargestellt. Darin eingebunden und in einer für den täglichen Gebrauch der Praxis gebotenen Ausführlichkeit werden alle übrigen Sachfragen behandelt. So findet sich neben einer ausführlichen Abhandlung des Steuer- und Sozialversicherungsrechts auch eine leicht verständliche Darstellung des Lohnpfändungsrechts wieder. Viele Problemkreise sind in dieser 5. Auflage überarbeitet, so das Urlaubsrecht und das Arbeitskampfrecht, jeweils unter besonderer Berücksichtigung der neueren Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichts.

USA / New York freut sich über den „großen Kaviar-Krieg"

Der Preis purzelt von Tag zu Tag

SAD. New York

Die New Yorker Kaviar-Liebhaber konnten sich kein schöneres Weihnachtsgeschenk denken: Ausgerech*net kurz vor dem Fest ist zwischen* zwei renommierten Feinkostgeschäften der „große Kaviar-Krieg" ausgebrochen, und der Preis der raren Delikatesse purzelt von Tag zu Tag tiefer und tiefer.

Vor einem Jahr kostete die sogenannte „Pfunddose" Beluga-Malossol-Kaviar (sie enthält in Wirklichkeit nur 296 Gramm) in New York etwa 400 Dollar, das sind nach dem heutigen Kurs etwa 1100 Mark. Dann wurden aus Iran zum ersten Mal seit zwei Jahren wieder größere Mengen Kaviar angeliefert, und der Preis sank bis zum Herbst auf etwa 200 Dollar (etwa 550 Mark).

Dann begann der „große Kaviar-Krieg", wie die „New York Times", die über dieses Ereignis mit Vergnügen berichtet, den Konkurrenzkampf zwischen dem Feinkostgeschäft Zabar's und der Feinkostabteilung des Kaufhauses Macy's nennt. Als sich die New Yorker Preise im Herbst bei etwa 180 Dollar eingependelt hatten, eröffnete Zabar's die Offensive und bot die Pfunddose für 149,95 Dollar (etwa 410 Mark) an. Das Kaufhaus Macy's ging daraufhin auf 145 Dollar herunter. Eine Woche vor Weihnachten nahm Macy's einen weiteren Preisschnitt auf 139,95 Dollar vor, und am nächsten Tag antwortete Zabar's mit 129,95 Dollar. Vor einer Woche ging Macy's auf 125 Dollar, und Zabar's schoß mit 119,95 Dollar zurück.

Murray Klein, Besitzer von Zabar's, schwört Stein und Bein, daß er jeden Preis von Macy's unterbieten werde. „Die wollen mich in die Knie zwingen", erklärt er dramatisch, „aber das wird ihnen nicht gelingen, und wenn ich 50 000 Dollar zusetzen muß."

Der Preiskrieg zwischen Macy's und Zabar's ist nicht der einzige Grund, warum die Kaviarpreise fallen. In den USA kommt seit einigen Jahren mehr und mehr amerikanischer Kaviar auf den Markt, der von Stören in Flüssen an der amerikanischen Westküste stammt und dem importierten Kaviar aus Iran und der Sowjetunion zunehmend Konkurrenz macht. Die Umweltschutz-Bewegung hat dazu geführt, daß viele amerikanische Flüsse heute wieder so sauber sind wie vor der Industrialisierung im vorigen Jahrhundert, als in den USA eine große Menge Kaviar erzeugt wurde. Sogar New Yorks „Hausstrom", der Hudson, ist wieder so sauber, daß die Störe in ihn zurückgekehrt sind. Die Berufsfischer am Hudson rechnen damit, daß schon in wenigen Jahren Hudson-Kaviar auf den Markt kommen wird.

Pelikan verkauft Gimborn an Eckes

dos, Hannover

Die H. von Gimborn GmbH, Emmerich, die seit 1929 zum hannoverschen Büro- und Schreibwaren-Hersteller Pelikan AG gehört, wechselt zum Jahresende 1983 in neue Hände. Nach Angaben eines Pelikan-Sprechers stehen die neuen Gesellschafter der Ekkes-Gruppe in Nieder-Olm (unter anderem Mariacron und Chantré) sowie der Arag-Versicherungsgruppe, Düsseldorf, nahe.

Gimborn befaßt sich mit der Herstellung von Zubehör für Heimtiere, vor allem für Katzen und Hunde. Seit dem Frühjahr 1983 ist die Firma auch im Aquaristik-Bereich tätig. Der künftige geschäftsführende Gesellschafter, Michael Eckes, habe erklärt, die bisherigen Produktlinien beizubehalten. Pelikan beziffert den Gimborn-Umsatz auf rund 20 Mill. DM, die Zahl der Mitarbeiter mit 77. Zum Kaufpreis werden keine Angaben gemacht. Das Stammkapital wird mit 1 Mill. DM ausgewiesen.

ERFOLGREICH IM WETTBEWERB / Chemische Spezialprodukte von Weiland & Cie in Bielefeld

Vom Lizenznehmer zur europäischen Gruppenzentrale

HEINZ STÜWE, Bielefeld

Die 30 Mitarbeiter der Weiland & Cie in Bielefeld müssen oft wochenlang ohne ihren Chef auskommen. Ein „Nebenjob" in den USA ist der Grund: Klaus Römer, promovierter Chemiker und geschäftsführender Gesellschafter des galvanotechnischen Unternehmens, ist Vorstandsmitglied und Großaktionär der McGean-Rohco Inc. in Cleveland/*Ohio*.

Römer sieht in der US-Erwerbung alles andere als ein Abenteuer. Die in 20 Jahren kontinuierlich ausgebaute Verbindung begründet er vor allem mit Erfordernissen der Branche.

Weiland lebt sozusagen von blanken Metallteilen. Hergestellt werden chemische Spezialprodukte, die galvanische Anstalten als Zusätze benötigen, beispielsweise zum Verchromen, Vernickeln oder Verzinken. Sollen Bremszylinder hartverchromt oder Schrauben gegen Korrosion geschützt werden, sind hohe Anforderungen an Belastbarkeit und Haltbarkeit zu erfüllen. Für funktionelle Zwecke dieser Art erschließt sich die Galvanisation laufend neue Bereiche. Die eher dekorativen Anwendungen wie verchromte Stoßstangen oder Zierleisten gehen dagegen nach Angaben Römers sehr stark zurück.

Um auf dem innovativen Markt nicht ins Hintertreffen zu geraten, war Weiland auf Lizenzen angewiesen. So wurde der Kontakt zur R. O. Hull & Co. in Cleveland, der späteren Rohco Inc., geknüpft. „Als Lizenznehmer standen wir allerdings immer *in der Gefahr, irgendwann keine* Rezepturen mehr zu bekommen", begründet Römer den nächsten Schritt: Als der Öladditivproduzent Lubrizol 1979 seine Tochter Rohco verkaufen wollte, griff Römer zu und sicherte sich die Hälfte des Kapitals und einen Vorstandssessel.

Die Fusion mit McGean Chemical Company vergrößerte 1981 die Angebotspalette um Antimon-Produkte und den Bereich Kunststoffveredlung. Für dieses Jahr erwartet McGean-Rohco in den USA, wo die Gesellschaft 330 Mitarbeiter beschäftigt, 50 Millionen Dollar Umsatz. Sie ist damit die Nummer drei oder vier am Markt, schätzt Römer. In Europa *hält die Gruppe Rang sechs bis acht.*

Die Arbeitsteilung in der Gruppe, zu der Tochter- und Beteiligungsunternehmen in England, Schweden, Kanada, Mexiko, Japan und Australien gehören, ist genau festgelegt, nicht zuletzt, um die eigenen Kapazitäten möglichst auszulasten: Während der Einkauf von Rohstoffen frei ist, dürfen Zwischenprodukte nur innerhalb der Gruppe gekauft werden. In der Regel heißt das: in den USA. Nur der *japanischen Tochter* und Weiland, die über eigenes Know-how verfügen, ist es vorbehalten, selbst Reaktionsprodukte zu erzeugen.

Im Zuge einer Straffung der Organisation wird Bielefeld zum Jahreswechsel zur europäischen Zentrale der Gruppe: McGean und Weiland gründen bei jeweils 50 Prozent Kapitaleinsatz eine gemeinsame Holding für alle europäischen Beteiligungen.

Die Forschungsaktivitäten der Gruppe sind schon heute in den USA konzentriert. „Wenn wir ein neues Produkt für den deutschen Markt zurechtschneidern, lernen wir es aus dem FF kennen", betont der Firmenchef. Das zahle sich im Vertrieb aus. Denn Service und Beratung sind für *ihn das „alles Entscheidende"*. Im nordwestdeutschen Raum stützt sich Weiland auf festangestellte Verkäufer. In Frankfurt sowie in Baden und Bayern verkaufen selbständige Vertriebspartner im eigenen Namen die Weiland-Produkte. Nur Großkunden werden direkt von Bielefeld aus betreut.

Daß die Vertriebsstrategie erfolgreich ist, belegt ein reales Umsatzwachstum, das „in den letzten Jahren *nie unter 10 Prozent lag", begleitet* von entsprechenden Ertragssteigerungen, wie Römer versichert. Dazu hätten alle Sparten mit Ausnahme von Cadmium beigetragen.

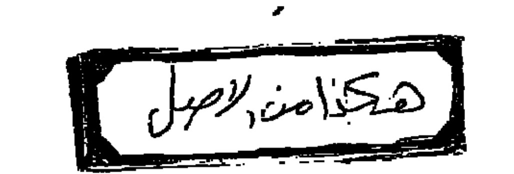
Obwohl im Gegensatz zu den USA in Deutschland noch keine durchgreifende Belebung spürbar sei, rechnet Weiland 1983 mit einem Umsatzplus von 18 bis 20 Prozent. Verdrängung ist das Stichwort. Einige der etwa 30 Wettbewerber schleppen ein Handicap mit sich herum: Sie sind, wie Marktführer Schering und Langbein Pfanhauser in Neuß, gleichzeitig im galvanotechnischen Anlagenbau engagiert. Koppelgeschäfte sind jedoch bei den Abnehmern nicht sonderlich beliebt.

RENTENMARKT / 8¼-Prozenter zu Silvester?

Noch keine Kursfrisuren

In der Weihnachtswoche setzte sich am Rentenmarkt eine freundliche Tendenz durch. Die Kurse zogen auf breiter Front an. Motor war der leichte Zinsrückgang in den USA, wo der Zinspessimismus zwar etwas nachließ, der Markt aber nach wie vor einen unsicheren Eindruck machte. Die Zinsermäßigung am deutschen Kapitalmarkt um rund ⅛-Prozentpunkt wurde unterstützt durch die Zurückhaltung der Daueremittenten. Kursfrisuren zur Vorbereitung auf den Jahresultimo waren bisher nicht zu beobachten. Solche Operationen zur Verminderung des Abschreibungsbedarfs werden aber in dieser Woche nicht ausgeschlossen. Die Silvesteranleihe des Bundes wird, wie man in Rentenhandelskreisen erwartet, mit einem 8¼prozentigen Coupon ausgestattet werden. Vor einem Jahr kam die Silvesteranleihe als 7½-Prozenter, ein Zinstyp, von dem man für 1984 kaum zu träumen wagt. (cd.)

Emissionen	23.12. 83	16.12. 83	30.12. 82	30.12. 81	30.12. 80
Anleihen von Bund, Bahn und Post	7,92	7,90	7,45	10,05	9,20
Anleihen der Städte, Länder und Kommunalverbände	7,83	7,89	7,04	10,55	9,88
Schuldverschreibungen von Sonderinstituten	8,00	7,95	7,61	10,26	9,43
Schuldverschreibungen der Industrie	8,32	8,35	8,34	11,52	8,35
Schuldverschreibungen öfftl.-rechtl. Kreditanstalten u. Körperschaften	7,99	8,01	7,86	10,12	9,37
Titel bis 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	7,75	7,77	7,43	10,50	9,70
Titel über 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	8,38	8,41	7,94	9,75	9,05
Inländische Emittenten insgesamt	7,90	8,00	7,63	10,19	9,41
DM-Auslandsanleihen	8,15	8,14	8,45	10,32	9,39



Wie der ehemalige Nationalspieler Joachim Deckarm sein schweres Leben meistert. Bundespräsident Karl Carstens sagte zu ihm: „Ich bewundere Sie"

Rollstuhl wird nicht mehr gebraucht, und im Schach gewinnt er

Von MARKUS BERG

Mit sanfter Geduld korrigiert die Mutter einen Flüchtigkeitsfehler ihres Sohnes, der mit unsteten Fingern die Buchstaben auf der übergroßen Tastatur einer elektronischen Schreibmaschine erfühlt: „Joachim, da ist dir ein ‚r' zuviel in das Wort gerutscht." Der junge Mann, der am 19. Januar 30 Jahre alt wird, blickt angestrengt auf den winzigen, einzeiligen Monitor vor sich, preßt die Lippen aufeinander und verbessert sich.

Übungen dieser Art gehören zum täglichen Pflichtprogramm des Joachim Deckarm, der einmal, wie es der frühere Bundestrainer Vlado Stenzel formulierte, „der perfekteste Handballspieler der Welt" war. Heute lebt der frühere Modellathlet in einem kleinen Reihenhaus in der stillen Hauberisser Straße am Stadtrand von Saarbrücken, das ihm Ruth Deckarm nach dem Tod ihres Mannes vor vier Monaten überschrieben hat.

In seinem Zimmer im ersten Stock erinnert nur wenig an den Sportler. Ein Wimpel des VfL Gummersbach, in dessen Meisterteam „Jo", wie er von seinen Freunden genannt wird, der große Star war. In einem Sessel hockt stumm der Bär Mischa, das Maskottchen der Olympischen Spiele von Moskau. Über dem Bett hängt ein blau-weißer geflochtener Teppich mit dem Symbol des Vereins TBSC 1910 Tatabanya.

In der kleinen Halle dieses ungarischen Klubs in der Nähe von Budapest begann der Leidensweg des Joachim Deckarm. Bei einem Europacupspiel prallte er am 30. März 1979 mit einem Gegenspieler zusammen und schlug mit dem Kopf auf den Betonboden. Die erheblichen Hirnverletzungen wurden zunächst in Budapest, dann in den Unikliniken von Köln und Bad Homburg behandelt.

Es war ein Sturz in die Zukunftslosigkeit. 131 Tage lag der Handballer im Koma, nur seine athletische Konstitution hielt ihn am Leben. Werner Hürter (64), sein erster Trainer beim TB St. Johann Saarbrücken und heutiger Betreuer, sagt: „Ich hab' gedacht, aus dem Bub wird nichts mehr. Es wäre besser für ihn, er wäre tot."

Das ist lange her. Hürter, ein pensionierter Polizeibeamter, und sein Trainerkollege Reinhard Peters (33), im saarländischen Kultusministerium für den Schulsport zuständig, glauben längst an eine Chance für ihren Schützling, um den sie sich – selbstverständlich ohne Entgelt – täglich bemühen. Sie haben ein Mobilitätsprogramm entwickelt, das Körper und Geist gleichermaßen fordert und das mit Erfolgen in der Größe von Mosaiksteinchen verlorene Fähigkeiten wiederzugewinnen versucht.

Im Wasser fühlt sich Joachim Deckarm am sichersten. Er schwimmt 60 Meter weit ohne jegliche Hilfe. „Gestern bin ich untergetaucht und habe mich am Boden mit der Brust abgestoßen", sagt der Patient. Er spricht bedächtig, rauh, scheint die Worte im Mund zu formen. Die Tonlage ist tiefster Baßbariton. „Er hat etwas geschluckt, aber dafür zahlen wir 20 Pfennig mehr Wassergeld", ergänzt Hürter, und dann lachen sie beide.

Im heimischen Wohnzimmer übt Deckarm das Gehen am Stock. Den Rollstuhl braucht er kaum noch. Die Bewegungen sind ungelenk, aber weitaus sicherer als vor eineinhalb Jahren, als er seine Beine überhaupt nicht unter Kontrolle hatte. Hier sind die Fortschritte am deutlichsten. Fingerlockerungen gehören dazu, manchmal schneidet er Fratzen, um die schlaffe Gesichtsmuskulatur auf der rechten Seite zu kräftigen. Auch die Gleichgewichtsübungen, wohl der schwierigste Teil, gelingen mit Anstrengungen.

Es ist falsch, wenn sich der Besucher angesichts dieser Versuche der gewaltigen Sprungwürfe des Athleten erinnert. Mitleid braucht der junge Mann am wenigsten. Verständnis und ständige Bereitschaft zur zwischenmenschlichen Beschäftigung sind gefragt. Zustatten kommen den Helfern der ausgeprägte Ehrgeiz und die über die Jahre hinweg in Spiel und Training entwickelte Disziplin des Sportlers.

„Es war sehr falsch, ihn frühzeitig als Pflegefall einzureihen", sagt Werner Hürter, „die Ärzte, die ihn früher behandelt haben, hätten ihn stärker beschäftigen müssen." Dieser Meinung war auch der bekannte Freiburger Sport-Traumatologe Professor Armin Klümper, der Deckarm unlängst mehrfach untersuchte, auch mit Frischzellen behandelte und mit einem brieflichen Tip für die „Rehabilitation der Muskulatur der unteren Extremität nach Meniskusoperationen oder allgemein einer Operation im Bereich des Kniegelenks heimschickte.

Im Umgang mit Messer und Gabel ist dies schon gelungen. Seitdem er sich dort sicherer fühlt, drängt es Jo häufiger außer Haus. Früher kapselte er sich ab. Junge Handballer holen ihn zu Spielen ihrer Mannschaft ab, seine ehemalige Grundschullehrerin Hildegard Arend übt regelmäßig mit ihm Lesen und Schreiben. Längere Worte kann er noch nicht recht erfassen, kurze greift er schnell auf. Zuweilen beantwortet er seine Post, die sich vor Weihnachten häufte, mit ein paar Sätzen, die grammatikalisch richtig sind, auf der Schreibmaschine. Zweimal wöchentlich kommt ein Zivildienstleistender und spielt mit ihm Schach. Die erste von drei Partien gewinnt Jo regelmäßig, dann verliert er, weil das Zusatzpotential an geistiger Konzentration nicht ausreicht.

Die Stabilisierung der Muskeln im Hüftbereich war in der Uni-Klinik Freiburg schon nach zehn Tagen offenkundig. Seitdem möchte Deckarm mit seinen Helfern öfter an die frische Luft. „Wir müssen uns nicht verstecken", sagt Hürter und erfüllt diesen Wunsch immer wieder gern.

Das Unglück von Tatabanya habe ihr Sohn innerlich verarbeitet, ja sogar akzeptiert, glaubt Ruth Deckarm. Es belastet ihn nicht, wenn darauf die Sprache kommt. Nur als Zuschauer beim Handball wird er zuweilen unruhig.

Vor einer Woche war der Patient unter seinen Freunden in Gummersbach beim Spitzenspiel des VfL gegen Großwallstadt. Sein väterlicher Freund Eugen Haas, der Gummersbacher Handballobmann, kümmerte sich um ihn, Bundespräsident Professor Karl Carstens drückte ihm die Hand: „Ich habe Sie als Sportler immer bewundert und bewundere Sie heute, wie Sie Ihr schweres Schicksal ertragen." Als ein Bekannter ihm nachher im Scherz empfahl, sich nach dem Händedruck so bald nicht mehr die Finger zu waschen, meinte Deckarm: „Das gilt aber auch für den Herrn Präsidenten."

Die immensen Behandlungskosten wurden bisher total von der Allgemeinen Ortskrankenkasse Saarbrükken getragen. Vom Sonderfonds der Deutschen Sporthilfe (Konto: Dresdner Bank Frankfurt 93 210 300, Bankleitzahl 5 008 400 00) wurden die Spezialschreibmaschine und vor einigen Tagen (für rund 6000 Mark) ein speziell für seine Bedürfnisse entwickelter Fahrrad-Ergometer bezahlt. Ansonsten blieb der Fonds, der nach verschiedenen Aktivitäten gut 600 000 Mark enthielt, bisher unangetastet.

„Lieber Pressefotograf", schrieb Joachim Deckarm auf seiner Maschine, als wir uns verabschiedeten, „hoffentlich schicken Sie mir ein paar Fotos." Als wir versicherten, darauf könne er sich verlassen, sagte er lächelnd: „Hoffentlich bin ich da nicht verlassen . . . ."

Sicher nicht, wo sich so viele Menschen um ihn sorgen.



Training auf dem eigens für ihn entwickelten Fahrrad-Ergometer: Joachim Deckarm und sein Betreuer Werner Hürter. FOTO: TILLMANN

FUSSBALL

Malta prüft 1:12-Debakel

sid, La Valetta

Der Fußball-Verband von Malta hat angesichts der herben Kritik nach der 1:12-Niederlage im Europameisterschafts-Qualifikationsspiel am Mittwoch letzter Woche gegen Spanien einen Untersuchungsausschuß gebildet, der sich mit den Hintergründen der Schlappe in Sevilla befassen soll. Spanien konnte durch den Sieg mit den erforderlichen elf Toren Unterschied Holland im Kampf um die Qualifikation zur Endrunde der Europameisterschaft noch abfangen. Die französische Presse sprach von einem „Skandal" und vermutete Manipulationen.

Der Ausschuß soll sich aus Regierungsmitgliedern, einem ausgewählten Sportjournalisten und einem Richter zusammensetzen. Der Verband hatte nach der Begegnung Protest eingelegt, weil einige seiner Spieler während der Partie von Gegenständen getroffen worden sein sollen. Außerdem hatte der Verband den fehlenden Schutz nach dem Schlußpfiff beklagt, als die enthusiastischen spanischen Fans den Platz gestürmt hatten.

FUSSBALL

Quartier nahe Paris

dpa, Düsseldorf

Gut zwei Wochen vor Auslosung der beiden Endrunden-Gruppen (10. Januar) weiß die deutsche Fußball-Nationalmannschaft schon, wo sie vor und während der vom 12. bis 27. Juni 1984 stattfindenden Europameisterschaft wohnen wird. Der Deutsche Fußball-Bund (DFB) buchte für den Titelverteidiger in St. Germain-en-Laye ein Hotel, das in einem Waldgebiet 15 km westlich von Paris liegt und bereits oft der französischen Nationalelf als Quartier diente. In unmittelbarer Nähe befindet sich das Gelände des FC St. Germain, auf dem die DFB-Auswahl trainieren wird.

Anders als vor der WM 1982, als man zunächst eine Woche im Schwarzwald weilte, wird Jupp Derwall mit seinem Team das gewählte Quartier zuvor auch schon als Trainingslager nutzen. Die Bundesliga-Saison endet am 26. Mai 1984. Am 5. Juni – also eine Woche vor Turnierbeginn – reist die Mannschaft nach Frankreich. Im Gegensatz zur EM 1980 und zur WM in Spanien werden Pressevertreter diesmal nicht im DFB-Quartier wohnen.

Spielorte der deutschen Mannschaft sind in der Vorrunde Straßburg, Lens und Paris, Für das Halbfinale kommen Lyon und Marseille in Frage, das Finale findet in Paris statt. Die Nationalelf wird zu ihren Begegnungen entweder am Spieltag oder am Vorabend per Bus, Schnellzug oder Flugzeug aus Paris anreisen.

DOPING

Arzt warnt vor Hysterie

dpa, Freiburg

Vor einer um sich greifenden Doping-Hysterie hat der Freiburger Sportmediziner Josef Keul gewarnt. In einem Interview mit dem Saarländischen Rundfunk machte der Mannschaftsarzt mehrerer deutscher Olympiamannschaften deutlich: „Die Doping-Analytik ist inzwischen kopflastig geworden. Sie ist im Vergleich zu den anderen Möglichkeiten der sportmedizinischen Forschung viel zu stark ausgebildet."

Als Beweis führt Keul die ständige Erweiterung der Liste verbotener Substanzen durch das Internationale Olympische Komitee an. Bei etlichen der mittlerweile 69 Präparaten sei eine positive Leistungsbeeinflussung völlig ungewiß, wie auch die wissenschaftliche Nachweisbarkeit mancher Substanzen stark umstritten sei. Dabei wies der Freiburger Mediziner auf das männliche Hormon Testosteron wie auch auf das in Kaffee und Cola-Getränken enthaltene Koffein hin. Besonders bei Koffein gehe man über den eigentlichen Zweck der Doping-Kontrollen weit hinaus. Es stehe zwar auf der Liste der verbotenen Substanzen, dennoch seien bei den Leichtathletik-Weltmeisterschaften in Helsinki überall – an den Wettkampfstätten, in den Umkleidekabinen, ja sogar in den Warteräumen für Doping-Kontrollen – koffeinhaltige Getränke ausgeschenkt worden.

Dies sei eine äußerst fragwürdige Geschichte, sagte Keul. Man solle deshalb diese Stoffe von der Dopingliste streichen und die Suche auf jene Substanzen beschränken, die wirklich Leistungssteigerungen bewirken und wissenschaftlich nachweisbar sind. Dies sei der Fall bei Aufputschmitteln und anabolen Steroiden. Nach Auffassung von Keul müßte bei der Lösung des Doping-Problems ein anderer Weg eingeschlagen werden: „Wenn wir alles auf die Analytik und die Kontrollen verlagern, wie dies derzeit der Fall ist, und dort immer besser werden, aber nicht die Selbstverantwortung der Athleten, Trainer und Betreuer stärken, läuft das Schiff auseinander."

SPORT-NACHRICHTEN

Senne flog Weltrekord

Melbourne (sid) – Erwin Müller aus Ulm und Karl Senne, Sportmoderator des Zweiten Deutschen Fernsehens, erreichten in Australien einen Weltrekord im Segelfliegen. Mit einer Mü-2 legten sie über der Wüste von Bond Springs im Ziel-Rückkehr-Fliegen 1040 Kilometer zurück. Die alte Bestmarke stand bei 1001 km.

Viel Geld für Zico

Rio de Janeiro (sid) – Der brasilianische Fußballstar Zico erhält von seinem ehemaligen Verein FC Flamengo umgerechnet 1,65 Millionen Mark. Das sind 15 Prozent der elf Millionen Mark Ablöse, die der italienische Klub FC Udinense vor Saisonbeginn für Zico bezahlen mußte.

Olympia-Test fiel aus

Sarajevo (sid) – Der Olympia-Test für die deutsche Damenmannschaft im alpinen Skilauf auf der Strecke von Sarajevo fiel ins Wasser. Bis zum 30. Dezember wollte Cheftrainer Willi Lesch mit seinen Damen auf der Olympiapiste üben. Anhaltender Regen und Temperaturen von zehn Grad machten das unmöglich.

Rummenigge Vierter

Buenos Aires (sid) – Bei einer von der argentinischen Wochenzeitung „El Grafico" veranstalteten Wahl wurde Michel Platini, Franzose in Diensten von Juventus Turin, mit 165 Punkten „Fußballer des Jahres". Die weitere Reihenfolge: 2. Falcao (AS Rom/117 Punkte), 3. Zico (FC Udinense/65), 4. Rummenigge (Bayern München/59), 5. Maradona (FC Barcelona/43), 6. Magath (Hamburger SV/40).

Sieg für Liboton

Diegem (sid) – Querfeldein-Weltmeister Roland Liboton kam im belgischen Diegem zu seinem 14. Saisonsieg im 15. Rennen. Der 26 Jahre alte Belgier verwies auf der 25 km langen Strecke den Holländer Hennie Stamsnijder auf den zweiten Platz. Raimund Dietzen aus Trier kam nur auf Platz 19. Dietzen hatte einen Tag zuvor ein Rennen in Luxemburg gewonnen.

Von Bezirksliga zu Schobel

München (sid) – Handball-Bundestrainer Simon Schobel berief den bisherigen Bezirksligaspieler Hans Kögel vom TV Neugablonz in den Kader der Nationalmannschaft zu einem Lehrgang in der Sportschule Steinbach. Der 22 Jahre alte und zwei Meter große Rückraumspieler wird künftig für den Regionalligaklub TSV Milbertshofen spielen.

Eishockey: Junioren 1:6

Nyköbing (sid) – Die Junioren-Auswahl des Deutschen Eishockey-Bundes unterlag zum Auftakt der Weltmeisterschaft in Schweden der CSSR 1:6. In Nyköbing zeigten die deutschen Junioren ein gutes Spiel und hielten im ersten Drittel ein 1:1.

Meisterschaft abgesagt

Bubenbach (sid) – Wegen Schneemangels wurden die deutschen Meisterschaften im nordischen Skisport, die am 28./29. Januar in Bubenbach/Schwarzwald stattfinden sollten, abgesagt. Der neue Termin ist der 25./26. Februar.

Nominierung in Etappen

München (sid) – Die Nominierung der deutschen Olympia-Mannschaft für die Winterspiele 1984 in Sarajevo erfolgt in zwei Etappen. Die „hundertprozentig sicheren Fälle", so Helmut Meyer vom Bundesausschuß für Leistungssport, werden am 10. Januar 1984 in Frankfurt vom Nationalen Olympischen Komitee (NOK) für Deutschland, die restlichen Athleten am 18. Januar in München benannt.

ZAHLEN

EISHOCKEY

Weltmeisterschaft der Junioren in Nyköping/Norrköping: CSSR – Deutschland 6:1, UdSSR – Schweiz 14:2, Schweden – USA 4:1, Finnland – Kanada 4:2. Freundschaftsspiel: Mannheim – Poldi Kladno/CSSR 4:1.

TENNIS

Inoffizielle Weltmeisterschaften der Junioren in Miami Beach, Klasse unter 16 Jahren, Halbfinale: Becker (Deutschland) – Moreino (Mexiko) 7:5, 6:0. – Finale: Olesar (Jugoslawien) – Becker 2:6, 7:6, 3:0, Becker mußte wegen einer Knöchelverletzung aufgeben. – Mädchen, unter 16 Jahren, Finale: Foltz (USA) – Rossides (USA) 7:6, 7:6.

GEWINNZAHLEN

Lotto: 15, 17, 31, 32, 40, 47, Zusatzzahl: 46. – Spiel 77: 1 3 3 3 4 4 4.

(Ohne Gewähr)

FUSSBALL / Fast überall weniger Zuschauer

Bundesliga steht im Vergleich noch gut da

GREGOR DERICHS, **Düsseldorf**

Die deutsche Fußball-Bundesliga klagt seit Jahren über rückläufige Zuschauer-Zahlen. Ein Blick über die Grenzen zeigt aber: Es gibt viele Länder mit weit größeren Sorgen. Leere Stadien gehören zur Fußball-Landschaft ebenso wie hohe Schuldenberge. Mit 190 Millionen Mark stehen die Vereine der ersten spanischen Liga in der Kreide, aus England wird die neue Rekordhöhe von 250 Millionen Mark Schulden gemeldet. Dazu gibt es in Spanien und Frankreich Profi-Klubs, die nur durch staatliche Subventionen vor dem Bankrott bewahrt werden.

Mit dem Durchschnitt von 20 730 Zuschauern pro Spiel (Ende der Hinrunde) nimmt die Bundesliga in Europa einen Spitzenplatz ein. Sie hat erstmals die erste englische Division (20 130) überholt, die seit der Ausrichtung der WM 1966 sechs Millionen ihrer damals 15,3 Millionen Besucher verloren hat. Höher als in Deutschland liegt der Zuspruch nur in Italien (33 274) und Spanien, wo offizielle Angaben fehlen, die Liga allerdings von der Attraktion der Großklubs Real Madrid und FC Barcelona abhängig ist.

Insgesamt spüren auch die Spanier sinkendes Interesse. Nicht anders ist es in Portugal (5250 Zuschauer pro Spiel), wo mit einem Minus von mehr als 25 Prozent der größte Rückgang verbucht wurde. In Dänemark (3119 / minus 9,5 Prozent) und Österreich (3332 / minus 7,2) ging es ebenfalls deutlich bergab, während in Belgien (9275), Holland (9211) und Frankreich (14 588) nur knapp das Vorjahrs-Niveau verfehlt wurde. Auffällig dabei ist, daß sich in Dänemark und Portugal die überraschenden Erfolge der Nationalmannschaften nicht auswirken. Die Dänen schalteten in der Qualifikation zur Europameisterschaft England, die Portugiesen die Sowjetunion aus.

Ein Plus machten lediglich die Nationalliga A in der Schweiz (5500) und die schwedische Meisterschaftsrunde (6060), wo zudem ein neuer Play-Off-Modus mit 14 Spielen 100 000 Zuschauer mehr in die Stadien lockte. In Italien wird sogar eine weitere Steigerung erwartet. Der Toto-Skandal von 1979 ist vergessen. Es wackelt sogar die absolute Bestmarke von durchschnittlich 38 300 Zuschauern pro Spiel aus der Saison 1973/74.

Ausgelöst wurde der neue Boom vor allem durch brasilianische Fußball-Artisten wie Zico, Falcao und Cerezo, denen die Klubs ungeachtet aller Schulden Jahresgagen von zwei Millionen Mark garantierten. In dieser ungesunden Lage kommt ein Angebot des privaten Fernsehens („Kanal 5") aus Mailand gerade recht. 45 Millionen Mark will der Sender ab der nächsten Saison zahlen. Bisher honoriert das staatliche Fernsehen RAI die Übertragungsrechte mit 13 Millionen Mark jährlich.

Kraß ist der Niedergang in England. Mit 250 Millionen Mark sind die Schulden der 92 Profi-Klubs fast viermal so hoch wie bei den 38 Lizenzvereinen der beiden deutschen Profiligen, deren Verbindlichkeiten derzeit etwa bei 66 Millionen Mark liegen. Die englischen Banken weigern sich neuerdings, die immensen Ablösegelder für Spieler durch Kredite zu finanzieren.

Die Klubs suchen fieberhaft nach neuen Einnahmequellen, wobei das Konzept, sich in Aktiengesellschaften umzuwandeln, vielerorts schon wieder fallengelassen wurde. Denn die Aktien der Tottenham Hotspur, den Vorreitern dieses Modells, haben keineswegs die erhofft stürmische Entwicklung an der Börse genommen.

Auf Unterstützung durch die öffentliche Hand, wie sie in Spanien und Frankreich geleistet wird, kann der englische Fußball nicht hoffen. Die französischen Erstliga-Klubs werden in diesem Jahr mit 17,5 Millionen Mark (58 Millionen Franc) subventioniert. „Würden wir nicht zahlen, wären viele Vereine in drei Monaten tot", meint Guy Leclercq, Bürgermeister und Vereinspräsident in Brest.

TENNIS / 1:1 zwischen Australien und Schweden

Doppel wird Finale des Davis-Cups entscheiden

sid, **Melbourne**

Der Kampfkraft des 23 Jahre alten John Fitzgerald verdanken es die Australier, daß sie ihre Hoffnungen auf den 25. Sieg im Daviscup nicht schon vorzeitig aufgeben mußten. Fitzgerald, Nummer 30 der Weltrangliste, glich im „Kooyong-Stadium" von Melbourne die 1:0-Führung der Schweden durch ein 6:4, 6:2, 4:6, 6:4 über Joakim Nystroem nach dem ersten Spieltag aus. Zuvor hatte der 19 Jahre alte Weltranglisten-Vierte Mats Wilander den ein Jahr jüngeren Pat Cash erwartungsgemäß mit 6:3, 4:6, 9:7, 6:3 bezwungen.

Nach diesem Gleichstand ergibt sich für beide Trainer die gleiche Situation. Übereinstimmend sagen Neale Fraser (Australien) und Hans Olsson (Schweden): „Jetzt wird das Doppel die Entscheidung bringen." Hier stehen sich heute die vor 14 Tagen bei den „Australian open" an gleicher Stelle siegreichen Routiniers Mark Edmondsson/Paul McNamee und die im Frühjahr bei den „French open" in Paris erfolgreichen schwedischen Nachwuchsspieler Anders Jarryd/Hans Simonsson gegenüber. Morgen spielt zunächst Cash gegen Nystroem, bevor Fitzgerald und Wilander das Schlußeinzel bestreiten.

Der eher zurückhaltende Mats Wilander hatte die Chance für sein Team vor dem 72. Finale sehr optimistisch beurteilt: „Ich glaube, wir sind jetzt alle auch auf Gras die besseren Spieler." Das sagte der Schwede, weil seit Ende November genügend Zeit bestand, um sich in Australien auf die Klima- und Platzverhältnisse optimal einstellen zu können. Die Umstellung auf den Grasboden war ohnehin nicht problematisch, weil der Platz nach Regen und anschließend starker Sonneneinstrahlung mehr einem Hartplatz glich.

Wilander war aber auch deshalb optimistisch, weil er und seine Kollegen in den letzten Wochen die besseren Resultate vorweisen konnten. Im Vorfeld des Finales besiegte Wilander bei den internationalen australischen Meisterschaften in Melbourne im Finale Ivan Lendl (CSSA), den er damit auch vom Platz eins in der Grand-Prix-Wertung 1983 verdrängte.

Doch nach seinem sehr sicheren Erfolg über Pat Cash, der in Melbourne zu Hause ist, sagte der Schwede nachdenklich: „Es ist weitaus schwieriger, für sein Land zu kämpfen, als auf eigene Rechnung zu spielen. Der Daviscup hat seine eigenen Gesetze, der Druck ist bei weitem größer als etwa bei einem Grand-Prix-Turnier."

Gerade die eigenen Gesetze des Daviscup mußte Wilanders Landsmann Joakim Nystroem anschließend besonders schmerzlich erfahren. Nach dem 0:2-Satz-Rückstand gegen Fitzgerald gewann der Schwede den dritten Durchgang sicher mit 6:4 und hatte bei einer 2:0-Führung im vierten Satz gleich sechsmal die Chance, Fitzgeralds Aufschlag zum 3:0 zu durchbrechen und damit dem Spiel noch eine Wende zu geben. Der Australier aber erinnerte in dieser für ihn kritischen Phase mit seinem gradlinigen Angriffsspiel an die Glanzleistungen beim 3:2-Halbfinal-Sieg über Frankreich im Oktober in Sydney, als er gegen den Linkshänder Henri Leconte am Eröffnungstag ebenfalls für den 1:1-Ausgleich und gegen den Weltranglisten-Fünften Yannick Noah am Schlußtag für die Entscheidung gesorgt hatte.

Brian Tobin, Australiens Verbandspräsident, ist deshalb auch sehr zuversichtlich: „Wir haben das bessere Doppel, Cash müßte Nystroem schlagen, und außerdem hat Fitzgerald gegen Wilander ebenfalls eine gute Chance." Der erste Daviscup-Sieg nach dem 3:1 über Italien 1977 in Sydney und sechsjähriger Pause ist bei der 40. Finalteilnahme für die Australier in greifbare Nähe gerückt. Mit 24 Siegen steht Australien an zweiter Stelle hinter den USA in der ewigen Siegerliste. Der Cupverteidiger scheiterte in diesem Jahr bereits in der ersten Runde an Argentinien. Die Südamerikaner sind im 73. Daviscup-Wettbewerb der erste Gegner der deutschen Mannschaft in Stuttgart (24.–26. Februar 1984).

STANDPUNKT / *Die soziale Offensive des Sports rollt – sie hat viele Partner . . .*

Willi Weyer, der Präsident des Deutschen Sportbundes (DSB), hat, zur Weihnachtszeit schon Tradition, Bilanz gezogen. Im Pressedienst des DSB schrieb er so etwas wie eine Standortbestimmung des deutschen Sports vor dem olympischen Jahr. Die WELT druckt Weyers Kommentar als „Standpunkt".

Von WILLI WEYER

Der Sport verändert sein Gesicht. Viele neue Züge hat er hinzugewonnen. Die Vereine sind für jedermann offen und bieten moderne Formen in angepaßten Strukturen an. Das gute Ergebnis läßt sich auch aus den Zahlen des jährlichen Zuwachses ablesen: Eine viertel Million neuer Mitglieder 1983! Vor allem ältere Menschen und Frauen, behinderte, minderbegünstigte und ausländische Mitbürger suchen sportliche Betätigung, Gemeinschaft und Geselligkeit in den Vereinen.

Diese soziale Offensive des Sports hat viele Partner, die sich leicht aus den Trimm-Aktionen ablesen lassen: Wissenschaft, Wirtschaft und Politik, Banken, Sparkassen und Versicherungen, Kirchen, Kommunen und viele andere. Gerade die Gemeinden sind es, die in einer Zeit angespannter Finanzlage dem Sport die Treue halten, weil sie am besten wissen, daß Verlaß ist auf die Turn- und Sportvereine und auf die freiwillige Leistung ihrer Mitarbeiter, ohne die nichts läuft.

Diese freiwilligen Helfer in allen gesellschaftlichen Organisationen beweisen, daß das so oft mißbrauchte Wort vom Gemeinnutz, der vor Eigennutz geht, für ein freiheitlich-demokratisches Gemeinwesen besonders gilt, auch wenn Gerichtsurteile, wissenschaftliche Gutachten und amtliche Stellungnahmen es gelegentlich besser wissen wollen und im letzten Jahr zu Schließung oder Nutzungseinschränkung so mancher Sportanlage führten. Dies kann nicht lautlos hingenommen werden.

Wir alle werden allerdings lernen müssen, früher miteinander zu sprechen und die Interessen des einzelnen mit den Wünschen der Gemeinschaft abzustimmen. Gibt es denn nicht auch ein Recht auf Freude am sportlichen Spiel? Die soziale Offensive des Sports kommt jedenfalls ohne die Toleranz der Nachbarn, ohne die Einsicht der öffentlichen Hände und ohne die Hilfen aller, die sie mittragen können, nicht aus. Gerichte sollen hier wirklich die letzte Instanz bleiben.

Alle sprechen vom Frieden. Der praktische Beitrag des Sports für den inneren Frieden ist die Fairneß; denn die mehr als 18 Millionen organisierten Bürger in 60 000 Vereinen wollen nicht nur selbstverantwortlich etwas für ihre Gesundheit tun, sondern auch lernen, fair miteinander umzugehen. Dies ist auch unser Modell für den äußeren Frieden. Die Schwachstellen sind bekannt, und wir werden Maßnahmen ergreifen, um das weltweite Problem brutaler Wettkämpfe, sportlichen Wettrüstens und polizeilichen Mißbrauchs des Sports zu überwinden.

Dies verlangt tägliche Bewährung von allen. Rückschläge sollten uns nicht entmutigen und schwierige Lagen uns nicht wehleidig machen. Der Sport in unserem Lande hat alles, um mehr zu sein als lediglich ein Abbild der Gesellschaft. Er kann zwar nicht ausgleichen zwischen unterschiedlichen politischen Meinungen, aber er kann doch die emotionale Basis für ein besseres Verständnis zwischen differenzierten Standpunkten schaffen, sich wenigstens in den Prinzipien des Sports verbunden zu fühlen – in Fairneß, Freundschaft, Gerechtigkeit und Solidarität!

Wer die Zukunft meistern will, muß diesen Ausgleich mit aller Kraft suchen. In diesem optimistischen Geist geben wir an die nächsten Aufgaben heran – an die Olympischen Spiele 1984 ebenso wie an die neuen Kampagnen im Sport für alle, an die fortlaufende Anpassung unserer organisatorischen Strukturen ebenso wie an die Weiterbildung unserer unermüdlichen Mitarbeiter. Der DSB ist sicher, daß dann in den Vereinen mit dem alten Elan auch die neuen Aufgaben gemeistert werden.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Die Folgen einer Utopie

Bundeskanzler Kohl hat sich gegen eine 35-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich ausgesprochen. Ihm wird deshalb vom Deutschen Gewerkschaftsbund vorgeworfen, damit in die Tarifautonomie einzugreifen. Ist dem wirklich so? Was beinhaltet die Tarifautonomie? Wie der Name sagt, das Aushandeln von Löhnen. Geht es im vorliegenden Fall aber darum? Nein!

Die Gewerkschaften wollen mit ihrer Maßnahme die Arbeitslosigkeit beseitigen. Die Arbeitslosigkeit zu beseitigen ist jedoch Aufgabe der Regierung, wenn sie dabei auch auf die Mithilfe der Sozialpartner angewiesen ist. Im vorliegenden Fall dagegen *greifen die Gewerkschaften einseitig* in die Befugnisse der Regierung ein. Nicht die Tarifautonomie wird hier verletzt, sondern die Zuständigkeit der Regierung. Sollten die Gewerkschaften ihr Vorhaben mit einem Streik ertrotzen wollen, so wäre das ein Mißbrauch des Streikrechts, ein verbotener Streik.

Gewiß erscheint das angestrebte Ziel als sozial und ökonomisch lobenswert. Sozial, weil es die Not der Arbeitslosen mindert, ökonomisch, weil es den Staat von der Zahlung weiterer Arbeitslosenunterstützungen und die Kommunen von der Gewährung von Sozialbeihilfen befreit. Es fragt sich nur, womit dieser Erfolg erkauft wird. Mit einer etwa 15prozentigen Lohnsteigerung! Und das zu einer Zeit, die so gut wie keinen Anlaß für eine Lohnsteigerung gibt,

a) weil die Inflationsrate selten niedrig ist,

b) weil das Wirtschaftswachstum kaum ein Prozent beträgt. Dabei gilt diese hohe Lohnerhöhung nicht nur für die gegenwärtigen Arbeitnehmer, sondern auch für die zukünftig eingestellten Arbeitslosen.

Daß dadurch alles teurer wird, sowohl im Inland wie für den Export, daß dadurch der Absatz stockt, kümmert die Gewerkschaften nicht. Würde durch diesen Schritt ein großer Teil der Arbeitslosen von der Straße geholt, so könnte man sich mit diesem Opfer vielleicht noch abfinden. Aber nach Ansicht aller, die nicht Gewerkschafter sind, ist der erwartete Erfolg zweifelhaft, sei es, daß die Arbeitgeber infolge einer Absatzminderung Arbeitsplätze einsparen, sei es, daß sie sich zu weiteren Rationalisierungen gezwungen sehen. Man kann deshalb nur fragen: Haben die Herren Funktionäre beim Deutschen Gewerkschaftsbund keine anderen Ideen?

Eine Arbeitszeitverkürzung, hier auf 35 Stunden, ist im Grundsatz sicher richtig. Wenn die Gewerkschaften nicht wären, hätten wir heute noch, wie ich annehme, die 48-Stunden-Woche. Schon in Anbetracht der fortschreitenden Rationalisierung muß eine Arbeitszeitverkürzung mit der Entwicklung Hand in Hand gehen. *Freilich soll dabei durch eine* Verkürzung der Stundenzahl die Kaufkraft nicht gemindert werden und der Lebensstandard nicht sinken. Doch in der gegenwärtigen Lage ist ein solcher Schritt allen Ernstes ein Experiment.

Die Tarifpartner sollten sich deshalb, wenn kein anderer Weg aus den Streitigkeiten herausführt, das Risiko teilen und den Lohnausgleich zur Hälfte vornehmen, um in den kommenden Jahren, für die ein gewisser Aufschwung erwartet wird, das Lohn-Defizit wieder auszugleichen.

Dr. Klien,
Pinneberg

Als nunmehr Selbständiger mit durchaus noch vorhandenen gewerkschaftlichen Erinnerungen aus früheren Berufsjahren ist es teils vergnüglich, teils traurig, der Diskussion über die verschiedenen Arbeitszeitkürzungsmodelle zu folgen.

Unstreitig ist, daß zu wenig Arbeit bei derzeit gültigen Kosten für Arbeitswillige vorhanden ist. Unstrittig ist auch, daß genügend Arbeit zu den Nettokosten der Schwarzarbeit vorhanden ist und auch geleistet wird.

Die vorgelegten Modelle der Gewerkschaften und der Bundesregierung zur Arbeitszeitverkürzung haben den großen Nachteil, daß sie nur den legalen Bereich des allgemeinen Arbeitslebens betreffen, die vielfältigen Bereiche der Schwarzarbeit aber außer acht lassen.

Die 35-Studen-Woche, logischerweise zu den Kosten von 35 Stunden, kann natürlich ein Segen sein, wenn sie gesetzlich festgeschrieben wird und für alle Beschäftigten gilt. D. h. es müssen Zwangsmittel her, und normale Unternehmer und Freiberufler unterliegen ebenso diesem Gebot wie abhängig Beschäftigte. Die Verkürzung der Lebensarbeitszeit und der Beginn der Ruhestandsphase mit dem 59. oder 58. Lebensjahr macht volkswirtschaftlich nur Sinn, wenn auch sie für alle Wertschöpfenden gilt.

Bei dem Blümschen Modell ist zu erwarten, daß rüstige Endfünziger, unbeschwert und heiter dem Alter entgegengehend, von vergreisten Freiberuflern und Politikern nur neidische Aufmerksamkeiten erhalten können.

Der derzeitige Diskussionsstand zeigt klar , daß der Faktor Arbeit nur verhärtet einseitig als Kostenstelle, und auf der anderen Seite als Zwangszeit gesehen wird. Wir müssen dahin kommen, den Lebensinhalt Arbeit neu zu definieren.

Vielleicht ist die Zeit reif, den Weg zurückzugehen, d. h. die Wertschöpfung durch Maschinen erhöht zu besteuern und der menschlichen Wertschöpfung steuerliche Erleichterung zu gewähren.

Mit freundlichen Grüßen
Hans-Jürgen Gnielka,
Berlin 33

Schweigepflicht!

Wer schützt vor solchen Staatsanwälten?

Die Bonner Staatsanwälte, die die Pressekonferenz im Flick-Komplex gaben, sind Beamte. Im Beamtengesetz des Landes Nordrhein-Westfalen ist wie in jedem deutschen Beamtengesetz eine Schweigepflicht normiert.

Diese Pflicht haben diese Staatsanwälte ohne erkennbaren Grund durch diese Pressekonferenz verletzt. Strafbar gemäß Paragraph 353 d Ziffer 3 StGB ist ihr Verhalten zwar nicht, weil sie nicht „im Wortlaut" vorgetragen haben, ein Verstoß gegen die beamtenrechtliche Schweigepflicht bleibt nach wie vor.

Möglicherweise als Flucht nach vorn wird geprüft, ob die Veröffentlichung im „Spiegel" und im „Stern" strafbar seien. Wer aber prüft oder gar ahndet die beamtenrechtlichen Verstöße der o. a. Bonner Staatsanwälte? Und, falls dies nicht geschieht, wer zieht die dafür Verantwortlichen zur Verantwortung?

Mit freundlichen Grüßen
Friedrich Aschhoff,
Iserlohn

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Leserbriefe sinnentsprechend zu kürzen. *Je kürzer die Zuschrift ist, desto* größer ist die Möglichkeit der Veröffentlichung.

Jagd und Natur

„Leserbrief: Alles verkümmert"; WELT vom 17. November

Daß Herr Dr. Dr. Klaus Sojka aus Hamburg 61 die Jäger und ihre Bräuche nicht leiden kann, ist seine Privatangelegenheit.

Daß man die Jagd und die Jäger für die Verkümmerung der Natur verantwortlich macht, ist schlicht falsch!

Der Eisvogel, der Fischreiher, der Fischotter sind nahezu ausgerottet, nicht durch die Jäger, sondern durch die Teichwirte, und Angler. Der Große Brachvogel und das Birkwild sind z. B. in der Umgebung von Soltau abgewandert, weil man eine städtische Mülldeponie in ein Moor verlegt hat. Glaubt Herr Dr. Dr. Sojka im Ernst, daß jemals ein Jäger einen Schwarzstorch geschossen hat, den es – Gott sein Dank – noch gibt?

Imker aus dem Bereich Soltau könnte ich namentlich aufzählen. Der Beruf ist nicht ausgestorben, sondern er ist ein Wandergewerbe geworden. Seine Stationen sind: Obstblüte im Alten Land. Rapsblüte in Holstein. Tannen- und Lindenblüte in Süddeutschland und im August Heideblüte in der Lüneburger Heide. Die bunten Kästen gibt es noch, wenn auch der Heidebewuchs in beängstigender Weise zurückgegangen ist. Man will nicht einsehen, daß die Schnuckenhaltung allein nicht zum Erhalt der Heideflächen ausreicht. Man hat vereinzelt erfolgreich neue Mittel und Wege gefunden. Was haben aber die Jäger damit zu tun?

Ist Hörnerschall in der Natur etwas Strafbares? Er erklingt weit öfter bei Reit- als bei Schießjagden. Die Hetzjagd auf lebendes Wild ist seit 1928 in Deutschland verboten. Warum sollen Jäger nicht auch alte Bräuche hochhalten? Das tun andere Berufe auch. Hat der Leserbriefverfasser einmal daran gedacht, welch angenehme Einnahmequelle die nicht gerade billigen Jagdpachten für manchen Gemeindesäckel sind? Welche Summen werden im Handel mit Jagdwaffen und Munition oder Jagdbekleidung umgesetzt, und essen nicht viele gern einen Wildbraten?

Nein, der Jäger ist am wenigsten an der Verarmung der Natur schuld. Ich habe seit 1945 keine Jagdwaffe mehr angerührt, bin nur noch eifriger Naturbeobachter.

Kl. Bahr,
Soltau-Ahlften

*

Hiermit beenden wir die Diskussion.
Die Redaktion.

Blech-Trommler

„Grass setzt auf ‚Wehrkraftzersetzung'": WELT vom 19. Dezember

Sehr geehrte Herren,

Herr Grass, früherer Blechtrommler für Willy Brandt, leidet – sein Leiden könnte man ja wohl progressiven doppelseitigen Realitätsverlust nennen. Oder genießt er ihn?

Einerseits unfähig, zu lesen oder zu begreifen, daß die Bundesrepublik ihre Bundeswehr und die gesamte NATO rein defensiv sind, überschätzt er andererseits seine „Mission" und seine missionarische Potenz ins Ungeheure: Herr Grass ist angetreten, der Republik seinen Willen aufzuzwingen.

Dies allein wäre nur lächerlich. Gefährlich ist nicht Herr Grass, gefährlich ist die Tatsache, daß er und seinesgleichen Beifall finden.

Ich stelle mir vor, jemand im Ostblock äußerte sich dort über sein sozialistisches Staatswesen in ähnlicher Weise – er würde im Irrenhaus landen!

Mit freundlichen Empfehlungen
K. Kroymann,
Hamburg 36

Fakten aus Afrika

„Stämme und Nationen im modernen Afrika": GEISTIGE WELT vom 10. Dezember

Sehr geehrte Herren,

mit Interesse lese ich immer Ihre Beiträge in der Beilage GEISTIGE WELT, so auch den Beitrag von Vumbi-Loko Mbuta.

Nur hätte sich Herr Mbuta etwas mehr um die Fakten kümmern müssen, so:

Angola und Cabinda sind nie Kolonien gewesen, sondern waren Überseeprovinzen von Portugal, was ein großer Unterschied zu den Kolonien der Engländer und Franzosen in Afrika ist. Weiterhin wurde Cabinda nicht erst in Addis Abeba in seinen heutigen Grenzen festgelegt, sondern bereits 1884/85 in Berlin mit der damals festgelegten Kongo-Akte. Seit dieser Zeit gehörte Cabinda als Enklave zur Überseeprovinz von Portugal.

Heute würden Zaire oder die Volksrepublik Congo die Enklave gerne übernehmen, schon wegen der großen Ölvorkommen dort.

Mit freundlichen Grüßen
A. W. von Harpe,
Detmold

Lohnende Aufgabe

„Europa droht Absinken zur mikroelektronischen Kolonie"; WELT vom 19. Dezember

Sehr geehrte Herren,

Bernt Conrads Bericht stimme ich voll zu: Wir sind – insbesondere in Deutschland – auf diesem wichtigen Gebiet rückständig. Manche reden von einem Rückstand von sechs Jahren. Das stimmt, wenn man dabei den überaus geringen Beitrag an einschlägigen Erfindungen in Rechnung stellt, der aus der Bundesrepublik kommt. Wir leben insoweit aus zweiter, wenn nicht sogar aus dritter Hand.

Die zunehmende Kauflust für Kleincomputer in diesem Weihnachtsgeschäft zeigt aber eine Trendwende bei uns; zwar sind diese Dinge vorerst nur zum Spielen geeignet, aber das Interesse wird geweckt, und *das ist im Augenblick am wichtigsten.* Dann kommen die Erfindungen schon eines Tages nach.

Der Grund, weshalb ich Ihnen schreibe, ist aber ein anderer: der Verlag Axel Springer könnte dazu beitragen, die Mikroelektronik populärer zu machen, und ich bin sicher, daß er das bei seinem Geschick im Zeitungsmachen auch zustande bringen würde. Uns fehlt eine wirklich interessante Computerzeitschrift mit den wirklich aktuellen Nachrichten zum Thema einschließlich btx, eine Zeitschrift nicht nur für Fans, sondern auch für Interessierte, die den Computer zugleich beruflich nutzen wollen. Das wäre eine hochinteressante Aufgabe für das Verlagshaus Axel Springer, welche angesichts der in der WELT beschriebenen Situation im öffentlichen Interesse liegen würde.

Mit freundlichem Gruß
Dr. P. Wunsch,
Hamburg 20

Wort des Tages

„Es beweist ein großes Herz mit Reichtum an Geduld, wenn man nie in eiliger Hitze, nie leidenschaftlich ist. Erst sei man Herr über sich, so wird man es nachher über andere sein. Nur durch die weiten Räume der Zeit gelangt man zum Mittelpunkt der Gelegenheit."

Balthasar Gracian, span. Philosoph und Theologe (1601–1658)

Aus für die erfolgreichste TV-Serie: Das „Traumschiff" geht vor Anker

„Laßt den Emotionen ihren Lauf!"

Der Sieger des Fernsehjahres 1984 muß nicht lange gesucht werden. Er steht schon ganz zu Anfang, gleich am ersten Tag, fest. Sein Name: Wolfgang Rademann, 48. Sein Gewerbe: Fernsehproduzent. Sein erfolgreichstes Produkt: das „Traumschiff". In diesem Luxusliner spiegelt sich die Welt, wie man sie gerne hätte, großzügig, grenzenlos, problemfrei. Und dennoch ist das „Traumschiff" nicht nur der beste Beweis für den Glanz, sondern auch für das Elend des Mediums Fernsehen. 12 Folgen wurden ausgestrahlt, nach der letzten am Neujahrsabend wird es versenkt. Freiwillig verzichtet das ZDF künftig auf seinen dicksten Knüller.

Denn ein Knüller, nicht weniger, war diese Fernsehserie ja. Die Einschaltquoten der fünf 1983 gesendeten Folgen lagen nie unter 54 Prozent. Mindestens 22 Millionen Deutsche saßen regelmäßig vor dem Fernsehschirm, um auf der „Astor" dabeizusein. Die Behauptung ist zulässig: das „Traumschiff" des ZDF ist die erfolgreichste Fernsehserie, die es hierzulande je gegeben hat.

Das Publikum fand sie gut, die Kritik fand sie miserabel. Das Publikum kann seine Meinung in Einschaltquoten kundtun, die Kritik kann Sendungen vernichten.

Es wird dies niemand – auch kein ZDF-Offizieller – bestätigen, aber die Wahrheit ist ganz simpel: die Verantwortlichen waren es leid, das ewige Gezeter um jede neue Folge. Auch Peter Gerlach, der dickfällige ZDF-Programmdirektor, der Fernsehen aus dem Bauch macht (und der folglich aufs Traumschiff setzte), war irgenwann die ewigen Debatten um diese ganz triviale Unterhaltungssendung leid. Produzent Rademann schon lange – er hat aufgehört, Kritiken zu lesen. Aber ein Ignorant ist er deshalb noch lange nicht.

Nichts, was gegen diese Serie nicht vorgebracht worden wäre. „Traumschiff"-Zuschauer würden „verschaukelt", hieß es, das Schiff sei eine „*drittklassige Knallchargenfähre*", von „Neckermann-Cocktail-Marine" war die Rede. Kurz: Das Volk sollte nicht zu sehen bekommen, was es unbedingt sehen wollte. Und dafür gab es auch einen einleuchtenden Grund. Die Ideologie des „Traumschiffs" ist jene der heilen Welt; Sinn jeder Sendung ist es, den Zuschauer zufriedenzustellen. Die Meinung, gute Unterhaltung sei leicht herzustellen, ist ebenso weit verbreitet wie falsch. Gute Unterhaltung ist das schwierigste Genre im Fernsehen.

Aber genau diesen Anspruch hat die Serie 12 Folgen lang erfüllt. Sicherlich, nicht alle Folgen waren gleich spannend. Aber das hat das Publikum nicht gestört. Denn der Showwert der Sendung ist enorm. Landschaften, Leute, Exotik. Stars, unkomplizierte Bordgeschichten, geschickt miteinander verknüpft: Das ist das Erfolgsrezept. Deshalb auch schalteten sich immer mehr Zuschauer mitten in die laufenden „Traumschiff"-Sendungen hinein – jedesmal nahm die Einschaltquote während der Sendung zu, und jene des alternativen ARD-Programms ging zurück.

Natürlich, die „Traumschiff"-Idee ist nicht hausgemacht. Das Vorbild, „Love-Boat", schwamm jahrelang auf einer hohen Welle durchs US-Fernsehen. Leo Kirch, der Filmgigant, hat die Deutschlandrechte, die ARD hätte sie kaufen können, ARD-Programmdirektor Dietrich Schwarzkopf hatte das auch empfohlen. Die ARD entschied sich für Unterhaltungsstoffe wie die „Knapp-Familie" oder „Rote Erde", die später zu recht als publikumsfernes „Grubical" verlacht wurde.

Die Gerlachs, Penks und Rademanns scheuten sich nicht, voll auf Gefühle zu setzen. Die „Traumschiff"-Philosophie ist frappierend simpel: „Laßt den Emotionen ihren Lauf." Nach dieser Maxime wurde die Serie gemischt. Das „Traumschiff", das sind 60 Minuten ohne Attentate und Waldsterben, ohne Vergewaltigung und Streik, ohne Arbeitslosigkeit und Arafat, ohne Khomeini und Khadhafi.

Wenn „Tagesschau" und „Heute" nicht unablässig nur über Katastrophen, Demonstrationen, Revolutionen, gescheiterte Verhandlungen, Kriege und Pleiten berichteten, wenn die Nachrichtenmacher endlich begriffen, daß es neben schlechten Nachrichten auch gute gibt, dann hätte es des „Traumschiffs" vielleicht gar nicht bedurft. Aber unter den gegebenen Umständen war es absolut notwendig.

Daß die Macher eine glückliche Hand hatten, daß sie unbekannte Darsteller aus dem dritten Glied zu TV-Stars machten (Heide Keller, Sascha Hehn), weist sie als handwerkliche Profis aus. Daß sie vergessenen Pionieren des Mediums wie Joachim Hansen oder Heinz Weiss zu einer zweiten Blüte verhalfen, ebenso.

Sie hätten die Welt so gezeigt, wie sie gar nicht sei, heißt es. Das Gegenteil ist richtig: Sie haben nur die andere, die schöne Seite der Welt gezeigt. Schlimm, daß damit nun Schluß ist.

HANS HERMANN TIETJE

KRITIK

Hemingway für junge Mädchen

Offensichtlich nicht nur unterhalten soll die Reihe mit Fernsehspielen nach Vicky Baum. Die ARD möchte gleichzeitig die Frage lösen, mit der diese Autorin ihr ganzes Leben konfrontiert war: War sie bloß eine besonders geschickte Fabrikantin von Kitsch, oder nicht vielmehr eine ganz beachtliche Schriftstellerin?

Ihre Aktien stehen nicht schlecht, seit die Kulturkritik entdeckt hat, daß die sogenannte „Neue Sachlichkeit" nicht nur eine Strömung in der Malerei war, sondern von der Mitte der zwanziger Jahre bis in den Zweiten Weltkrieg hinein sich auf allen Lebensgebieten als dominierender Zeitstil feststellen läßt. In diesen Stil paßt Vicky Baum recht gut hinein – sie war ja so eine Art von „Hemingway für junge Mädchen". Sie verstand es, ihre in Millionenauflagen verbreiteten Romane mit einer gewissen pseudo-stoischen Einstellung zur Welt zu durchtränken, welche die Gaben der technischen Zivilisation zwar cool akzeptierte, aber doch auch ein wenig mit verhaltener Sentimentalität verzuckerte.

In dem Fernsehfilm **Rendezvous in Paris** läßt sich diese typische Baum-Mixtur leider nicht auf ihre Haltbarkeit in den achtziger Jahren prüfen. Die Regisseurin Gabi Kubach vergriff sich grotesk im Stil: Sie versetzte diese in Berlin und Paris von 1930 spielende Fehltritt-Story aus der Neuen Sachlichkeit in den Expressionismus, der damals längst vorbei war.

Was unterkühlt und nebenher besprochen werden sollte, wird bedeutungsschwanger und stieren Auges herausgebrüllt. Trotz allem Aufwand *an Kulissen und Fotokünsten war das* Ergebnis auf weite Strecken unfreiwillige Komik. Arme Vicky Baum, die auf so nette Art herb sein konnte!

ANTON MADLER

Der Mief der Selbstgerechtigkeit

Schon der Titel des Stückes sagt es, hier wird nicht Grundsätzliches hochgeschaukelt, hier geht es um den ganz gewöhnlichen Alltag in einer ganz gewöhnlichen Krautwickeldiktatur: **Für'n Groschen Brause** (ZDF).

Das Leben unter Ulbricht ist das Thema des Romans von Dieter Zimmer, und es spiegelt sich im Fernsehspiel exakt wider. Der Autor und der Regisseur (Eberhard Itzenplitz) verfangen sich weder im heroischen Durchhaltepathos noch im billigen Spott. Sie lassen das kleine Leben des sozialistischen Alltags ablaufen, blicken in die Schule, lassen den Jungen, der im Mittelpunkt der Geschichte steht, sich hindurchlavieren zwischen dem kindlichen Spiel und der angstvollen Ahnung vom Unheil, das nach seiner Zukunft zu greifen versucht.

Dieter Zimmer hat es erlebt, und man darf ihm glauben. In allen DDRs der Welt riecht es nicht nach des Satans Schwefel, sondern nach dem Mief einer Selbstgerechtigkeit moralischer Analphabeten. Und der Fuß, der sich zwischen die Wohnungstür zwängt, ist nicht der Pferdefuß Beelzebubs, sondern der Schweißfuß des neidischen Funktionärs.

Der Film ist ein entschiedener Film. Aber er hat keine Helden und keine Dämonen zum Angstkriegen, sondern Bürger wie du und ich, dazu fiese kleine Neureiche der Macht. Das Porträt ist vollständig.

REGINA ROSTOW





III.

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

10.00 Tagesschau
10.05 Frau Juliane Winkler
11.40 Hundert Meisterwerke
11.55 So fing es an ... (2)
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

ARD

14.10 Tagesschau
14.15 Drei Schlafzimmer
Lustspiel von Alan Ayckbourn
16.10 Tagesschau
16.15 Sie nannten ihn „Turkey"
Ein Film aus dem Leben der wilden und zahmen Puter
17.00 „Tigerkralle" schlägt zu
17.50 Tagesschau
dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Wer dreimal lügt
21.00 Report
Die rotgrüne Glaubwürdigkeit in Hessen – gibt es eine Koalition zwischen der SPD und den Grünen? / Abgeschoben in den Krieg – auf den Spuren einer libanesischen Asylantenfamilie / Elfjähriges Türkenmädchen mißhandelt – Deutsche schauen zu / Neuer Arzneimittelskandal? – Rheumamittel unter Verdacht
Moderation: Franz Alt
21.45 Dallas
22.30 Tagesthemen
23.00 Rückblick auf 83
Befragt werden: Klaus Mehnert, Hans-Ulrich Kempski, Carola Stern, Ludolf Herrmann, Johannes Gross u. a.
Interviewer: Hans Gresmann und Hans Jankowski
24.00 Tagesschau

ZDF

13.30 Emmitt Otter
Weihnachten mit Jim Hensons Puppen
14.25 Alles mit Musik
Mit Hans Rosenthal
14.50 heute
14.55 Mathias Sandorf (1)
4teiliger TV-Film von C. Desailly nach Jules Verne
16.25 Sieh mal an
Rekonstruktion des Films „Ben Hur"
16.30 Mosaik
Die Berliner Hymnentafel
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
Anschl. heute-Schlagzeilen
17.55 Nesthäkchen
3. Teil
19.00 heute
19.30 Diese Drombuschs
2. Der Appell
20.30 Dieter Hallervorden
Zelleriesalat
21.00 heute-journal
21.20 So fing es an ...
Die Gründerjahre der Bundesrepublik
22.20 Das Erbe
Diskussion zur dreiteiligen Dokumentation „So fing es an ..."
Leitung: Hendrik Schmidt
23.05 Der Spürhund
Actionfilm mit Burt Reynolds
Amerik. Spielfilm, 1973
00.40 heute



Ein Eifersuchtsdrama ist im Gange: Josefine Gassen und Helmut Förnbacher in Alan Ayckbourns Lustspiel „Drei Schlafzimmer" (ARD, 14.15 Uhr) FOTO: KOVESDI

III.

WEST/NORD

18.00 Sesamstraße
18.30 Turnier der Schachgroßmeister (7)
Browne–Karpow
Nur für West
19.00 Aktuelle Stunde
Nur für Nord
19.00 Wagner (5)
Ein Fernsehfilm in 10 Teilen
Mit Richard Burton
Gemeinschaftsprogramm
20.00 Tagesschau
20.15 Ordnung und Sauberkeit
Schweizer sehen Schweizer
21.00 Musikszene
Neues aus dem Schaugeschäft
Sendung von Hannes Rossacher
21.45 Kino Werkstatt Extra
Filme, Festivals und Filmemacher
Eine Sendung von Michael Strauven
22.45 Vor vierzig Jahren
Dt. Wochenschau, 22. 12. 1943
British Movietone, 6. 1. 44
23.20 Literatur im Kreienhoop (7)
Cecile Gall
23.55 Letzte Nachrichten

HESSEN

18.00 Marco
18.25 Paddington
18.30 Ikonen in Deutschland (3)
Berlin
19.00 Sport '83 (4)
Fußball: Länderspiele – Europapokal
20.00 Tagesschau
20.15 Ende gut, alles gut
Von William Shakespeare
22.40 Drei aktuell
22.55 Überall Musik

SÜDWEST

18.30 Feste der Welt
Dampfmaschinen-Rallyes in England
19.25 Nachrichten
19.30 Galerie des Jahres
Karl Jaspers zum 100. Geburtstag
Von Hannes Reinhard
20.15 Galerie des Jahres
21.55 Adolf, eine Gaudi
Von einem der auszog, den Führer zu spielen

BAYERN

18.45 Rundschau
19.00 Der geheimnisvolle Fremde
Fernsehfilm nach Mark Twain
20.25 Meine Lieblingsgeschichte
20.45 Rundschau
21.00 Frühe Stätten der Christenheit
2. Der fruchtbare Halbmond
21.45 Z. E. N.
21.50 Die Flucht eines Pensionisten
Franz. Fernsehfilm
23.15 Rundschau

Personalien

EHRUNG

Der Münchner Physiker und Elektronikforscher Professor **Adolf Goetzberger**, seit 1981 Leiter des neugegründeten Fraunhofer-Instituts für Solare Energiesysteme in Freiburg, ist als erster Deutscher mit dem J. J. Ebers-Preis 1983 des „Institute of Electrical und Electronics Engineers" in Washington ausgezeichnet worden. Das amerikanische Institut verleiht jährlich einen Preis für Forschungsarbeiten auf dem Gebiet der elektronischen Bauelemente. Das Washingtoner Institut ist weltweit der bedeutendste Verband von Ingenieuren und Naturwissenschaftlern und zählt heute rund 230 000 Mitglieder. Dazu gehören Mitglieder in Europa und Japan, Wissenschaftler aus dem Ostblock und aus der Dritten Welt. Professor Goetzberger, 1928 an der Isar geboren, arbeitete zunächst bei Siemens in München, ehe er von 1958 bis 1968 in den USA in der Pionierphase der Mikroelektronik-Entwicklung bei großen amerikanischen Firmen tätig wurde. 1968 übernahm er die Leitung des Fraunhofer-Instituts für Angewandte Festkörperphysik in Freiburg. Seit 1971 lehrt Adolf Goetzberger als Physikprofessor auch an der Universität Freiburg.

VERANSTALTUNG

Helmut Schmidt wird in seiner Eigenschaft als Hobbypianist nachholen, was er als Bundeskanzler nicht geschafft hat: eine Reise nach Israel. Der frühere Kanzler wird auf Einladung des amerikanischen Komponisten und Dirigenten **Leonard Bernstein** bei einem Konzert in Jerusalem mitwirken, das von dem „Israel Philharmonic Orchestra" gegeben wird. Schmidts pianistische Talente will er im „Konzert für vier Klaviere" von **Johann Sebastian Bach** mit unter Beweis stellen. Die musikalische Aufführung ist für den Vorabend des 36. Unabhängigkeitstages Israels geplant. Eine Schallplatte und öffentliche Auftritte mit den Pianisten **Christoph Eschenbach** und **Justus Frantz** machten Schmidts musikalisches Talent bekannt, bei einer Einspielung von Mozarts Konzert für drei Klaviere, KV 242.



„Umsatteln" will 1984 Baden-Württembergs Ministerin Annemarie Griesinger. 20 Jahre intensivste Politik sind genug, sagte sie. Bei den Landtagswahlen am 25. März kandidiert sie nicht. Nach 30 Jahren Ehe freut sich auf die „Hausfrau" Heinrich Griesinger, Ausbildungsleiter bei Bosch in Stuttgart. Frau Griesinger wird am 21. April 60 Jahre alt. FOTO: KEIL

ERNENNUNGEN

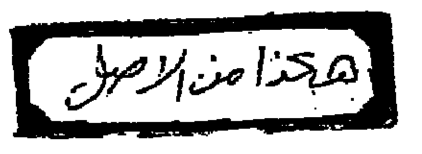
Ernst Benda, bis vor wenigen Tagen Präsident des Bundesverfassungsgerichts in Karlsruhe, erhielt einen Ruf an die juristische Fakultät der Universität Freiburg. Benda wird den Lehrauftrag annehmen und als Professor für Öffentliches Recht mit dem Schwerpunkt Verfassungsrecht arbeiten.

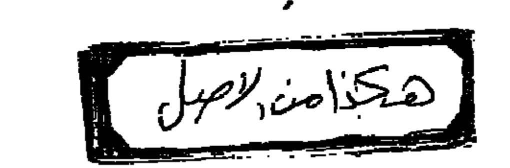
*

Dieter Koch, Vorstandsmitglied der Hanseatischen Hochseefischerei AG, ist ab 1. Januar 1904 Vorstandsvorsitzender des Verbandes der Deutsche Hochseefischerei e. V. Er wird Nachfolger von **Bruno Peschau**, der aus der Geschäftsleitung der „Nordsee" – Deutsche Hochseefischerei GmbH ausscheidet und am 1. Januar die Geschäftsleitung der Seefischmarkt Cuxhaven übernimmt.

GESTORBEN

Alfons Erb, Gründer und langjähriger Geschäftsführer und späterer Ehrenpräsident des Maximilian-Kolbe-Werkes, das bedürftige polnische KZ-Opfer und deren Angehörige unterstützt, ist im Alter von 76 Jahren in Freiburg gestorben. Der Journalist Erb arbeitete in der katholischen Kirchenpresse und seit 1955 in der Presseabteilung des Deutschen Caritasverbandes und setzte sich schon früh für eine deutsch-französische Verständigung ein. Nach dem Zweiten Weltkrieg legte er einen Schwerpunkt seiner Tätigkeit auf die Aussöhnung zwischen dem deutschen und polnischen Volk. Neben der Gründung des Maximilian-Kolbe-Werkes widmete er sich auch „Misereor", zu dessen Initiatoren er zählt. Außerdem war Alfons Erb lange Jahre in der internationalen katholischen Friedensbewegung Pax Christi tätig, zu deren Mitgründern er ebenfalls gehörte. Für seine Verdienste erhielt er unter anderem den päpstlichen Silvesterorden.





Umschuldung in Ehren

S. L. – Jahrhundertelang durften die Juden nur vom Pfand- und Bankgeschäft leben. So kann es vorkommen, daß auch ganz alte Judenwitze uns auf scheinbar nagelneue volkswirtschaftliche Fragen klarere Antwort geben als die moderne Fachwissenschaft. Da gibt es beispielsweise eine Gebrauchsanweisung wie man einen Bankrotteur mit einem Schlag in einen kreditwürdigen Schuldner verwandelt. Allerdings ist der Ort der Handlung die polnisch-jüdische Narrenstadt Chelm, die dem Schilda der Deutschen entspricht:

Schmerl zu Berl: „Leih mir 100 Gulden! Ich zahle dir 5 Prozent."

Berl: „Das ist viel zu wenig! Ich will das Doppelte!"

Schmerl: „Was fällt dir ein! Von einem verläßlichen Zahler verlangt man doch nicht so hohe Zinsen!"

Berl: „Also gut. Dann gebt mir 2 Prozent! Ich will nämlich, daß ihr ein verläßlicher Schuldner seid!"

Auch das Problem der „Umschuldung" war den Juden vertraut:

Blau stößt zufällig auf Grün und ruft erfreut aus: „Wie gut, daß wir uns treffen! Ich habe meine Brieftasche daheim vergessen. Kannst du mir 20 Kronen leihen?"

Grün, freundlich: „Aber gern!"

Zwei Tage später begegnen sie einander wieder. Blau: „Grün! Du hast mir doch 20 Kronen geliehen?" – „Ja." – Gib mir noch 30 dazu, dann sind es grad 50!" – „Um dir gefällig zu sein – gut!"

Dritte Begegnung. Blau: „Grün, du hast doch bei mir 50 Kronen zugut?" – „Ja." – „Leih mir noch weitere 50 dazu! Dann sind es runde 100!" – „Wenn es sein muß – bitte sehr!"

Vierte Begegnung. Blau hält den dahineilenden Grün am Ärmel fest: „Hallo, Grün! Ich schulde dir doch 100 Kronen?" – Darauf Grün, blitzschnell: „Nein!"

Auf die Frage, was dabei herauskäme, wenn die Spirale sich immer höher emporschrauben und Grün nicht nur alles, was er selber hat, an Blau weiterreichen, sondern Blau zuliebe selber Riesenkredite aufnehmen würde, die er nie zurückzahlen kann, erteilt der jüdische Witz keine Antwort. Denn an eine so umfassende „Umschuldung" wagten nicht einmal die Chelmer Narren zu denken.

Spielte mit den Dingen, die des Schöpfers Spielzeuge sind – Zum Tode des Malers Joan Miró

Der Enkel der Männer von Altamira

Im April dieses Jahres hat die dankbare Kunstwelt dem neunzigjährigen Joan Miró zum Geburtstag gehuldigt. Denn wie nur wenige Zeitgenossen hat er sie mit einem heiteren und unbeschwerten Werk beschenkt, das wie kaum ein anderes imstande war, der modernen Kunst eine breite Volkstümlichkeit und Beliebtheit zu verschaffen. Doch in die Geburtstagswünsche mischte sich Besorgnis, denn es war bekanntgeworden, daß der Künstler ernstlich erkrankt sei. Die Sorge war berechtigt, und die Wünsche hatten nicht die Kraft, es zu ändern. Weihnachten ist Joan Miró in Palma de Mallorca gestorben. Er hat sich vollendet wie sein Freund und Landsmann Picasso. Seine Phantasie und Schaffenskraft haben ihn bis ins hohe Alter nicht verlassen, im Gegenteil; in den letzten Lebensjahrzehnten übte er sie sogar vermehrt an monumentalen Aufgaben, die selbst seine Freunde überraschten.

Miró wurde 1893 in Montroig bei Barcelona geboren, als Sohn eines Uhrmachers und Goldschmiedes. Erste Eindrücke und Einflüsse empfing er von der katalanischen Volkskunst und von den Architekturen Antoni Gaudis. Ein kurzes Kunststudium an der Akademie in Barcelona mußte er wohl unter dem Druck der Eltern aufgeben; er wurde Büroangestellter. Aber nicht lange. Nach fünf Jahren nahm er seine Studien wieder auf, geriet vorübergehend unter den Einfluß Urgells, eines katalanischen Malers von der Art Böcklins, und fand seinen eigenen Stil in der Nähe des Fauvismus. Bereits in Barcelona hatte er Picabia kennengelernt, der dort seine dadaistische Zeitschrift „391" herausgab. In Paris trifft er mit Picasso zusammen, später mit Breton und Tzara. Masson wird sein Ateliernachbar. Miró muß sich gleichzeitig mit dem Fauvismus, dem Kubismus, dem Surrealismus und Dada auseinandersetzen. Natürlich lernt er auch die Sprüche der revolutionären Zeitgenossen und ist bereit, die überlieferten und erlernten Kunstgesetze außer Kraft zu setzen, die Malerei, wie er schreibt, zu „ermorden". Aber er kann auch die katalanische Volkskunst nicht vergessen; sie bildet geradezu den Bodensatz, den natürlichen Wurzelgrund aller weiteren Entwicklung. Es entstehen aus dieser Auseinandersetzung Bilder, die den Zwanzig- bis Dreißigjährigen nicht nur bei der damaligen Pariser Kunstschickeria interessant machen; sie fesseln uns heute nicht minder.

Den „Akt mit Spiegel" in der Düsseldorfer Landesgalerie zum Beispiel wird man auf den ersten Blick kaum für einen Miró halten; aber er vereinigt mit spürbarer Ironie alle genannten Elemente zu einer Stileinheit, die gleicherweise den Charme und die Souveränität des jungen Künstlers demonstriert, woran sich der Lyriker Paul Eluard ebenso entzündete wie der Theoretiker Breton, der den Spanier als den „surrealistischsten aller Maler" bezeichnet hat. Aber soweit war er noch nicht, wenn er denn überhaupt dahin kommen sollte, was zweifelhaft bleibt. Vorläufig malt er noch an seinem berühmten „Bauernhof", an dem er fast ein ganzes Jahr lang arbeitete. Um dieses Bild zu erwerben, stürzte sich Hemingway sogar in Schulden, später wollte er sich nie mehr von dem Bild trennen.



Schuf sehr gegenwärtig eine Malerei der Zukunft: Der Maler und Bildhauer Joan Miró (1893–1983)
FOTO: SVEN SIMON

Was Breton so begeisterte, setzte um die Mitte der zwanziger Jahre mit dem „Karneval des Harlekins" ein, nämlich die Loslösung vom Gegenständlichen, die Verzauberung durch Maskerade, Musik, Bewegung, durch phantastische Symbiosen von Zeichen, Erinnerungen und Symbolen, für die der Künstler selber die Poesie als gleichrangig neben seiner Malerei anerkannte und in Anspruch nahm. Für Breton war es der Triumph des Unbewußten über das wache künstlerische Bewußtsein; aber in Wahrheit hatte Miró schon 1917 diese Entwicklung vorausgesehen und als Idee einer „Malerei der Zukunft" ihre Enthebung aller malerischen Probleme zugunsten „der Schwingung des schöpferischen Geistes in einer strahlenden Freiheit" postuliert. Miró gerät förmlich in einen Rausch, der sich als Rhythmus und Harmonie, als Zauberei und akrobatische Kühnheit in seinen Bildern und Graphiken, nicht zu vergessen auch in seinen Keramiken und Skulpturen – die sein Schaffen von Anfang an begleiten, sogar zeitweise dominieren – in unfaßbarer Fülle niederschlagen.

„Miró läßt uns glauben oder begreifen, daß die Schöpfung für Gott ein Spiel war und ein Spiel bleibt. Miró macht das Spiel mit und spielt mit den Dingen, die des Schöpfers Spielzeuge sind", meinte denn auch Eugène Ionesco. Und Mirós katalanischer Landsmann Antoni Tàpies schwärmt: „Miró dagegen schafft sich wie alle großen Kräfte des Lebens dort Bahn, wo es am wenigsten vorherzusehen war, und gibt uns so das Beispiel einer neuen, sich laufend fortentwickelnden Kunst."

Man braucht nicht die Inhalte oder Motive der Werke Mirós zu erklären; das wäre ohnehin vergebliche Liebesmüh auch für solche, die sich dazu für berufen halten. Denn auch Breton hatte sich ja geirrt, als er den phantastischen Malerpoeten für einen ausgemachten Surrealisten ausgab. Miró war so wenig Surrealist wie Klee oder Max Ernst. Er war, ohne je ins literarisch Illustrative abzugleiten, ein Mythenschöpfer, wie seine Vorfahren von Altamira, an die seine Bilder nicht selten erinnern.

Was seine Bilder „darstellen", wenn das Wort denn erlaubt sei, erzählen ihre Titel: „Rosafarbene Morgenfrühe streichelt Frauen und Vögel" oder „Göttliche Vögel erschließen am Himmel das Unbekannte", „Phosphoriszierende Schneckenspuren weisen die Erdenwege". Diese transponierte Realität läßt genauso wie die kleinteiligen Graphiken auch seine monumentalen Wandbilder in Amerika, Paris und Barcelona, seine Keramiken und Bronzen – die nach banalen Fundstücken entstanden sind – in kraftvoller Eigenart symbolisch aufleuchten.

Ein Zauberer hat uns verlassen, sein Zauber wird noch lange lebendig bleiben.

EO PLUNIEN

Noch bis zum 8. Januar zeigt das Künstlerhaus in Wien „Joan Miró-Retrospektive 1960–1980". Die Ausstellung ist dann vom 27. Januar bis 18. März in der Kunsthalle Nürnberg zu sehen. Ein „Journal" zur Ausstellung kostet 10 öS, der Katalog 195 öS.

Ein Fest der Sänger: „Don Giovanni" in Bonn

Tod durch Herzinfarkt

Solches Glück mit Mozart ist selten nur zu erleben. In Salzburg hin und wieder, an den großen Opernhäusern schon kaum mehr. Dieser Bonner „Don Giovanni" steht einsam in weitem Umkreis. Er kommt, musikalisch, der Vollendung nahe.

Am meisten gespannt war man auf Gustav Kuhn, Bonns neuem Generalmusikdirektor, der nun zum ersten Mal in der Oper dirigierte. Es hatte ja Spannungen zwischen ihm und dem Haus genug gegeben. Das schien vergessen. Das Orchester klingt üppig, spielt präzis. Das ist, bei Mozart allemal, die Basis.

Kuhn entwickelt das Werk ganz aus den dunklen d-Moll-Akkorden der Ouvertüre. Er nimmt das „dramma giocoso" schwer, ja, das Komische findet allenfalls als Ornament noch Platz. Die Grundzeitmaße wählt Kuhn langsam, den Klang treibt er gern ins Monumentale. Da kehrt das romantische Mozart-Verständnis verjüngt wieder. Verjüngt, weil Kuhn die Musik doch im Fluß hält, bei aller Schwere auch Geschmeidigkeit fordert.

Es ist eine Idee, die große Sänger, große Stimmen verlangt. Und von denen hat Bonns Opernchef Riber eine erstaunliche Equipe auf seiner Bühne versammelt. Renato Bruson zählt heute zu jener Handvoll Baritonstars, um die sich die Welt reißt. Und unter ihnen hat er mit seinem ganz samtenen, leicht verhangenen Timbre ohne Zweifel die schönste Stimme. Er singt in Bonn seinen ersten Don Giovanni, ja seinen ersten Mozart überhaupt, so warm, so rund gesungen, mag er sich befremdlich anhören. Aber weil dies selten ist, ist es ja längst nicht falsch.

Gösta Wimbergh ist der Don Ottavio, der vor allem sein „Dalla sua pace" mit einer Gesangskultur von höchsten Graden vorträgt. Perfektion paart sich mit tiefer Empfindung. Stafford Dean gibt dem Leporello großes Format, und wie er und Bruson in der Verkleidungsszene die Stimmen gegenseitig nachahmen, dies tatsächlich durchhalten bis zu Leporellos Enttarnung, das zeugt von einer gesanglichen Souveränität sondergleichen. John Macurdy ist der Komtur von profundem Gewicht, Günter Schneider der Masetto mit erstaunlich sich entwickelndem Baß.

Bei den Damen läßt Riber seine Kenntnis des internationalen Sängermarktes noch extravaganter spielen. Für die Donna Anna findet er Magdalena Hajossyova, eine in Ost-Berlin und neuerdings in Wien engagierte Slowakin, deren ganz ebenmäßiger Gesang eine Lektion in Sachen Stimmtechnik erteilt. Perfekter wird Donna Anna heute von niemandem gesungen. Da bahnt sich die große Karriere an.

Veronika Kinczes, die Ungarin als Donna Elvira, muß hingegen aufpassen, daß sie ihren in der Höhe üppig erblühten Sopran nicht vor der Zeit überfordert. Mittellage und Tiefe klingen schwach, resonieren nicht gut. Aber die Kinczes wirft sich mit Engagement, mit Präsenz in ihre Rolle. Und Merja Wirkkala, die Zerlina, gehört im Soubrettenfach zu den ganz und gar erfreulichen Erscheinungen.

Riber hat sich von Radu Boruzescu das Bühnenbild und von Miruna Boruzescu die Kostüme entwerfen lassen. Das beginnt mit einer sehr interessanten Variante: Riber läßt das Stück im fast geschlossenen Innenhof spielen, vor pompöser barocker Architektur. Das durchzuhalten wird schwieriger von Szene zu Szene, und schließlich beginnt man, diesen Hof durch Versatzstücke zu variieren, womit die anfangs noch intendierte Einheit des Schauplatzes doch wieder aufgegeben werden muß. Was freilich am meisten irritiert, ist der rationalistische Schluß. Auf dem Friedhof beginnt nicht die Statue zu sprechen, es ist der über die Mauer lugende Masetto. Und der tappt dann auch als Standbild verkleidet zum Nachtmahl bei Don Giovanni, erschreckt den Unhold so, daß er am Herzinfarkt stirbt. Ein Kasperlescherz statt metaphysischem Ende – auch dafür gibt es in der reichen literarischen Geschichte des Don Juan Vorbilder, aber mit Mozart haben sie nichts zu tun.

REINHARD BEUTH

Baden-Baden: „Kosmische Räume" in der Kunst

Zahnräder der Galaxis

Es fängt mit Wohlbekanntem an: mit dem gutgeordneten Sternenhimmel, den Schinkel für die Szene der nächtlichen Königin in der „Zauberflöte" entwarf, und mit Grandvilles „Taschen-Spieler-Jongleur", der planetarische Kugeln in Bewegung hält. Solche Erinnerungsstücke aus dem 19. Jahrhundert sollen den Besucher der Baden-Badener Kunsthalle auf die „Kosmischen Bilder in der Kunst des 20. Jahrhunderts" einstimmen.

Bei denen geht es jedoch nicht etwa um Fantasy und Weltraumbilder; vielmehr sollen jene Dinge zwischen Himmel und Erde vorgeführt werden, die unsere Schulweisheit zwar nicht erklären kann, Künstler aber malen können. Mit rund 150 Gemälden, Zeichnungen und Objekten soll gezeigt werden, wie die Kunst auf die das Weltbild verändernden naturwissenschaftlichen Entdeckungen im 20. Jahrhundert reagiert hat. Allerdings können sich die Organisatoren der Ausstellung nur einen gott- und gegenstandslosen Kosmos vorstellen. Und so wählten sie denn exklusiv Werke der Futuristen, Konstruktivisten, Suprematisten und anderer Abstrakter aus.

Als Kronzeuge für diese Sicht wird Malewitsch mit seinem Ausspruch bemüht, seine suprematistischen Konstruktionen könnten „die vierte Dimension anschaulich machen". Doch in der Kunsthalle bleibt man vorwiegend in der Zweidimensionalität, selbst da, wo die Künstler ungesehene, erfühlte oder geahnte außerirdische Räume zu malen versuchen. Allenfalls die Bildtitel verheißen kosmische Mehrdimensionalität, beispielsweise wenn Karol Hiller seiner Heliographischen Konstruktion „Kosmische Räume" die Anmerkung „Nicht auf Erden denkbar" nachschickt oder wenn Arman einer Sammlung kleiner Zahnräder den Titel „Galaxiale" gibt. Daß Yves Klein einst erklärt hat, sein monochromes Blau sei „das Blau des Himmels", verschafft ihm hier genauso Zutritt wie Fontana das Zitat „... ich will den Raum öffnen ... eine Verbindung knüpfen mit dem Kosmos".

Im Katalog lesen wir: Das Thema „soll den Sinn der Werke nicht einengen und leugnet nicht ihre Vielschichtigkeit, die in vielen Fällen auch andere Lesarten zuläßt". Dennoch erliegen die Baden-Badener immer wieder der Gefahr dieser Eingrenzung. Die teils guten, teils interessanten Bilder werden zu bloßen Illustrationen eines „Weltbildes" reduziert; Kandinskys „Kleine Welten" erheben sich dann kaum noch über das Niveau des „Kleinen Prinzen". Der Schauder vor den „unendlichen Räumen", von denen Pascal sprach, stellt sich in Baden-Baden nicht ein. (Bis 6. Jan.; Katalog: 30 Mark).

PETER JOVISHOFF

Vieldeutige Schnitte: München zeigt L. Fontana

Mit dem Messer gemalt

Lucio Fontana erzählte gern, aus Verzweiflung über ein mißlungenes Bild habe er zum Rasiermesser gegriffen und die Leinwand zerschnitten. Die von der Kunstwelt später so bewunderte – und vom Kunstmarkt ordentlich honorierte – „Geste", mit dem Schnitt in den Körper des Bildes eine assoziationsträchtige Öffnung der Zweidimensionalität in den nicht weiter eingegrenzten Raum zu schaffen, wäre demnach ein emotionaler, kein rationaler Akt gewesen.

Hinter dieser ironischen Demystifizierung des Mythos Fontana stand natürlich die Absicht des Künstlers, sein Werk vor den Interpreten und ihren waghalsigen Ausflügen in kunstfremde Welten zu schützen. Doch das hat ihm wenig geholfen. Die Ausdeuter haben sich der scheinbaren Vieldeutigkeit des Werkes von Lucio Fontana nie entziehen können. Und auch jetzt haben sie wieder große Zeiten. In der Münchner Staatsgalerie moderner Kunst findet nämlich die erste deutsche Fontana-Retrospektive statt: 128 Bilder, Skulpturen und Zeichnungen sind zu besichtigen. Der Hauptteil der Leihgaben stammt aus dem Besitz der Witwe Teresa Fontana.

Die monochrom geschlitzten Leinwände des Lucio Fontana (1899–1968) werden inzwischen zu den Inkunabeln der europäischen Moderne gerechnet. Seine Schnitte und Stiche, die Perforierungen und die aufgeklebten Steine mißachten den traditionellen Kunstbegriff. Das hatte weitreichende Folgen. Er beeinflußte nicht nur die italienische „Arte Povera", die Zero-Künstler betrachteten ihn, den damals bereits 60jährigen „als eine Art geistigen Vater". Fontana, der aus Argentinien stammende Italiener, der abwechselnd in Rosario di Santa Fé, Mailand, Paris und Buenos Aires gelebt hatte, „beeindruckte" die Zero-Künstler, wie überliefert wird, auch „durch seine gewinnende Persönlichkeit".

Fontana war gleichzeitig Bildhauer, Zeichner, Keramiker, Maler und Environment-Künstler. Environment-Inszenierungen mit Neonbeleuchtung schuf er bereits 1951 auf der Mailänder Triennale. Fontana schabte und kratzte Strukturen in Gipstafeln, bannte Sand- und Steinstrukturen in Bildern fest und setzte alte Eisenteile zu astralen Zeichen zusammen. Seine Experimentierwut kannte keine Grenzen. In der Münchner Ausstellung allerdings wird vor allem sein „Schnitt" gefeiert. Sälelang prangen seine „Schnitt-Bilder" an den Wänden. In ausgewählter chronologischer Reihung zusammengestellt: die Buchi – die Ölgemälde, die mit Löchern strukturiert sind, die Pietri – Gemälde mit farbigen Löchern im Bildkörper, die Barocchi – Gemälde mit aufgeklatschten Farbmassen. Während im Hauptraum die düsteren und sandfarbigen Leinwandtafeln überwiegen, erstrahlen im Terassensaal Fontanas kunterbunte Ellipsen-Bilder, mal in Rosa, Wiesengrün oder Himmelblau, gigantisch gesprenkelte Ostereier. In der dick aufgetragenen Farbe prangen zahlreiche Löcher, mal winzig, mal groß.

Während im früheren Werk Fontanas die Stiche und Hiebe gegen die Leinwand zwar heftig, aber doch eher zufällig ausgeführt wurden – vieles bleibt da nur im Dekorativen stecken –, werden in den 60er Jahren alle Zufälligkeiten vermieden, die Geste des Schnitts ist nun ein bewußter, kühl kalkulierter Akt. Schwarz ist jetzt vor allem die Leinwand, die mit wenigen scharfen Schnitten klaffend geöffnet wird.

Raum im Bild als Meditationsraum sichtbar zu machen, sei von der Idee her geradezu fernöstlich, so Carla Schulz-Hoffmann von der Bayerischen Staatsgemäldesammlung bei der Eröffnungsansprache. Man dürfe auch an Tuschmalerei, an Bogenschießen und Stiltänze denken. „Denn, Natur wird für Lucio Fontana identisch mit Kosmos und Weltall", so die Interpretin (bis 12. Februar, Katalog 25 Mark).

ROSE-MARIE BORNGÄSSER



Concetto spaziale „attese" von Lucio Fontana (1959) aus der Münchner Ausstellung FOTO: KATALOG

Wien: Camus' „Besessene" nach F. Dostojewski

Hoffnung auf ein Duell

In Schauspielerkreisen gilt als Regel, daß emotionelles Engagement der künstlerischen Gestaltung einer Rolle abträglich ist. Ein ähnliches Gesetz scheint auch bei der Dramatisierung von Romanen zu walten. Wenn sich Albert Camus schon als Zwanzigjähriger für „Die Dämonen" von Dostojewski begeisterte und noch nach zwei Jahrzehnten zunächst tentativ und dann ernstlich eine Bühnenfassung unternahm, so konnte sich auch ein so geistsprühender Mann nicht ganz von dieser Auflage frei machen. Das Burgtheater hat nun sein Stück „Die Besessenen" in der Übersetzung von Guido M. Meister und der Regie der hier oft für schwierige Arbeiten eingesetzten Angelika Hurwicz in einer Vierstundenaufführung herausgebracht. Der ursprünglich geplante „Julius Cäsar" war an Unstimmigkeiten mit dem vorgesehenen Regisseur und Hauptdarsteller Oskar Werner gescheitert.

Es geht hier um eine in ihrer Idee hochachtbare Arbeit, deren Art und Inhalt aber nicht dazu angetan sind, anzusprechen. Sie läuft in vielen kurzen, oft abgehackten Szenen ab, manche von ihnen werden von einem Erzähler, der aber selbst Mitspielender ist, kommentiert, und die Handlung, wenn von einer solchen gesprochen werden kann, läuft sehr zögernd an. Dazu kommt etwas wie eine innere Zweiteilung in ein politisches Zeitbild aus dem Vorkriegsrußland und in eine familiäre Tragödie, welche übrigens die einzige wirklich dramatische Szene liefert.

Nachdem immer wieder ein furchtbares Vergehen des jungen Gaganow angedeutet worden ist, legt dieser in einer Art Beichte vor einem orthodoxen Würdenträger seine Schuld selbst dar, die darin besteht, daß er sich „an einem Kind versündigt" habe, sei es, weil er es eines Diebstahls geziehen hat, wofür die Zwölfjährige halbtot geprügelt wurde, ohne daß er sie nach Auffindung des bloß verlegten Gegenstandes rehabilitiert hätte, oder daß er sich sonst an ihr vergangen hat, was offenbleibt – das Kind jedenfalls erhängt sich. Dieser junge Gaganow ist zeit seines auf der Bühne gezeigten Daseins auf der Suche nach einer gebührenden Buße, hofft sogar in einem Duell zu fallen, aber es gelingt ihm nicht, sich von seiner tiefeingefressenen Schuld zu befreien. Am Ende erhängt er sich.

Die zweite und ähnlich extensiv ausgesponnene Handlung geht ins Politische und gibt dem Stück den Namen, das die Besessenheit einer Gruppe junger Revolutionäre, zumal aber ihres angemaßten Anführers (beispielhaft gespielt von Frank Morak) zeigt.

Das Stück endet als Tragödie. Einzig ein diffuses Paar, das die Anfangsszene geliefert hatte, findet sich zu einem „neuen Leben" zusammen: Ein Lichtlein leuchtet in der Finsternis. Es hätte für den modernen Zuschauer wohl um eine Stunde gekürzt werden können, ohne daß die russische Seele damit wesentliche Einbußen erlitten hätte. Unter den durchwegs burgtheatermäßig vorzüglichen Darstellern glänzten eigens Elisabeth Orth (den endlosen russischen Namen im Stück ersparen wir uns), Hein Zuber als junger Gaganow. Alle Darsteller gaben ihr Bestes, nur bei der neu eingeführten Verbeugungstour ging es ein wenig dilettantisch zu. Der höfliche Beifall konnte auch unhöflich genannt werden.

ERIK G. WICKENBURG

KULTURNOTIZEN

Watteaus „Einschiffung nach Cythera" bleibt in Berlin, nachdem ein Drittel der Kaufsumme durch private Spenden in Höhe von fünf Millionen Mark aufgebracht wurden.

In Budapest wird vom 23. bis zum 30. Januar eine „Kulturwoche der Bundesrepublik Deutschland" stattfinden.

„Mythos und Bild Venedigs im 19. Jahrhundert" heißt eine Ausstellung, die bis Ende Februar im venezianischen Museo Correr zu sehen ist.

„Die Schwangere" von Otto Dix wurde von der Staatlichen Kunsthalle Karlsruhe erworben. Über den Preis für das Gemälde macht das Museum keine Angaben.

Den Buxtehude-Preis 1984 erhält das Ensemble „Musica Antiqua Köln". Der mit 5000 Mark dotierte Preis wird für herausragende Leistungen auf dem Gebiet der Kirchenmusik vergeben.

Eine „Karl Richter Gesellschaft" wurde in München (Zentnerstr. 19) gegründet. Sie soll sich der Wahrung und Pflege des Lebenswerkes des 1981 gestorbenen Chorleiters und Musikwissenschaftlers widmen.

JOURNAL

Sechs Monate Gefängnis für Gabor Demszky

DW. **Budapest**

Der Soziologe Gabor Demszky (s. WELT v. 22. 12.) wurde in Budapest wegen „Gewalt gegen Amtspersonen" zu sechs Monaten Gefängnis mit Bewährung verurteilt. Die Strafe bleibt an der Untergrenze des möglichen Strafmaßes bis zu drei Jahren Haft. Sie wird in Ungarn als das Eingeständnis einer unrechtmäßigen Verurteilung bewertet, weil Demszky bei einer „Verkehrskontrolle" unberechtigt durchsucht und – als er protestierte – zusammengeschlagen wurde. Zugleich gilt der Prozeß als Zeichen für eine weitere Klimaverschlechterung zwischen Partei und Intellektuellen.

„Das Gespenst" bleibt in Österreich verboten

AP, **Graz**

Herbert-Achternbusch-Film „Das Gespenst" bleibt in Österreich verboten. Das Oberlandesgericht Graz verwarf in einer nichtöffentlichen Sitzung nach Anhörung der Oberstaatsanwaltschaft die Beschwerde gegen die Beschlagnahme des Films wegen Verdachtes der Herabwürdigung religiöser Lehren als unbegründet. Es besteht keine weitere Möglichkeit mehr, gegen diesen Beschluß Einspruch zu erheben. Zugleich wurden aufgrund einer Beschlagnahmeverfügung des Landesgerichtes Linz die Exemplare des Buches zum Film, erschienen in einem Frankfurter Verlag, von der Polizei eingezogen.

Das plastische Werk von Pablo Picasso

DW. **Düsseldorf**

Die Übersicht über das plastische Werk von Pablo Picasso ist nach Berlin (s. WELT v. 10. 10. 83) jetzt in der Kunsthalle Düsseldorf zu sehen. Da es dem Organisator der Ausstellung und Verfasser des Werkkataloges der Plastiken Picassos, Werner Spies, gelang, noch weitere Arbeiten von den Erben des Malers für Düsseldorf hinzuzugewinnen, wurden auch die Räume des Kunstvereins einbezogen. Insgesamt werden rund zweihundert Skulpturen gezeigt, von kleinen Arbeiten in Papier bis zu großen Bronzeplastiken. Das Werkverzeichnis als Katalog kostet in der Ausstellung 40 Mark, im Buchhandel, Hatje-Verlag, 58 Mark. Die Ausstellung dauert bis zum 29. Januar.

Wettbewerb für junge Komponisten

DW. **Köln**

Die Biennale Venedig, das Festival d'Automne è Paris und die Stadt Köln in Verbindung mit dem Westdeutschen Rundfunk schreiben für 1985, das „Jahr der europäischen Musik" und das UNO-Jahr der Jugend, einen Kompositionswettbewerb mit einer Preissumme von über 30 000 Mark aus. Teilnahmeberechtigt sind Komponisten unter vierzig Jahren.

Mit Verspätung gedenkt Florenz Raffaels

M. v. Z. **Florenz**

Mit einem Jahr Verspätung feiert Florenz den 500. Todestag Raffaels. In der Sala Bianca sind neben den 18 Gemälden – der reichste Museumsbestand einer Stadt – Zeichnungen und wissenschaftliche Aufnahmen zu sehen. Im Palazzo Pitti ist vom 11. Jan. bis zum 29. April die Übersicht „Raffael und die Architektur des frühen Cinquecento in Florenz" zu besichtigen.

Krisengesetz für Polens Hochschulen

J. G. G. **Warschau**

Die polnische Untergrundpresse hat jetzt die Einzelheiten des sogenannten „Krisengesetzes" für die polnischen Hochschulen vorgelegt. Damit erhält der zuständige Ressortminister die Befugnis, den Arbeitsvertrag eines Hochschulbediensteten rückwirkend zu dessen Ungunsten zu verändern und ihn ohne Anhörung seiner unmittelbaren Vorgesetzten zu entlassen. Außerdem kann der Minister Entscheidungen des „Hochschulrates", einer Art landesweiten Aufsichtsgremiums, ignorieren und einen Hochschulsenat außer Kraft setzen sowie dessen Befugnisse an andere Personen delegieren. Sämtliche Senatswahlen müssen vom Minister akzeptiert werden. Gegen seine Entscheidungen gibt es keine Widerspruchsmöglichkeiten. Das „Krisengesetz" wird allgemein als noch rigoroser als entsprechende Gesetze der Stalinzeit angesehen.

Fünfzig Bücher zu Maos Geburtstag

rst. **Peking**

Zum 90. Geburtstag von Mao Zedong am 26. Dezember erschienen in der Volksrepublik China fünfzig neue Bücher. Darunter sind Dissertationen, die sich mit den Mao-Zedong-Ideen befassen. Erinnerungen an sein Leben und Schilderungen seiner Taten. Zum erstenmal sollen auch zahlreiche bislang unveröffentlichte Briefe Maos herausgegeben werden. Außerdem wurde ein Dokumentarfilm über das Leben Maos fertiggestellt.

Sorgen um die Gipfel am Dach der Welt

hst. Neu-Delhi

Mit einem modernen Goldrausch verglichen Umweltschützer den Run auf eine der entlegendsten Gegenden der Welt – die Gipfel des Himalaya in Nepal. Und ähnlich wie einst die Heerscharen von Glücksrittern erst das Land um den Clondike River auspowerten, dann aber nichts als ein paar Geisterdörfer zurückließen, so fürchten Naturschützer, daß auch die Horden von Ferntouristen ihr Glück in der heilen Bergwelt suchen und dabei nicht viel davon übriglassen.

„Der Himalaya verschwindet langsam im Meer", warnte dieser Tage auch die Los Angeles Times. Gefahr droht dem Dach der Welt nämlich nicht nur von außen. Begonnen hat es mit einem jahrelangen, rücksichtslosen Raubbau, den eine ständig wachsende Bevölkerung rund um die höchsten Gipfel am Dach der Welt trieb – allerdings um zu überleben.

Unersätzlicher Waldverlust

Das war mehr, als die ohnehin dünne Erdschicht in der steinigen Bergwelt verkraftete. Die Wälder, die die Krume hätten zusammenhalten sollen, wurden zu Feuerholz gemacht. Nach den Angaben von Gene Watrin, eines amerikanischen Jesuitenpaters und Ökologen, der sich seit Jahren mit diesem hochgelegenen Fleckchen Erde beschäftigt, verlor Nepal auf diese Weise in den vergangenen 25 Jahren mehr als 70 Prozent seines Waldbestandes.

Die Überbeanspruchung des Bodens durch die Farmer und die Überweidung durch die Viehzüchter tat ein übriges. Große Teile des fortgewehten Bodens landen in den Gewässern am Fuße des Gebirges, werden von den Flüssen in den Golf von Bengalen, geradewegs ins Meer geschoben.

Die Entwicklung hat derweil allerhand Naturschützer aufgebracht. Karna Sakya, Generalsekretär der nepalesischen Gesellschaft für Naturschutz wird nicht müde, bei Reisen in alle Welt mit drastischen Worten auf die Gefahren zu verweisen: „Unsere Berge sind dabei, etwas Furchtbares und Groteskes zu werden." Und Sir Edmund Hillary, erster Bezwinger des Mount Everest, schloß sich bei seinem jüngsten Trip ins nepalesische Gebirge den Klagen an: „Das Land im Himalaya war bei meinem ersten Besuch vor 30 Jahren grün und blühend. Heute ist es braun und unfruchtbar."

Auch Fachleute, wie die Experten der US-Organisation für Internationale Entwicklung, sehen die Lage als sehr ernst, aber noch nicht als hoffnungslos an. Die Voraussetzung sei allerdings, daß die verschiedenen Wiederaufforstungsprojekte endlich greifen, weniger Menschen das Land bearbeiten und weniger Vieh die Wiesen beweiden würden. Die Schwierigkeit dabei ist jedoch, daß Nepal zu 75 Prozent aus Bergen besteht – da bleibt ohnehin nicht viel Land, von dem die 15 Millionen Menschen leben könnten.

Zwangsmaßnahmen nötig

Zu den Vorschlägen, die die nepalesische Umweltschutzorganisation und ihr Präsident Sakya unterbreiteten, gehören auch rigorose Zwangsmaßnahmen, um die Bodenerrosion zu stoppen. So müsse man die Bewohner der Bergdörfer in die flacheren Teile des Landes nahe der indischen Grenze umsiedeln. Außerdem müsse aber auch der Strom der Touristen, von dem Nepal auf der anderen Seite extrem abhängig ist, begrenzt werden. Zudem einige Gegenden, die förmlich von einem Massentourismus heimgesucht würden, müßten gesperrt werden.

Bestes Beispiel sei die Region um den Mount Everest. Etwa 3000 Bewohnern stünden hier im Monat bis zu 15 000 Touristen gegenüber – eine Walze, die nichts übriglasse von der empfindlichen Natur rund um die Riesengipfel. „Wenn wir mit unseren Gipfeln nicht haushalten", warnt Sakya, „wird der Tourismus den Tourismus fressen."

Glaube, Hoffnung, Liebe für gefiederte Champions

„Verband deutscher Taubenliebhaber" feiert sein 100jähriges

WILM HERLYN, Essen

Baron Rothschild hätte es wohl schwerer gehabt, zu einem Inbegriff des Reichtums zu werden, hätte ihm nicht eine Brieftaube die Nachricht von der Niederlage Napoleons bei Waterloo so schnell überbracht. Aus der fixen Information zog er riesige Spekulationsgewinne. Diese und andere Variationen der Anekdote mögen wohl noch heute das Herz des einen oder anderen Taubenvaters bewegen. Nicht in Erwartung irdischer Güter von Rothschild'schen Ausmaßen, aber doch in der stillen Hoffnung auf Ruhm und Ehre – und ein bißchen Gewinn. Der Verband deutscher Brieftaubenliebhaber, der in diesen Tagen 100 Jahre alt wird, zählt 92 000 Mitglieder in der Bundesrepublik Deutschland, davon allein 30 000 im Ruhrgebiet.

Sie hegen und pflegen etwa acht bis zehn Millionen „Rennpferde des kleinen Mannes". Doch sind die „Duwenvadder", wie sie im Revier heißen, nicht mehr nur Kumpels. Gerade nach dem Krieg hat sich die soziologische Struktur des Verbandes erheblich verändert: In seinen Reihen finden sich Handwerker wie Kaufleute und Techniker wie Juristen. Und ein Mediziner, der Bochumer Arzt Josef Kohaus, ist seit 1966 Vorsitzender. Kohaus ist gleichzeitig Initiator des sozialen Engagements der Brieftaubenliebhaber. Mit weit mehr als fünf Millionen Mark Spenden ist sein Verband der größte deutsche Vereinsspender für die Aktion Sorgenkind.

Stolz verweisen die Züchter aber auch darauf, daß sie ein nicht unbedeutender Bilanzposten für die deutsche Landwirtschaft sind. Immerhin kaufen sie etwa 300 000 Zentner Sämereien pro Jahr und haben just errechnet, sie leisteten mit 125 Millionen Mark einen erheblichen Beitrag zur Volkswirtschaft – inklusive Futters – aber „da ist noch der Verzehr an den Theken drin, und wir trinken ganz schön", erzählt der Geschäftsführer des Verbandes, Alfred Kozlowski. Und seine Augen glänzen bei der Geschichte, wie die Brieftaubenzüchter bei einer der jährlichen Ausstellungen „schon einmal die Westfalenhalle in Dortmund leergesoffen haben – mehr als 100 000 Flaschen Pils sind in den drei Tagen schon drin". Die Essener Messe, die die 100-Jahr-Feier des trinkfesten Verbandes vom 13. bis 15. Januar ausrichtet, ist jedoch gewappnet.

Wichtiger als Futter oder Pils aber sind die Wetten auf ihre gefiederten „Rennpferde" – bis zu zwanzig Mark werden da bei den Preisflügen auf eine Taube gesetzt. Komplizierte Wettsysteme können den Gewinnern etwa das Fünfzigfache des Einsatzes bescheren. So wechseln Sonntag für Sonntag ansehnliche Summen den Besitzer. Geschummelt werden kann kaum noch.

Es ist eine verschworene Gemeinschaft, eine – sagen sie – „große Familie", in der jeder jeden kennt. Den Zusammenhalt gibt ihre Zeitschrift „Die Brieftaube" mit einer Auflage von 55 000 Exemplaren wöchentlich. Sie ist nicht nur gespickt mit Tips und Ratschlägen, sondern auch mit Gratulationen für silberne Hochzeiten, Geburtstagen und Berichten aus dem Vereinsleben. Da liest man ab er auch Offerten in Versform. „Achtung Sportfreunde! Tauben unterm Weihnachtsbaum sind eines jeden Züchters Traum" oder schlicht: „30 Weibchen zum Aussuchen, 100 Mark pro Stück."

Das seien gängige Preise, meint Kozlowski, Jungtauben gingen von 30 Mark an aufwärts. Ganz exotisch sei das Beispiel einer Preistaube, die den berühmten Preisflug Barcelona gewonnen habe, für 20 000 Mark nach Holland verkauft wurde, für 40 000 an einen belgischen Züchter ging und schließlich für 80 000 Mark nach Japan versteigert wurde. Die Tauben können zwölf oder mehr Stunden fliegen, die durchschnittliche Geschwindigkeit liegt bei 70 Stundenkilometern, die normale Flughöhe bei 200 Metern.

Bis heute kann sich die Forschung nicht eindeutig erklären, wie das Navigationssystem der Tauben funktioniert. Die Wissenschaftler tippen auf Erdmagnetismus, aber genau wissen sie's nicht. Der Taubenvater im Revier sagt schlicht: „Die ham'n Lenkrad im Kopp."



„Duwenvadder" und sein gefiederter Liebling: „Die ham'n Lenkrad im Kopp . . ."
FOTO: MANFRED VOLLMER

Feuer in Bad Orb: St. Martin brannte völlig nieder

dpa, Bad Orb

Ein Feuer hat in den frühen Morgenstunden des ersten Weihnachtstages in Bad Orb (Main-Kinzig-Kreis) die kunsthistorisch bedeutende 500 Jahre alte St.-Martin-Kirche vernichtet. Die Polizei schließt Brandstiftung nicht aus. Der Schaden an der bis auf die Umfassungsmauern niedergebrannten Kirche wird auf mindestens zehn Millionen Mark geschätzt. Unersetzliche Kunstschätze, darunter eine berühmte Malerei der Gotik, der „Bad Orber Altar", wurden ein Raub der Flammen.

Polizei und Spezialisten des hessischen Landeskriminalamtes kamen auch gestern bei ihren Ermittlungen nach der Brandursache nicht entscheidend weiter. Ein Sprecher der Polizei in Bad Orb verwies jedoch auf einen Einbruch in der gleichen Nacht in einen Kindergarten, der nur wenige Meter von dem Gotteshaus entfernt liegt.

Eine Frau, die in der Nähe der Kirche wohnt, hatte am frühen Morgen den Feuerschein bemerkt und die Polizei alarmiert. Beim Eintreffen der Feuerwehren aus der Stadt und den umliegenden Gemeinden schlugen die Flammen bereits meterhoch aus dem Dachstuhl. Nur mit Mühe gelang es, ein Übergreifen des Brandes auf die Altstadt zu verhindern. Hunderte von Gläubigen kamen am Sonntag ahnungslos zu dem inzwischen niedergebrannten Gotteshaus. Viele weinten, als sie das Ausmaß der Zerstörung sahen. Die gotische Hallenkirche aus dem Jahr 1440 war erst vor vier Jahren für vier Millionen Mark renoviert worden. Dabei wurden auch die aus der gleichen Zeit stammenden wertvollen Wand- und Deckengemälde in der Pfarrkirche restauriert. Aus dem 15. Jahrhundert stammte auch der „Bad Orber Altar", ein dreiteiliges Tafelbild (Triptychon), das ein unbekannter Künstler, der „Meister der Darmstädter Passion" malte. Das Bild allein hatte einen Versicherungswert von 1,2 Millionen Mark.

Zugunglück: 31 Tote

dpa, Harare

Bei einem Zugunglück in Zimbabwe sind am Heiligen Abend 31 Passagiere ums Leben gekommen und 215 zum Teil schwer verletzt worden. Der Zug war in einer Kurve entgleist.

Bombe im „Grand Vefour"

AP, Paris

Vor dem unter Denkmalschutz stehenden Pariser Restaurant „Le Grand Vefour", einem der bekanntesten Feinschmeckerlokale Frankreichs, explodierte in der Nacht zu Samstag eine Bombe. Zehn Gäste wurden zum Teil schwer verletzt. Über die unbekannten Bombenleger wurde zunächst nichts bekannt.

Jahrtausend-Charter

SAD, London

Für die Silvester-Party des Jahrtausends ist das Luxusschiff „Queen Elizabeth II." gechartert worden. Der 67 000-Tonnen-Pott soll am 31. Dezember 1999 rund 1800 Mitglieder der amerikanischen „Jahrtausendgesellschaft" (Millennium Society) zur Cheops-Pyramide am linken Nilufer bringen.

120 Wale verendet

AFP, Launceston

Vergeblich hat sich über die Weihnachtsfeiertage eine Gruppe Tierschützer im Süden Australiens darum bemüht, rund 120 gestrandeten Walen das Leben zu retten. Viele der Tiere, die ins Wasser zurückgeschleppt werden konnten, schwammen an dea Strand zurück und verendeten.

Jugendliche gelyncht

AP, São Paulo

Drei jugendliche Banditen, die ihre Nachbarn längere Zeit regelrecht terrorisiert hatten, sind in São Paulo von einer aufgebrachten Menge erschlagen worden. Die 13- bis 20jährigen Jugendlichen hatten einen Mann überfallen und ihm ins Knie geschossen, als er sich wehrte. 40 mit Messern und Eisenstangen bewaffnete Männer töteten daraufhin die drei.

Nach 35 Tagen kamen Mutter und Sohn frei

dpa, Rom

Nach der Erpressung eines Lösegeldes in Höhe von vier Milliarden Lire (6,6 Millionen Mark) haben italienische Banditen in der Weihnachtsnacht Mutter und Sohn der bekannten römischen Juwelier-Familie Bulgari freigelassen. Anna Bulgari (56) und Giorgio (16) waren 35 Tage lang in der Gewalt der Entführer, die ihre Geiseln abwechselnd in einem Haus und unter einem Zelt gefangenhielten.

Anna und Giorgio Bulgari kamen am Samstag gegen 21 Uhr in der Nähe ihrer Villa in Aprilia südlich von Rom frei. Sie wurden anschließend in eine Klinik in Rom eingeliefert. Ihr Zustand sei den Umständen entsprechend gut, hieß es. Der Entführungsfall hatte auch wegen seiner Brutalität Aufsehen erregt. Vor einer Woche schickten die Banditen das abgeschnittene rechte Ohr von Giorgio Bulgari, um die Zahlung des Lösegeldes zu erzwingen. Zuvor hatten die Behörden die Konten der Familie Bulgari gesperrt, um die Zahlung des Lösegeldes zu verhindern. Die Übergabe des Lösegeldes fand zwei Tage vor der Freilassung an einem unbekannten Ort in der Toskana statt. Unmittelbar nach der Rückkehr der Bulgaris zu ihrer Familie leitete die Polizei eine Großfahndung ein – bisher allerdings ohne Ergebnis.

Hunderte von Toten nach Beben in Guinea

DW. Dakar

Mehrere hundert Menschen kamen bei schweren Erdbeben im westafrikanischen Guinea ums Leben. Auch gestern noch gab es nur widersprüchliche Angaben über die Opfer, die eine Serie von Erdstößen seit Donnerstag vergangener Woche gefordert hat. Nach Meldungen von Radio Conakry wurden bereits beim ersten Beben, das nach Angaben des Observatoriums M'Dour in Senegal eine Stärke von 6,3 auf der Richter-Skala erreicht hatte, mindestens 200 Menschen getötet. Bei einem starken Nachbeben am Samstag sollen noch einmal 300 Menschen ums Leben gekommen sein. Etwa 200 Menschen werden noch vermißt, mindestens 16 Dörfer sind völlig zerstört.

Wegen der zunächst nur spärlichen Meldungen, nicht zuletzt aber sicher auch aufgrund der Feiertage, liefen die Hilfsmaßnahmen nur zögernd an. Erst heute soll ein Flugzeug des Roten Kreuzes Hilfsgüter in das Erdbebengebiet fliegen.

Die Hilfsorganisation der Vereinten Nationen (UNDRO) stellte nach eigenen Angaben zunächst 30 000 Dollar zur Verfügung, weitere 85 000 Dollar seien von der Europäischen Gemeinschaft in Aussicht gestellt worden. Das Flugzeug werde 164 Zelte, 7000 Decken, Kleider und Geländefahrzeuge in den Staat im Westen Afrikas bringen.

Die meisten Toten soll es in der Grenzregion nahe Senegal und Guinea-Bissan gegeben haben.

LEUTE HEUTE

Korb für Liz

Liz Taylor und ihr Verlobter, der mexikanische Anwalt und Millionär **Victor Gonzales Luna**, werden kaum in seiner Heimatstadt Guadalajara heiraten, weil die ganze dort ansässige Familie Lunas gegen seine geplante Hochzeit mit Liz ist. Und Lunas Mutter weigert sich bisher beharrlich, Liz überhaupt zu empfangen. Das behauptet **Iram Ochos**, mit der Luna 28 Jahre lang verheiratet war und von der er vor zwei Jahren geschieden wurde.

Fliegender Wechsel

Der Sänger **Engelbert Humperdinck** will sich in Zukunft auch der Schauspielerei widmen. Er trat gerade in Las Vegas auf, als ihm das Angebot



gemacht wurde, eine Gastrolle in der amerikanischen TV-Erfolgsserie „Hotel" zu spielen. Daraufhin charterte er sich ein Privatflugzeug, mit dem er täglich – fünf Tage lang – von Las Vegas zu den Aufnahmen nach Los Angeles flog: Abends stand er jedesmal wieder singend auf der Bühne in Vegas.

Frühling in Europa – Eiszeit in den USA

DW. Essen

Ob Moskau, München oder Madrid – in ganz Europa herrschten in diesem Jahr zu Weihnachten Temperaturen wie im Frühling. Auch in den Alpen ist es nach wie vor ungewöhnlich milde. Wintersportler kamen nur in Höhenlagen über 2000 Metern auf ihre Kosten. In der Bundesrepublik Deutschland wurden die Festtagsfreuden in weiten Regionen durch regnerisches Wetter getrübt. Bei subtropischer Meeresluft öffnete der Himmel vor allem in Bayern seine Schleusen. Einige Bundesstraßen mußten wegen Überflutung zeitweise gesperrt werden. Das alles blieb nicht ohne Einfluß auf Mensch und Natur. Notärzte hatten wegen Herz- und Kreislaufbeschwerden vor allem bei älteren Menschen rund um die Uhr zu tun. Derweil begann in München der Seidelbast zu sprießen, blühten im Allgäu die Christrosen.

Bittere Kälte, Eis und Schnee kamen dagegen über weite Teile der USA. Gebiete im Norden und Osten meldeten das kälteste Dezemberwetter seit fünfzig Jahren.

Seit dem Einbruch der arktischen Kaltluftfront vor einer Woche sind mindestens 129 Menschen umgekommen. Die meisten starben bei Verkehrsunfällen auf verschneiten oder vereisten Straßen. In Butte (US-Bundesstaat Montana) und Willinston (North Dakota) wurden Temperaturen von rund 45 Grad Celsius unter Null gemessen.

Fall Heineken: Ein Entführer tut seine Reue kund

AP, Amsterdam

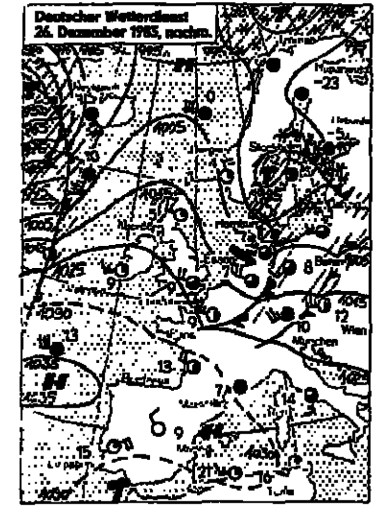
Einer von drei Männern, die wegen der Entführung des niederländischen Brauereikönigs Alfred Heineken gesucht werden, hat in einem Brief an eine Amsterdamer Zeitung seine Beteiligung an der Tat gestanden und bereut. Nach Angaben der Polizei besteht kein Zweifel daran, daß der Brief, der in der Tageszeitung „Het Parool" abgedruckt wurde, echt ist. Der 30jährige Frans Meijer schreibt darin, er verdiene für seine „unmenschliche Tat" bestraft zu werden. „Ich fühle mich wie ein Schuft . . . Ich bin fertig . . . Ich werde von allen verflucht, die mir vertrauten, und die, die ich liebte, haben sich von mir abgewandt."

Ein Polizeisprecher erklärte, die Polizei habe den Brief Meijers Frau gezeigt, die seine Handschrift identifiziert habe. Außerdem habe Meijer seinen Führerschein beigefügt. „Ich kenne ihn nur zu gut und weiß, was in ihm vorgeht", sagte Yvonne Meijer der Zeitung.

Dreiviertel des Lösegeldes, das zwischen 30 und 35 Millionen Gulden gelegen haben soll, hat die Polizei nach eigenen Angaben inzwischen wieder herbeigeschafft. Von 25 zunächst festgenommenen Verdächtigen sind noch zwei in Polizeigewahrsam. Zunächst hatte es geheißen, Meijer und zwei Komplizen hätten sich nach Spanien abgesetzt. Jetzt glaubt die Polizei, daß sie in den Niederlanden sind.

WETTER: Weiter unbeständig

Wetterlage: Nach kurzem Zwischenhocheinfluß führt ein Ausläufer des Orkantiefs bei Grönland erneut milde Meeresluft nach Deutschland.



Stationen: 12 bedeckt, West Stärke 5, 15°C. ● bedeckt, still. ≡ Nebel, ● Sprühregen, ● Regen, ✱ Schneefall, ▼ Schauer. Gebiete: Regen, Schnee, Nebel, Frostgrenze. H-Hoch-, T-Tiefdruckgebiete. Luftströmung: warm, kalt. Fronten: Warmfront, Kaltfront, Okklusion. Isobaren: Linien gleichen Luftdruckes (1000mb=750mm).

Vorhersage für Dienstag:

Gesamte Bundesrepublik: Im Alpenvorland zunächst bedeckt und Regen. In Höhenlagen über 1200 m Schnee. Später kurzzeitig Bewölkungsauflockerungen. In den übrigen Gebieten in den Frühstunden aufgeheitert. Im Tagesverlauf von Westen her rascher Bewölkungsaufzug und nachfolgend Regen.

Weitere Aussichten:
Unbeständig und mild.

Temperaturen am Montag, 13 Uhr:

Berlin	8°	Kairo	15°
Bonn	6°	Kopenh.	5°
Dresden	10°	Las Palmas	18°
Essen	7°	London	9°
Frankfurt	9°	Madrid	9°
Hamburg	7°	Mailand	6°
List/Sylt	6°	Mallorca	18°
München	10°	Moskau	–2°
Stuttgart	10°	Nizza	11°
Algier	21°	Oslo	–3°
Amsterdam	7°	Paris	9°
Athen	15°	Prag	9°
Barcelona	11°	Rom	14°
Brüssel	8°	Stockholm	2°
Budapest	14°	Tel Aviv	16°
Bukarest	8°	Tunis	16°
Helsinki	–5°	Wien	12°
Istanbul	18°	Zürich	12°

* Sonnenaufgang am Mittwoch: 8.27 Uhr, Untergang: 16.20 Uhr; Mondaufgang: 1.48 Uhr, Untergang: 13.10 Uhr.
* in MEZ, zentraler Ort Kassel

Höchstform ist im Weltraum nicht gefragt

Übertrainierte Astronauten haben Schwierigkeiten, sich an Schwerelosigkeit anzupassen / Fitneßprogramm nur bei Langzeitflügen notwendig

ANATOL JOHANSEN, Köln

In den vergangenen Wochen wurden Ulf Merbold und seine Kollegen, die am 9. Dezember an Bord der amerikanischen Raumfähre Columbia zur Erde zurückgekommen sind, von Kopf bis Fuß durchgescheckt und offenbar überstanden alle das Weltraum-Abenteuer bei bester Gesundheit. Das erklärte der leitende Weltraum-Arzt der „Deutschen Forschungs- und Versuchs-Anstalt für Luft- und Raumfahrt" (DFVLR) Professor Karl-Egon Klein in Köln-Porz.

Damit hat sich das Trainings-Konzept Kleins bewährt, der nicht nur bei der Auswahl der ersten westeuropäischen Astronauten die körperlichen Qualifikationen überprüfte, sondern auch den Gesundheitszustand der Raumflieger während des Trainings überwachte. Nach seinen Erkenntnissen ist körperliche Hochform im Weltraum durchaus nicht gefragt. Sie ist im Gegenteil eher schädlich. Denn bei einem körperlich übertrainierten Astronauten, der also seine absolute Spitzenform erreicht hat, verlaufe die Anpassung an die Schwerelosigkeit schwieriger als bei einem normal gesunden Organismus.

So gibt es für die europäischen Astronauten auch kein körperliches Trainingsprogramm. Man achte lediglich darauf, so Klein, daß gewisse Normwerte nicht unterschritten werden. Ob sich der Astronaut mit Schwimmen, Tennisspielen, Jogging oder einer anderen Sportart fit halte, bleibe völlig ihm selbst überlassen. Auch im Weltraum gebe es für die europäischen Astronauten durchaus keinen Trainingszwang. So seien zwar jetzt beim Spacelab-Flug Laufband, Expander und andere Übungsgeräte an Bord gewesen. Doch ihre Benutzung war den Astronauten völlig freigestellt. Auch bei der Mission D-1 (Deutschland-1), bei der 1985 ein Spacelab vor allem mit deutschen Versuchs-Anordnungen und Experimenten starten soll, werde man nicht anders verfahren. Beim Spacelab-Flug sei die Gesundheit der Astronauten so gut gewesen, daß die „private", nicht öffentliche Sprechverbindung zu den Weltraumärzten am Boden nicht ein einziges Mal benutzt worden sei.

Allerdings ist die Großzügigkeit Professor Kleins und seiner Kollegen nur mit der relativ kurzen Dauer der ersten Spacelabflüge von ein bis zwei Wochen zu erklären. Bei sehr langen Raumflügen von bis zu 210 Tagen Dauer, wie sie etwa die Sowjets schon absolviert haben, besteht dagegen ohne jedes körperliche Training im Weltraum – und das ist nicht übertrieben – durchaus Lebensgefahr. Dabei reichen die aufgetretenen pathologischen – wenn auch nur temporären – Veränderungen von Muskelschwund über Knochenerweichung (durch vermehrte Kalziumausscheidung in Urin und Kot) sowie Flüssigkeitsverlust des Organismus bis hin zur Erschlaffung von Blutgefäßen, der Abnahme von roten und weißen Blutkörperchen und anderen Blutveränderungen.

So haben die Sowjets nach ihren früheren Erfahrungen – bei denen die Kosmonauten nach der Landung zum Teil auf Bahren aus ihren Raumkapseln getragen werden mußten – ein strenges körperliches Trainingsprogramm eingeführt. Sie schreiben ihren Kosmonauten bei jedem langen Raumflug täglich anstrengende, schweißtreibende Übungen vor, um die Veränderungen des Organismus in der Schwerelosigkeit so gering wie möglich zu halten. Dennoch, so meint Professor Klein, geht bei ihnen das Wort um, daß man in etwa so lange brauche, bis der Organismus wieder völlig in Ordnung ist, wie man im Weltraum war. Bei einem 210-Tage-Flug würde man also auch sieben Monate brauche, bis man im medizinischen Sinne wieder ganz „gesund" wäre.

Klein glaubt denn auch nicht, daß man heute schon in der Lage sei, Menschen ohne erhebliches medizinisches Risiko für mehr als ein Jahr – etwa auf Reisen zu Mars oder Venus – in den Weltraum zu schicken. Insbesondere habe, trotz allen Trainings, der Prozeß der Knochenentkalkung in der Schwerelosigkeit bisher nicht gestoppt werden können, so daß hier weitere Erkenntnisse notwendig seien.

ZU GUTER LETZT

Ein Antiquitäten-Geschäft in der englischen Stadt Leominster will sich vor Ladendieben mit dieser Warnung schützen: „Bevor Sie etwas ‚mitgehen' lassen, sollten Sie sich einen guten Zahnarzt besorgen."